



15. Heft | 23. Juli 1908

## PAUL UMBREIT · RÜCKBLICK AUF DEN HAMBURGER GEWERKSCHAFTSKONGRESS



ON der Presse aller Parteien und Schattierungen werden drei Vorzüge dem Hamburger Gewerkschaftskongress nachgerühmt: er war eine imposante, ruhige und arbeitsreiche Tagung. Dass ein Kongress von etwa 350 Teilnehmern in Vertretung von beinahe 2 Millionen Staatsbürgern einen imponierenden Eindruck hinterlässt, braucht nicht so sehr zu verwundern. Aber es waren vielleicht weniger diese Zahlen, dieses Aufgebot, was der Öffentlichkeit imponierte als vielmehr die Erkenntnis, dass es die Organisation der Arbeiterklasse selbst, die legitime Organisation der Arbeit ist, die der Kongress repräsentiert. Die Gewerkschaften, jahrzehntelang ignoriert, bemitleidet, verspottet, unterdrückt, bekämpft und gefürchtet, sind heute eine Macht geworden, mit der man rechnen muss, die Anerkennung heischt. Und sie sind sich dieser Machtbedeutung vollkommen bewusst. Sie haben die Kinderkrankheiten überwunden, haben die Jünglingsjahre hinter sich und stehen nun stark und gefestigt, in geschlossener Einheit da, um sich auch ihren Platz an der Sonne zu schaffen. Und so gewaltig ist ihr Aufmarsch, dass jeder weiss und fühlt: sie werden sich Geltung verschaffen, denn sie sind das Volk der Arbeit. Keine Macht der Welt kann ihre Entwicklung mehr hindern, weder gesetzliche noch gerichtliche Eingriffe vermögen sie aufzuhalten.

Aber noch ein anderes offenbarte der Hamburger Kongress: Er zeigte, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung die grösste und stärkste der ganzen Kulturwelt ist, und dass sie die Führung im Aufmarsch der Nationen hat. Noch der Kölner Kongress /1905/ fand die deutschen Gewerkschaften an dritter Stelle; die nordamerikanischen Gewerkschaften waren ihnen an Mitgliederzahl, die englischen auch noch an Mitteln überlegen. In diesen drei Jahren hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung um mehr als 800 000 Mitglieder zugenommen, und ihre Finanzkraft hat sich mehr als verdoppelt. Ein gewaltiges Regen der Kräfte sicherte ihr in so kurzer Zeit den ersten Platz, obgleich auch Deutschlands Gewerkschaften noch in mehrere sich heftig befehdende Lager geteilt sind. Aber wo wäre ein Land, in dem die Arbeiterklasse einheitlich organisiert und e i n e s Sinnes wäre? Noch liegt diese Einheit für uns in unab-

sehbarer Ferne, aber die vorhandenen politischen und religiösen Differenzen ändern nichts an der Stellung der Gewerkschaften dem Unternehmertum gegenüber. Sie sind Organisationen von Arbeitern, die heute der Klassenkampf zusammenballt, um sie morgen auf die gleichen Arbeitsbedingungen vertraglich festzulegen. Deutschland ist nicht nur das klassische Land der Sozialdemokratie, es ist auch das Land der Gewerkschaften geworden, nachdem es England, das jahrzehntelang diesen Ruhmestitel trug, überholt hat. Es hat die unbestrittene Führung auf dem Gebiet der internationalen Berufs- und Gesamtorganisation; sein organisatorischer Aufbau, seine Statistik sind vorbildlich geworden für die meisten Nationen.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass diese Erstarkung der deutschen Gewerkschaften eine Folgeerscheinung des gewaltigen Aufschwungs der deutschen Industrie ist, und dass sie ihr Gegengewicht findet in einem ebenso bedeutsamen Wachstum der Unternehmerorganisationen. Deutschland, das Land der Gewerkschaften, wird daher in der allernächsten Zeit auch das Land der gewaltigsten wirtschaftlichen Machtkämpfe sein, die die Welt je gesehen hat, und von denen der Bergarbeiterkampf vor drei Jahren nur ein Vorspiel war. 300 000 Arbeiter auf einen Schlag auszusperrn vermass sich der *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller*, und wer wollte angesichts der zentralistischen Strategie der Wirtschaftskämpfe daran zweifeln, dass eine solche Drohung auch einmal zur Tatsache wird? Die nächsten Entscheidungen im Klassenkampf der Arbeit fallen auf deutschem Boden. Aber die 2 Millionen, die der Gewerkschaftskongress repräsentierte, sind eine wohlgerüstete Armee von Kämpfern, die sich des Ernstes der Situation wohl bewusst sind und nicht minder ihrer Kraft. Und wer den Hamburger Kongress sah oder seine Verhandlungen las, der fühlte die Kraft, die von diesen Millionen ausging, und ahnte den harten Zusammenstoss, den der starre Widerstand der Unternehmermacht herbeiführen muss.

Trotzdem verlief der Kongress so ruhig. Es war die Ruhe vor dem Sturm, vor grossen Entscheidungen, die schon die nächste Zukunft bringen kann. Die zentralistische Strategie der Unternehmer hat bereits zu Riesenkämpfen in der Schneiderei, in der Holz- und Metallindustrie sowie in der Buchbinderei und im Steindruckgewerbe geführt; im Baugewerbe ist ein solcher mit knapper Not vermieden worden, aber nicht minder gärt es in vielen anderen Berufen, und die Zahl der Gewerbe, in denen die beiderseitigen Organisationen einen Stand erreicht haben, der eine zentralistische Regelung der Arbeitsbedingungen ermöglicht, ist schon recht ansehnlich. Überall ist Zündstoff vorhanden, und angesichts der Tendenz der Unternehmerverbände durch Aussperrungen die Arbeiterorganisationen zu schwächen, einzuschüchtern und sie auf unvorteilhafte Verträge festzulegen ist auch mit Machtkämpfen zu rechnen. Solche Situationen sind für den Austrag von Streitfragen wenig geeignet; sie stärken vielmehr das Verantwortlichkeitsgefühl und drängen nach kräftigerer Bekundung der Solidarität. Der Gewerkschaftskongress hat auch in diesem Geiste gearbeitet. Er hat der Erörterung der Grenzstreitigkeiten, deren Regelung ihm vom vorigen Kongress überantwortet war, durch vorherige Kommissionsberatung die schlimmsten Spitzen abgebrochen und die streitenden Gruppen auf den Weg der Verständigung und Kartellverträge gewiesen. Die bisherige Organisation nach Berufen soll auch für die Zukunft

Grundsatz der Gewerkschaften sein, die Weiterentwicklung zu grossen, leistungsfähigen Verbänden soll nicht verhindert werden. Gleichberechtigung, loyale Anerkennung des Besitzstandes, Unterlassung unlauterer Agitation und rechtzeitige Verständigung über alle Fragen des Nebeneinander- und Zusammenwirkens sollen den inneren Frieden gewährleisten, den eine Armee braucht, um nach aussen hin schlagfertig und sieghaft zu sein.

Auch die Kampfmittel unterzog der Kongress einer erneuten Prüfung. Die Neuregelung der Streikunterstützung war noch nicht spruchreif; sie wurde einer der nächsten Vorstandskonferenzen überwiesen. Dagegen wurde der Boykott als Kampfmittel bei Lohnkämpfen gewisser Berufe anerkannt, und die Bedingungen für seine Durchführung wurden eingehend geregelt. Der Boykott ist in der Geschichte der Arbeiterkämpfe nicht neu; er ist schon häufig, mit und ohne Erfolg, angewendet worden. In diesen Kämpfen hat es sich gezeigt, dass es nicht genügt boykottierte Waren oder Lokalitäten zu sperren, sondern dass es auch notwendig ist den Konsum in andere Wege zu leiten, Ersatzartikel zu beschaffen. Das ist häufig eine schwere Aufgabe, besonders wenn das Fabrikanten- und Händlertum zu den boykottierten Firmen hält. Ferner führen Boykotts auch oft zu Aussperrungen als Gegenmassnahmen der Unternehmer. Endlich legt die Praxis der Gerichte den Gewerkschaften eine gewisse Zurückhaltung in der Wahl der Mittel bei Durchführung von Boykotts auf: jede öffentliche Propagierung des Boykotts, jede die freiwillige Entschliessung beeinflussende Einwirkung auf das Publikum wird als Verstoss gegen die guten Sitten erachtet, der in Verbindung mit absichtlicher Vermögensschädigung zu Schadensersatz verpflichtet. Es erscheint daher verständlich, dass der Gewerkschaftskongress sich bei der Erörterung dieses Kampfmittels von jeglichem Optimismus fernhielt. Auch die bekannte Erfahrung, dass es besonders einige schwach organisierte Berufe sind, die die Anwendung des Boykotts vorzugsweise wünschen und dabei an die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft appellieren, stimmte den Enthusiasmus der übrigen Gewerkschaften etwas herab; nicht, weil sie ersteren diese Solidarität nicht gönnen, sondern weil das, was eine Organisation nicht aus eigener Kraft erkämpft, selten von langer Dauer ist und zur Grundlage weiterer Erfolge gemacht werden kann. Im Gegenteil stachelte jede häufig wiederholte Boykottpraxis auch die Unternehmer zu Solidaritätskundgebungen und Abwehrvereinbarungen auf, die verschärfend auf die allgemeinen Kämpfe zurückwirken. Die Resolution des Kongresses warnt daher mit Recht vor unrechter und unzeitiger Boykottanwendung, weil solche die beteiligte Gewerkschaft wie auch die gesamte Arbeiterbewegung benachteiligt.

Aber auch in anderer Hinsicht war der ruhige Verlauf des Kongresses hervorzuheben. Der Kölner Kongress stand im Zeichen lebhafter Auseinandersetzungen mit der Partei; der Streit um Maifeier und Massenstreik schlug hohe Wogen. In Hamburg kam es kaum zu einer grosszügigen Maifeierdebatte, und der Massenstreik war überhaupt aus der Diskussion verschwunden. Es war Ruhe eingetreten: diesmal die Ruhe nach dem Sturm. Allerdings mussten, ehe es so weit kam, die Differenzen erst den Höhepunkt erreicht haben: die bekannte Protokollaffäre musste das fernere Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften in Frage stellen, ehe es zu einem für beide Teile ehrenvollen Frieden kam. Der Friedensschluss zu Mannheim /1906/ brachte den Gewerk-

schaften nicht nur die ausdrückliche Anerkennung der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit, sondern er sicherte auch das fernere Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft, indem er bestimmte, dass bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmässig berühren, die Zentralleitungen beider Organisationen sich zu verständigen suchen sollen. Dies sichert den Gewerkschaften den ihnen vorher versagten Einfluss in taktischen Fragen, wodurch den Streitigkeiten der Boden entzogen wird.

Wie sehr sich der Grundsatz der vorherigen Verständigung bewährte, dafür bildeten die Kongressverhandlungen die Probe aufs Exempel. Zwei Fragen standen zur Debatte, die Partei und Gewerkschaften gemeinsam berührten: die Maifeier und die Jugendorganisation. In beiden Fragen hatte die *General-kommission* vor dem Kongress sich mit dem Parteivorstand verständigt und über die leitenden Grundsätze bestimmte Vereinbarungen herbeigeführt. Die Erörterung dieser Fragen wurde dadurch keineswegs unterbunden; die Meinungsverschiedenheiten kamen zu ihrem Recht der Kundgebung. Aber gleichwohl stimmte der Kongress in beiden Fällen den Vereinbarungen zu. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen als noch vor drei Jahren der Kölner Kongress in der Maifeierangelegenheit zu keiner Entscheidung kommen konnte. Freilich ist ja auch diesmal über die Maifeier nicht entschieden worden, wie es vielleicht manche ihrer Anhänger oder Gegner erwartet hatten. Der Kongress hat die Maifeier ebensowenig abgeschafft wie die Arbeitsruhe obligatorisch gemacht. Er konnte auch weder das eine noch das andre tun, musste sich vielmehr auf die Regelung der Unterstützungsfrage für die Opfer der Arbeitsruhe beschränken, die von der Tagung der deutschen Delegation zum Stuttgarter internationalen Kongress /1907/ als wichtigster Streitpunkt der gemeinsamen Verständigung überwiesen worden war. Deshalb brauchte der Gewerkschaftskongress von einer Diskussion der Maifeier selbst nicht unbedingt Abstand zu nehmen. Aber da ihm eine entscheidende Beschlussfassung nicht zustand, und eine grundsätzliche Verständigung der beiden Zentralleitungen über das Schicksal der Maifeier weder versucht noch herbeigeführt war, so wäre es sicher töricht gewesen durch solche Auseinandersetzungen abermals das Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft zu stören. Es lag im Interesse der Eintracht, dass derartige Erörterungen abgeschnitten wurden. Die getroffene Vereinbarung selbst, die die Durchführung der Arbeitsruhe wie auch die Unterstützung der Ausgesperrten den örtlichen Organen der Arbeiterbewegung überweist, hat freilich nicht überall Zustimmung gefunden. Sie ist sowohl von einer Reihe von Gewerkschaftskartellen als auch von verschiedenen Parteiblättern scharf angegriffen worden, ohne dass seitens der Kritiker ein anderer Modus empfohlen worden wäre. Es wurde zwar mehr oder minder deutlich auf die Zentralkassen hingewiesen, aber daran konnte im Ernst gar nicht gedacht werden den Zentralkassen diese Opfer aufzubürden, schon deshalb nicht, weil diese Zentralen, die Parteileitung eingeschlossen, den geringsten Einfluss auf den Umfang der Arbeitsruhe und der daraus resultierenden Kämpfe haben. Wo vereinzelt die Zentralkasse die Unterstützung der Maifeierausgesperrten übernommen hat, wie bei den Metallarbeitern, da ist es unter Kautelen geschehen, die faktisch einer Verhütung der Arbeitsruhe gleichkommen. Darum wäre es doch noch sehr ernsthaft zu erwägen, ob man den Zentralinstanzen, auch dem Parteivorstand, einen sol-

chen entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsruhe bereitwillig zugestehen will. Ohne diesen Einfluss würden die Zentralkassen aber den Angriffen der Unternehmerverbände preisgegeben sein, die sicher dem verhassten Gegner ihre Macht fühlbar machen würden. Die örtliche Regelung entzieht unsere Kriegskassen den Gelüsten der Gegner, ohne die Durchführung der Arbeitsruhe dort, wo sie ohne grosse wirtschaftliche Schädigung durchführbar ist, zu hindern. Sie schärft zugleich aber auch die Verantwortlichkeit aller örtlichen Instanzen, die künftig bei ihrer Propaganda der Arbeitsruhe sorgfältig darauf achten müssen sie in den Grenzen der durch die örtlichen Mittel bedingten Durchführbarkeit zu halten und unabsehbare Konflikte zu vermeiden.

Ein Teil der Parteipresse hat gegen diese Regelung eingewendet, sie sei nichts anderes als ein Begräbnis der Maifeier. Diese Kritiker erweisen damit der Maifeier den denkbar schlechtesten Dienst, denn gerade sie sind es, die auf einmal jenen Pessimismus künstlich nähren, der die ganze Maifeier über Bord werfen möchte, bloss weil die Unterstützung nicht zentralistisch geregelt werden kann. Die Arbeitsruhe am 1. Mai ist in vielen Orten durchführbar, das hat die Erfahrung bewiesen. Sie lässt sich aber ebensowenig allgemein erzwingen wie ein allgemeiner Streik. Sie ist ein Kampfbjekt und als solches von den Gesetzen der Strategie abhängig. Wer also die Maifeier nicht zu den Toten werfen will, der muss vernünftigerweise der örtlichen Regelung zustimmen, die Parteivorstand und *Generalkommission* vereinbart haben. Und wie der Gewerkschaftskongress seine Zustimmung dazu gegeben hat, so darf man auch vom kommenden Parteitag erwarten, dass er diese Regelung nicht einseitig umstösst und damit neue Differenzen schafft. Das könnten nur diejenigen wünschen, die baldigst aller bindenden Verpflichtungen der Maifeier gegenüber ledig sein möchten.

Auch die vom Gewerkschaftskongress beschlossene Lösung der Frage der Jugendorganisation beruht auf voraufgegangener Vereinbarung mit dem Parteivorstand. Sie verneint die Notwendigkeit selbständiger Jugendorganisationen, spricht sich jedoch für gemeinsame örtliche Kommissionen aus Partei und Gewerkschaften zur Organisation der Jugendziehung aus. Die jungen Leute sollen von der Vertretung in diesen Kommissionen keineswegs ausgeschaltet werden. Es soll aber der entscheidende Einfluss über alle Erziehungsfragen, Veranstaltungen und Arrangements in den Händen geeigneter erfahrener Genossen liegen. Politische und gewerkschaftliche Fragen sollen den jungen Leuten durchaus nicht verschlossen werden, im Gegenteil, das gemeinsame Erziehungswerk bezweckt ja sie in diese Dinge einzuführen. Nur ein aktiver Einfluss auf Parteipolitik und auf Gewerkschaftsangelegenheiten kann der Jugend nicht zugestanden werden. Das Alter von 14 bis 18 Jahren soll der Erziehung, der Pflege des Körpers und Geistes gehören. Dabei mögen die jungen Leute, wenn sie das nötige Wissen haben, auch ruhig über wissenschaftliche Probleme und Streitfragen mit all der Unbefangenheit und Unverantwortlichkeit diskutieren, die nun einmal das Merkmal der Jugend ist. Die Welt wird darüber nicht einstürzen. Aber wir brauchen keine Sonderorganisationen, weder politische noch gewerkschaftliche, noch dazu von jungen Leuten, denen nicht nur die Reife mangelt, sondern denen meist die Organisationsform über den Inhalt geht. Die Gewerkschaften haben gerade an den bestehenden Organisationsschwierigkeiten und Grenzstreitigkeiten genug,

um nicht zu wünschen, dass noch weitere Instanzen in gewerkschaftlichen Angelegenheiten Beschlüsse fassen und Aktionen propagieren dürfen, für die niemand eine Verantwortung tragen kann. Aber auch die Partei kann keine Sonderorganisationen mit aktiver Politik dulden, selbst in weniger heiklen Angelegenheiten als es der Kampf gegen den Militarismus ist.

Auch gegen diese Vereinbarung läuft jetzt ein Teil der Parteipresse Sturm. Dass die *Leipziger Volkszeitung* dagegen hetzt und das Parteigewissen aufruft, entspricht lediglich ihrer Tradition, denn dieses Blatt kann ohne Parteikrakeel nicht leben. Heute tritt das Blatt für das Recht der Jugend auf Sonderorganisation in die Schranken, weil die Gewerkschaften dieses Recht verneinen. Hätte man der Jugend Sonderorganisationen bewilligt, dann würde es das Recht der Jugend auf antimilitaristische Propaganda zum Gegenstand eines Parteikrakeels gemacht haben. Es ist das unveräusserliche Recht dieses Organs seinen Standpunkt stets jenseits aller Verantwortlichkeit einzunehmen. Von der Parteileitung erwartet der Parteitag jedoch, dass er das Wohl der Arbeiterbewegung stets im Auge behält und solche Fragen gemeinsam mit den Gewerkschaften regelt. Aber auch anderen Parteikreisen kommt die Preisgabe der selbständigen Jugendorganisation überraschend und übereilt; sie versprechen sich pädagogische Wunder von dieser Selbständigkeit. Sie übersehen dabei aber völlig die Schwierigkeiten, die das neue Reichsvereinsgesetz solchen selbständigen Jugendorganisationen bereitet, da diese und ihre Versammlungen keinerlei politischen Zwecken dienen dürfen. Ist es schon erwachsenen Staatsbürgern kaum möglich gewesen zwischen politischen Erörterungen und politischen Zwecken richtig zu unterscheiden, so werden die jungen Leute aus gesetzlichen Verstößen gar nicht herauskommen. Dadurch würde nicht bloss die Existenz der Jugendorganisationen sondern der ganze Zweck der Jugenderziehung gefährdet werden. Solange die Jugendbewegung sich frei von jeder Verantwortlichkeit der Partei und der Gewerkschaft entwickelte, blieb die Auflösung eines Lehrlingsvereins für die Arbeiterbewegung von untergeordneter Bedeutung. Wenn aber Partei und Gewerkschaften gemeinsam daran gehen eine grosszügige Organisation der Jugenderziehung zu schaffen, so können sie dieses Werk nicht auf der unzuverlässigen Basis des Reichsvereinsgesetzes aufbauen, sondern sie müssen Vorkehrungen treffen es gegen behördliche Eingriffe zu sichern. Der blosser Verzicht auf politische Zwecke würde die Jugendorganisation lediglich auf das Gebiet wirtschaftlicher Betätigung drängen und damit ein Übergreifen in gewerkschaftliche Angelegenheiten fördern, wie es bei den Lehrlingsvereinen tatsächlich zu verzeichnen war. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung, auch der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, kann nur Sache der Gewerkschaften sein, die allein Differenzen austragen oder durch Tarifverträge ausschliessen können. Für die Erziehung der Jugend aber bedarf es keiner besonderen Organisation. Sie kann durch hierzu eingesetzte Kommissionen, eventuell im Anschluss an örtliche Arbeiterbildungsinstitute, ausreichend organisiert werden. Je vorurteilsloser man diese Frage prüft, lediglich das gemeinsame Wohl von Partei und Gewerkschaften im Auge behaltend, desto mehr wird man der Erkenntnis zuneigen, dass Parteivorstand und *Generalkommission* doch den besten Weg unter den gegenwärtigen Verhältnissen gefunden haben. Der Nürnberger Parteitag wird sich hoffentlich dieser Erkenntnis ebenfalls nicht verschliessen



## KARL LEUTHNER · JUNKER UND JUDE



INTER uns Deutschen besteht, scheint's, eine stillschweigende Vereinbarung, ein unverbrüchliches Gesetz, dem Schreiber und Leser sich wie durch eine innere Nötigung unterwerfen: über die Schwelle der Politik darf der Gedanke niemals schreiten. Sie ist der Aufbewahrungsort unkontrolliert übernommener Überlieferungen, sie ist die Zeit, die jeder sich im Tage nimmt wiederzukäuen, sie ist das unveränderliche Ritual, geweiht mumifizierten Wahrheiten, sie ist der treue Sinn der Grossmutter vom Lande, den nie der lockende Wechsel der Moden sündig versucht hat. Im Wirbelsturm trug die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung die Deutschen empor, verwandelte sie, im Reich wie in Österreich, aus einem Volk der Ackerbauer und der Kleinstädter in ein Volk der Industrie und der Grossstadt, sammelte sie aus der Zerstreung zu Einheit und Macht; auch die Unerschrockenheit des Gedankens, die Buckle uns einst nachgerühmt, ist in der wissenschaftlichen Forschung noch nicht verblichen. In dieser Unrast bedurfte wohl der Deutsche einer Stätte der Erholung, und das ist augenscheinlich die Politik. Wir erkennen unsere Heimat nicht mehr, wenn wir sie nach zwanzig Jahren wieder aufsuchen, wir können in kein Handbuch der Mythologie oder der Physik sehen, ohne zu erkennen, dass wertlos geworden ist, was wir einst gelernt haben: aber wir brauchen nur irgend eine Sammlung politischer Briefe aus der Zeit der Jungdeutschen aufzuschlagen, um des wohlthuenden Gefühls teilhaftig zu werden, dass unsere politischen Publizisten über die Rolle der Westmächte, über den Zusammenhang von äusserer und innerer Politik, über Adel und Volk, über Regierung und Opposition usw. immer noch so denken wie Wolfgang Menzel oder Heine, ja wie Rotteck und seine badischen Freunde. Wir haben konservative und radikale Politik, aber wir haben nur ein politisches Raisonement, das alt, schal und abgestanden ist. Der Siegeslauf des Marxismus, die Macht des historischen Denkens sind bloss Täuschungen. Man kann Bücherkolonnen für beides anführen, aber nicht einen Leitartikel. Denn die Änderung der Nomenklatur ist noch kein Wechsel der Anschauungen. Wer *Klassengegensatz* sagt, mit Simmel von der Beseitigung des naiven Realismus, mit Lamprecht von entwicklungsgeschichtlichen Persönlichkeitstypen redet, meint und sieht doch nur eine Welt, in der die bösen Absichten seiner unmittelbaren Gegner die Ursachen alles Übels auf Erden sind; er verdirbt bloss die Einfalt seines kindlichen Denkens durch Barbarismen der Philosophie, verkleidet die traute Welt der weissen und der schwarzen Schafe mit unaussprechlichen Fremdwörtern.

Jeder Vorfall des öffentlichen Lebens bietet Beweise und Beispiele in reicher Fülle. Eines aber drängt sich vor allem auf, weil es in die Ursprungstiefe dieses intellektuellen Elends führt, weil es zugleich anschaulich macht, dass in der Unzulänglichkeit des politischen Denkens Alldeutschland noch immer einig ist, und die Grenzen des Nikolsburger Friedens wohl die Richtung, aber nicht den Inhalt der deutschen Torheiten trennen und scheiden konnten. Alles, was in der deutschösterreichischen Politik widersinnig, kindisch, abirrend ist, hat einen gemeinsamen Quell und Ausgang: den Judenpunkt. Und was in Preussen in gleicher Weise ins Leere und Nichtige kraftlosen Geschwätzes strebt, muss ebenso aus der einen Wurzel des Junkerhasses abgeleitet werden. Aber Junkerhass und Judenhass sind nur nach Ort und Verhältnis verschiedene Formen



der selben Unfähigkeit des politischen Urteils. Mit Unrecht hat man Lueger und Bielohlawek für *psychogenetische Persönlichkeitstypen* des spezifischen Wienertums ausgegeben: nimmt man dem einen nur sein organisatorisches und volksrednerisches Talent, dem andern seine brutale Urwüchsigkeit und stattet beide dafür mit den Bildungsphrasen aus, die seit sechzig Jahren im Spüllicht liberaler Leitartikel schwimmen, so können sie mit ihrer Weltanschauung, mit ihrer sozialgeschichtlichen Logik und Methodik ebenso gut gewerbsmässige Junkervertilger abgeben. Denn was macht das Wesen des Wiener Antisemitismus aus — und nur dieser kommt in betracht, da der nationale im Reiche wie Österreich zu wenig selbständige, parteibildende Kraft besitzt —? Der Antisemitismus ist die Antwort des naiven Meinens auf die Eindrücke, mit denen das moderne Wirtschaftsleben die Seele des Kleinbürgers, des Intellektuellen und des behäbigen Besitzers aus den Kreisen des Bürgertums bestürmt. Die Wahrnehmung, dass flinker Geschäftsgeist im raschen Treiben der Weltstadt über Tüchtigkeit und Arbeit siegt, dass die Macht des flüssigen Geldes alle Vorzüge und Vorteile sich untertan macht, die sonst ein durch Erbschaft und Amt gewährlestetes Privileg waren, verbindet sich mit dem sichtbaren Augenschein der Tatsache, dass im Handel und Wandel, im Genuss und Luxus des Reichtums das Judentum zunehmend den vordersten Platz einnimmt. Der Advokat, der Journalist, der Händler und sein Gehilfe, das Theaterpublikum, das Sommervölkchen der Villenvororte wie die Flaneure der Ringstrasse: was sich dem Auge darbietet, ins Auge springt, ist in Wien jüdisch. Ist's ein Wunder, dass der Wiener Spiesser aller Grade die Wirkung mit der Ursache verwechselt und eine Erkenntnis, die so sinnfällig scheint, nicht vertauschen will gegen die tiefere Einsicht, dass Grosstadt und modernes Wirtschaftsleben die gleichen Erscheinungen überall hervorruft, auch dort, wo kein jüdischer Einfluss vorwaltet? Er bleibt dabei sein Urteil über die Gesamtstruktur des modernen Daseins in die fasslichen Worte *jüdischer Schwändel*, *jüdische Vordringlichkeit* zusammenschliessen, mit umso gewisserem Erfolg beim breiten Publikum als das Gefühl des Andersseins fremden Konfessionen und Ständen gegenüber wie die Nachwirkung uralter Vorurteile zu überwältigender lebendiger Macht der Gegenwart werden, sobald sie mit neuen Eindrücken verwachsen.

Ändern wir nun die Vorzeichen, setzen wir statt des Wiener Spiessers den norddeutschen Bildungsphilister ein, so haben wir hier zugleich die Naturgeschichte des preussischen Junkerhasses gegeben. Bei der Unfähigkeit auf den Grund zu denken, warum und aus welchen besonderen geschichtlichen Ursachen Preussen zum Staat der überspannten Staatsautorität wurde, und welche Umstände demgemäss den konservativen Gewalten in seinem Bereich das schädliche Übergewicht gaben, hält sich das oberflächliche Urteil an das, was ihm in den repräsentierenden Gestalten äusserlich entgegentritt. Der Junker als Offizier, der Junker als Beamter erklärt ihm Preussen wie dem Wiener Kleinbürger der Jude als Bankier und als Börsianer die kapitalistische Produktionsweise. Die unendlich komplexe Geschichte eines grossen politischen Gebildes wird aus den primitiven Manieren und Appetiten des legendären Krautjunktums mit der selben Unfehlbarkeit deduziert wie in Wien die Weltherrschaft des Kapitals aus den sprichwörtlichen Praktiken des galizischen Juden. Dabei ahnten die Pfadfinder des Wiener Antisemitismus so wenig, wie sie nur dem

Klerikalismus die Bahn glatt legten, als die Junkergegner zu wissen scheinen, dass den besten Teil ihres Gedankenvorrats der Cliquenhass des reichgewordenen Bürgertums beige-steuert hat in den Zeiten, als es noch mit dem Adel um die gleiche Geltung vor den Augen des Monarchen rang. Man könnte wohl die Atiologie des Junkerhasses bequem aus den alten Jahrgängen der *Vossischen Zeitung* herausschreiben, die bis tief in die neunziger Jahre Preussens ganzes Weh und Ach aus den fehlenden Bankierfräcken bei Hof- und Staatsaktionen herzuleiten pflegte. Solche Unheilrufe hören wir aus diesen Regionen heute seltener. Und in der Tat, sie wären herzlich unzeitgemäss. In dem Junkerstaat Preussen, und nur in dem Junkerstaat Preussen haben sich bei Hofe die Grossen des Bürgertums weit über den Adel und unmittelbar neben die Hocharistokratie, neben die reichsten Standesherrn gestellt. In der *Villa Hügel* war der Kaiser nicht seltener zu Gast als im Schloss Donaueschingen, Fürst Pless darf ihn nicht öfter bei sich begrüssen als der noch dazu mosaische Ballin, und die sagenhafte Kamarilla der Eulenburgers hat nie den gefährlichen und bestimmenden Einfluss ausgeübt, der zu seinen Lebzeiten Stumm gegönnt war. Die Rathenau, die Mendelssohn, die ganze Optimatenschar der Bankdirektoren gruppiert sich schon sichtbar in zweiter Reihe, und wenn die Thyssen und Kirdorf nur wollen und höfisch die Aversseite zeigen wie sie vor drei Jahren dem Minister Hammerstein die Reversseite zugekehrt — mit bürgerlich pantomimischer Übersetzung des viel zitierten junkerlichen *Die können uns sonst was!* —, so wird der Kohle nicht fehlen, was die Panzerplatten und Passagierdampfer lange schon vorweggenommen haben. Es ist denn doch zu lächerlich das ganze Wesen eines Staates, der ein gut Teil seiner auswärtigen Politik durch die *Deutsche Bank* und die *Dresdener Bank*, durch die *Hamburg-Amerika-Linie* und den *Norddeutschen Lloyd* besorgen lassen muss, und in dessen innere Politik die Unternehmerverbände am vernehmlichsten dreinreden, auf die dürftige Wahrnehmung zurückzuführen, dass seine Beamten und Offiziere häufiger *Puttkamer* als *Schulz* heissen.

Dem Juden- und Junkerhass ist das wesenhaft Gemeinsame eigen, dass sie überall an die Stelle von Verhältnissen sachlicher Potenzen persönliche Absichten und Handlungen, persönliche Laster und Tücken setzen. Nicht die Persönlichkeit und ihr hohes Recht triumphiert in diesem Gedankenkreis sondern ein roher Anthropomorphismus. Er gehört der mythologisierenden Anschauungsweise an, die der philosophischen und wissenschaftlichen vorangehend, dem tief im Menschen eingepflanzten Kausalitätstrieb dadurch Befriedigung verschafft, dass er die inneren Erfahrungen des Willenslebens roh und unbesehen auf alles Geschehen in Natur und Gesellschaft überträgt. Wie der Wilde im Blitz die Kraftäusserung eines Dämons erblickt, wie das Kind nach dem Tisch schlägt, an dem es sich gestossen, so verwandeln Juden- und Junkerfeinde alles Übel in Staat und Gesellschaft in Akte der Habgier und Bosheit der von ihnen gehassten Gruppen. Selbstverständlich kann der Anthropomorphismus des neuzeitlichen Menschen nichts von der barbarischen Grösse jener ursprünglichen Weltvermenschlichung an sich haben, aus der sich in aufsteigender Stufenfolge die poetische Verklärung aller irdischen Dinge schönheitsvoll erhob. Er ist vielmehr ein beständiges Messen am Schneidermass der Moral, er ist getränkt und übelriechend von einer dumpfen Winkelethik. In allem eine Verfalls- und Rückbildungsform des Denkens. Satan, Jude und Junker schicken

von Misswachs bis zu den Läusen alle Plagen über die Menschen, und dass ich den einen nicht mag, und dass der andere mir missbehagt, schlingt zwischen beiden eine unzerreissbare Kette der Kausalität. Selbst die Frage, ob von Ursache zu Wirkung ein denkbare Verhältnis der Masse und Energie besteht, ob die Kraft der Gruppe für die ihr zugeschriebenen Leistungen des Bösen ausreicht, hat auf diesem Standpunkt keinen Sinn mehr. Man will nicht erklären, nicht verstehen, man will einem festgewurzelten Bedürfnis einfacher Leute begegnen, die ihr Schicksal statt von der Gewalt der Verhältnisse lieber von der Bosheit schlimmer Menschen empfangen, weil ihnen dies doch immerhin den Trost des Hasses und den Selbstgenuss der Entrüstung lässt.

Wie beide Richtungen aus einem naiven Panmoralismus und aus dem spähenden Argwohn des düster gebundenen Sinns hervorgehen, der alles, was er nicht versteht, der Feindschaft der Oberen oder dem argen Willen zuschreibt, so arbeiten beide mit den volkstümlichen Formen und Formeln der beweislosen Verallgemeinerung und der *argumentatio ad hominem*. Und man darf nur fragen, welche es damit unbefangener und gröblicher treibt. Juden und Junker bilden eine Masse der Verwerfung, jeder als Mensch und Einzelperson ist ein Teilträger des im ganzen verkörperten Lasters, und die offenbar werdende Schlechtigkeit des Individuums zeugt wieder unwidersprechlich für die Verkommenheit der Gattung: Das spricht jenes Ausrufungszeichen aus, das der antisemitische Schriftsteller und Redner nie versäumt hinter den Namen irgend eines Cohn, der veruntreut, oder eines Levy, der geschändet hat, sorgfältig anzusetzen. Wie dieser Cohn und dieser Levy, so sind sie alle, wenn auch leider nicht alle ertappt. Ihre verbrecherische Geschäftsmoral und ihre unreine Brunst trübt und zerstört wie ein fressender Schaden die Rechtlichkeit und angeborene Keuschheit der arischen Wirtsvölker. Nicht anders haben uns auch die Prozesse gegen Eulenburg, Lynar und Hohenau enthüllt, dass der gesamte preussische Adel ausschliesslich aus Wüstlingen und perversen Burschen besteht, und eine erleuchtete Geschichtsphilosophie, die alles preussische Werden und Geschehen auf die Momente zurückführt, denen ein pikanter Hofklatsch päderastischen Nebensinn gibt, hat diese Wahrheit nun auch historisch erhärtet. »Wie pflanzt sich der preussische Adel eigentlich fort?« wiederholt der deutsche Biedermann fast ernsthaft die freche Frage des Witzblatts und will bass erstaunen über die Geschlechter, die bei *erweislich wahren* homosexuellen Gewohnheiten die Jahrhunderte überdauert haben. Jede Einrede wäre da müssig. Indes, eine Erinnerung könnte vielleicht nützlich sein. Als in Wien der vielfache Millionär, Machprophet und Universitätsdozent Beer unter viel schlimmeren Umständen als Eulenburg der Päderastie überwiesen wurde, und, da er auch bisexuell ein übriges leistete, zwei Frauen, die eigene und die eines Freundes, um der Schande willen in den Tod gingen, da heulte die antisemitische Meute mit heiserem Bellen die Forderung heraus, die Universitäten müssten von jüdischer Verderbtheit gesäubert werden, und wiederholten — denn Beers Gattin war ebenso jung wie schön — den alten menschenfreundlichen Programmwunsch, dass man jüdische und christliche Kinder in den Schulen scheidet, weil die früh entzündete orientalische Sinnlichkeit der jüdischen Jugend die arische beflecke. Wozu brauchen wir ins Mittelalter zurückzuschauen, wenn in unseren Tagen politischer Hass die besudelten Hände selbst von der Heiligkeit des Kindesalters nicht fern hält? Aber niemand von denen wage sich hier mit-

zuentrüsten, die aus der Verallgemeinerung einer gleichgültigen Privataffäre Waffen holten für den politischen Kampf.

Manieen haben die unbeirrbare Konsequenz der Narrheit. Der Antisemit und der Junkerfeind kommen endlich dazu nicht einmal Ausnahmen zuzugeben. Wie viele aus den köpferichen Sippen des Kleinadels auch kaum die Butter aufs Brot verdienen, so ist doch jeder, am innigsten der aufgeklärte Berliner, davon überzeugt, dass im Sektrinken und Austernessen sich das Dasein des Junkers vollende. Wenn so vielfach eine ehrliche und um so gefährlichere Beschränktheit in konservativen Anschauungen mit den Händen zu greifen ist, so wäre doch den meisten kein Junker vorstellbar, dessen Seelenhausrat mehr enthielte als Gier nach Zöllen und Liebesgaben. In gleicher Weise können die Wünsche des Juden nie nach etwas anderem gehen als nach Hab und Gut des Nebendenschen. Selbst der offen erklärte Antikapitalismus ist bloss Vorwand und listige Vorspiegelung. Österreichische Witzblätter zeigen die stehende Figur des absammelnden und Beiträge einsackenden jüdischen Arbeiterführers, wie die reichsdeutschen die des brandschatzenden Junkers. Und obschon die antisemitische Polemik die jüdische Unmoral, die antijunkerliche die adelige Unkultur als Hauptthema behandelt, so treffen sie schliesslich auch in der Abschätzung des Geistigen an dem Gegner fast bis zum Wortlaut zusammen. Dass unter Juden nie schöpferische Geisteskraft sondern höchstens Hurtigkeit des Witzes und Nachahmungskunst anzutreffen sei, ist ein Satz, in dem alle Antisemiten übereinkommen. Marx, der ja bloss die goldene durch die rote Internationale ergänzen und damit der Vorherrschaft seiner Stammesbrüder auch die Zukunft assekurieren wollte, darf so wenig als Gegenbeweis gelten wie Heine, den wir ja erst dank Bartels ganz und völlig kennen. Wiederum waren, sind und werden sein alle Junker lediglich Vervielfältigungen des Alexisschen Herrn von Bredow, in dessen ganzer Ungeschlachtheit, doch selbstverständlich ohne seinen Biedersinn. Sie bilden den einzigen Adel der Welt, der nie den geringsten Anteil an der nationalen Kultur hatte. Wollte aber jemand auf die beiden Humboldt, auf Kleist und Arnim, auf die stattliche Reihe von Gelehrten, von denen in unseren Tagen Richthofen und Wilamowitz einen Weltruf erlangten, hinweisen oder gar hervorheben, wie vollkommen sich in Gneisenau, Boyen, Clausewitz die ganze Bildung unserer klassischen Zeit wieder spiegelte, und dass die militärischen und politischen Baumeister des neuen Reichs Bismarck, Roon, Moltke, Blumenthal, Voigts-Rhetz in ihren Briefen und Denkwürdigkeiten uns die an Form und Inhalt vielleicht bedeutendste Memoirenliteratur hinterlassen haben, die wir besitzen: so könnte dies alles doch nur eine servile Seele gelten lassen.

Der Unterschätzung bis ins Lächerliche tritt indes eine Steigerung ins fratzenhaft Grosse zur Seite. Der Jude ist für den Antisemiten der Demiurg dieser Welt und muss es wohl als Vater aller Übel sein. Die ganze Erde bildet sein Puppentheater, dessen Drähte und Fäden in seinen lenkenden Händen zusammenlaufen. Die russische Revolution ist ausschliesslich sein Werk, die Entkatholisierung Frankreichs wurde auf das Geheiss der jüdischen Logen vollzogen, die überdies in Budapest und in Rom dem katholischen Erzhaue Verrat und Krieg brauen. Ganz ähnliches gilt nun auch von dem Junker, nur dass sich das Welttheater auf Preussen zusammenzieht; zum Ersatz dafür wird die preussische Geschichte um so gründlicher umgefälscht. Diese preussische

Geschichte soll nämlich die Geschichte der preussischen Junker sein. Die Junkergegner stellen sich wohl nicht recht vor, welche übertriebene Ehre sie den Marwitz, Puttlitz und dergleichen damit antun. Denn alle redlichen Bemühungen die Schlacht bei Jena zum einzigen bemerkenswerten Ereignis im Verlauf der preussischen Kriegsbegebenheiten zu erheben, kann aus dem Bewusstsein der Menschen die Tatsache nicht auswischen, dass in den letzten anderthalb Jahrhunderten kein Staat des europäischen Kontinents ein so rasches und erfolgreiches Aufsteigen seiner Macht zeigt. Haben die Junker das bewirkt, dann dürfen sie unbeschadet ihrer sonstigen moralischen Mängel über das Urteil der Geschichte beruhigt sein. Allein sie haben es eben nicht bewirkt, sondern es schlägt nur die Missrede, die Junker und Preussen zugleich treffen möchte, in grotesk übertreibende Glorifizierung um. Man tut schon dem preussischen Adel zu viel Ehre an, wenn man ihn die politisch leitende und waltende Schicht nennt. Um dies zu sein, hätte er das Interesse des Ganzen überschauen, dem Ganzen im entscheidenden Augenblick die Wege der Zukunft weisen müssen. Wann wäre das seine Rolle und Leistung gewesen? Ein solcher herrschender Adel im vollen Sinn des Worts waren die römischen Optimaten, die venetianischen Nobili, die deutschen Ordensritter, ist heute die englische Aristokratie. Alle diese, wie sehr sie den Staat für ihren Privatvorteil missbrauchten, trugen doch zugleich sein Schicksal im planvollen und kraftvollen Regieren, wussten die neuen Entwicklungen des Volkslebens ihrem Herrscherplane anzupassen, die besten Kräfte der Nation sich anzugliedern.

Der preussische Adel hat von dem allen nichts aufzuweisen. Wäre die preussische Geschichte wirklich seine Geschichte, dann hätte Preussen im völligem anarchischen Verfall enden müssen, wie Polen, zu dessen Freiheiten und chaotischen Zuständen die Junker Ost- und Westpreussens lange eine tiefe Hinneigung tätig bekundeten. Keine der grossen Wendungen der preussischen Geschichte ist geschehen, die nicht gegen die Junker geschehen wäre. Wenn es unwahr ist, dass die Junker am geistigen Leben und am politischen Fortschritt des deutschen Volks keinen Anteil genommen hätten, so ist es doch umso wahrer, dass jene Einzelpersönlichkeiten aus dem Junkerstande, die solcher Fortschritte Vorbereiter und Vollender waren, nahezu in jedem Falle ein Prinzip vertraten, das dem von der Masse des Adels jeweilig festgehaltenen schroff entgegengesetzt war. Konnte denn der Adel, der in der grossen Schicksalsstunde der deutschen Geschichte, beim Ausbruch des ersten schlesischen Kriegs, in drei getrennten Provinzen sass, die Idee des Ganzen überhaupt fassen, mehr als provinzielle Interessen in sich verkörpern? Das Geheimnis des preussischen Wachstums und der preussischen Grösse ist, dass um die Mitte des 18. Jahrhunderts in einem Augenblick labiler Machtverhältnisse und umgeben von fast waffenlosen Kleinstaaten und Staatskadavern der preussische Hof statt im Luxus in der militärischen Kraftentfaltung seinen Ehrgeiz suchte und seine Territorialmacht zu europäischer Bedeutung zu erhöhen trachtete, wie sie seit der Verleihung des Königstitels einen europäischen Namen bereits besass. Das war so wenig eine Junkeridee wie die Mittel zu ihrer Ausführung aus junkerlichen Wirtschaftstheorien hervorzunehmen. Vielmehr, wenn Preussen unter Friedrich II. eine Grossmachtspolitik verfolgen konnte, ohne dass es weder die geographische noch die ökonomische Basis eines Grossstaates besass — also sozusagen losgelöst von den natürlichen Be-

dingungen und durch die reine Anspannung des Willens —, so war dies nur auszuführen, weil der Absolutismus und der Merkantilismus die Möglichkeit boten alle Kräfte des Gemeinwesens mit der äussersten Rücksichtslosigkeit für Wirkungen nach aussen zusammenzufassen und anzustrengen, und weil die herrschende Militärverfassung der vorwiegend geworbenen Heere die kriegerische Kraft eines Staates von seiner natürlichen Basis bis zu einem bestimmten Grade unabhängig machte. Allein Merkantilismus, Absolutismus und Werbeheer sind so wenig aus dem Ideenkreis der Junker hervorgegangen, waren so wenig geeignet von den Junkern auch nur als Mittel einer selbständigen Politik angewendet zu werden, wie etwa die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung, die Vervollkommnung des Revolutionsgedankens der Massenheere durch Scharnhorst, die Verknüpfung der *deutschen Mission* Preussens mit den Kulturidealen und Befreiungshoffnungen des deutschen Volks, also die materiellen und idealen Kräfte der Wiedergeburt Preussens nach Jena, auf den ostelbischen Gutshöfen entsprungen sind, so wenig als der deutsche Einheitsgedanke im 19. Jahrhundert den preussischen Adel zu seinem bevorzugten Träger hatte. Vielleicht war die preussische Staatspolitik nur einmal völlig in Junkerhänden: in den Tagen von Olmütz.

Welchen Sinn hat es sonach das Junkertum zur treibenden Kraft und eigentlichen Wirklichkeit der selben preussischen Geschichte zu machen, in der es als Gesamtstand betrachtet eine wenig rühmliche Stelle einnimmt? Vielleicht wird da jemand auf wirtschaftliche Tatsachen hindeuten wollen, auf die eigenartige Agrarverfassung des deutschen Ostens? Doch die preussische Geschichte ist bei der gewaltsamsten Interpretation nicht auf die Entwicklungsgeschichte des ostelbischen Gutshofs zu reduzieren. Man kann sagen, dass Friedrichs II. Selbstherrschaft an den Kompromissen mit dem Adel, die diesem das flache Land auslieferten, ihre Grenze fand. Man kann bemerken, dass die Junker, indem sie Offiziers- und Beamtenposten vornehmlich besetzten und besetzen, stets eine Art von Mitregierung ausübten, bei der vor allem ihre wirtschaftlichen Klasseninteressen in guter Hut standen und stehen. Doch damit wird das Besondere der preussischen Reaktion so wenig erklärt wie durch die feinsinnigsten psychologischen Ausdeutungen der Übertragung des Herrentons vom Junkerhof ins Landratsamt, in den Gerichtssaal und in die Kaserne. Dergleichen wirkt mit, verleiht gewisse Obertöne, ist jedoch weit entfernt das Wesen der Sache zu sein, das man auch dann noch lange nicht trüfe, wenn man in der immer sichtbarer werdenden Verschmelzung der aristokratischen und grossbürgerlichen Interessen die wirtschaftlich-materielle Basis für die Fortdauer des reaktionären Regimes in unseren Tagen aufgedeckt haben wollte.

Die politischen Freiheiten hängen weit unmittelbarer von den politischen Formen als von den sich unter ihnen bergenden sozialen und wirtschaftlichen Inhalten ab, und die politischen Formen werden zuerst und hauptsächlich gestaltet durch die besonderen Schicksale, durch die besondere Entwicklungsgeschichte des Staates. Nicht dass im Osten Preussens Junker den Hauptteil des Grundbesitzes in Händen haben, sondern dass dieser Staat wie kaum ein anderer das Merkmal des *starken Staates* an sich trägt, ist der primäre Grund des preussischen Konservatismus. Entstanden und wiedergeboren aus einer Anspannung und Zusammenraffung aller Kräfte für den Staatszweck, die in dem ganzen Lauf der neueren Zeiten fast ohne Beispiel ist, hat er gleich

den deutschen Südstaaten den buntscheckigen Erwerb nach dem Wiener Frieden durch intensivste Beamtenarbeit in den Tagen, da die preussische Bureaukratie ihre besten Köpfe und tüchtigsten Kräfte besass, zum festgefügtten Ganzen zusammengeschweisst. Jetzt erst wurde das grosse Geschenk der Revolution, der rationell verwaltete, zentralisierte Staat, in Einzeltätigkeit nutzbar gemacht. Allein im Gefolge des Segens ging ein arger Fluch: nicht nur die Verflachung und Verödung des so reichen Volkslebens, worüber Riehl einst beweglich klagte, sondern auch anmassende Vielregiererei und die Auffassung aller öffentlichen Dinge im Sinne bürokratischer und militärischer Subordination. Das Beste hat hier mitgewirkt das Schlimme zu schaffen: vom Kantischen Rigorismus, vom Hegelschen Staatsideal, von dem schwärmerischen Patriotismus der Befreiungskriege, von dem phantasievoll nachschaffenden Historizismus der Romantik fliessen Tropfen im Blut der preussischen Reaktion. Namentlich muss man sich jedoch gegenwärtig halten, zu welchem Selbstgefühl, zu welcher kühnen Identifizierung mit dem Gemeinwesen ein Beamtentum erwächst, dem zu bestimmter Zeit die Aufgabe zufällt den Staat zu formen. Die zehn Jahre Bachscher zentralistischer Reform haben fast zwei Menschenalter Österreich den Schein der Einheit verliehen, bis dass im Kampf um die Sprachenverordnungen und mit der Nationalisierung der Beamtschaft das Werk der Kanzlei in Trümmer ging. Indes, die preussische Bureaukratie wurde durch keine äussern Niederlagen gedemütigt, durch keinen inneren Widerstreit zerrissen, sie hatte nicht die Hemmung der süddeutschen, dass in deren engen Grenzen das höchste Sehnen der Nation mit dem Staate sich nicht vermählen konnte. In all den Jahrzehnten von dem Ende der Befreiungskriege bis zum Abgange Bismarcks stand die preussische Bureaukratie, die wenigen Monate des Revolutionsjahres ausgenommen, als die eigentlich handelnde Macht im Vordergrund. Was Wunder, dass sie zum Schluss auch noch die nationalen Ideale an ihr Werk band! Um so erfolgreicher, als die Persönlichkeit, durch die sie zur Tat und Wahrheit wurden, durch die sie persönliche Form gewannen, aus ihrer Mitte hervorgetreten war. Zur letzten Vollendung trat zu dem autoritären Staat noch die Individualität, in der die Staatsallmacht als persönlicher Herrscherwille aufloderte. Und da der Beherrscher der hohen Staatskunst überdies ein alter Mann war, der in der inneren Politik den demokratischen und sozialen Volksströmungen vielfach mit Auffassungen einer vergangenen Epoche entgegenkam, so lebt die Reaktion im doppelten Sinne als ein Vermächtnis Bismarcks fort: als ein Erbe seines schrankenlosen Herrschertums wie als eine Nachwirkung seiner unzulänglichen sozialpolitischen Einsichten.

Darf man angesichts dieser Tatsachen und Entwicklungen den Ursprung des preussischen Konservatismus allein auf der Klitsche der Agrarier suchen? Unzweifelhaft hat er durch die junkerliche Legierung viel von der ihm eigenen herrischen und hoffärtigen Art empfangen. Allein der Adel, der wirtschaftlich noch nicht ein Drittel des deutschen Gebiets und dieses bloss auf dem Lande beherrscht, vermöchte gar nicht die Reaktion zu tragen, deren feste Grundmauern vielmehr versenkt sind in den Denkgewohnheiten und Gefühlsweisen der weitesten Schichten, die auch, wo demokratische Strebungen und Gedanken dem zu widersprechen scheinen, deutlich die Spur einer hundertjährigen Erziehung durch den Bureaukratenstaat verraten. Man müsste eine

Darstellung liefern so sorgfältig ins einzelne gehend wie die jüngst erschienene treffliche Schilderung der Landratsdespotie, um dies für jeden überzeugend unter Beweis zu stellen. Doch wird ein flüchtiger Hinweis auf Erscheinungen, die gerade im Augenblick die Phantasie aller bewegen, dem, der sehen will, Licht geben. Kaum irgendwo sonst wird der starre, unvolkstümliche Autoritätsgeist des preussischen Staates den Massen so schmerzlich fühlbar wie in der Rechtsprechung. Ich möchte nicht von Klassenjustiz sprechen. Das Wort verhüllt statt zu erklären. Überall mengt sich ja der Streit der Klassen in den Spruch der Gerichte. Was die preussischen unterscheidet, kann nicht das den anderen verwandte sein. Sondern die Frage ist zu erheben, weshalb der Klassengeist sich hier so rein ausdrücken kann. Darauf gibt es nur die Antwort: dass er eben einen unnatürlich überspannten Formalismus als sein Mittel findet, diesen prägnantesten Abdruck des Bürokratensinns, der bürokratischen Welt- und Staatsauffassung, einen Formalismus, der sein zum Unrecht übersteigertes Recht auch dort mitleidslos niedergehen lässt, wo die einflüsternde Stimme des Klassenhasses nicht mitredet.

Die Mutter, die ins Gefängnis geworfen wird, weil in ihrem Haus die Tochter die Besuche des künftigen Gatten empfing, die Frau, die wegen Meineids angeklagt wird, weil sie in einem gleichgültigen Zusammenhang den Preis einer Ware um einige Pfennige zu niedrig angegeben hat: das sind die furchtbarsten Fehlgriffe einer Justiz, die ohne Erbarmen den lebendigen, fühlenden Menschen dem toten Buchstaben des Gesetzestextes opfert. In England mag neben kleinlicher und unerbittlicher Strenge in allen Fällen, die dem privaten Leben entstammen, die höchste Freiheit und Straflosigkeit des öffentlichen Handelns bestehen. In Deutschland jedoch, wo das politische Leben weder die Energie noch die Vorgeschichte des englischen hat, kann die politische Freiheit vor den Gerichten nur durch die Macht der Menschlichkeit verbürgt werden, durch die Humanisierung und Milderung der Justiz überhaupt. In diesem Zusammenhang bekommt der Fall Eulenburg seine verhängnisvolle Bedeutung. Ich will nicht davon reden, dass es überwältigend komisch wirkt, wenn im Lande der blutigsten Scharfmacher, der Stumm, Kirdorf, Liebert und Genossen ein paar pensionierte Invaliden und sentimentale Kunstdilettanten als Häupter und Rädelsführer der Reaktion vorgeführt werden. Das steht in zweiter Reihe. Doch wie können Schriftsteller, die täglich selbst der schreckliche Meineidparagraph bedroht, die täglich die blutigen Opfer fallen sehen, als wäre er ein Verworfenener und Elender von einem Manne sprechen, der nichts begangen hat als dass er eine geschlechtliche Verirrung, die ihn nach der herrschenden Anschauung beschimpft, die ihn bei Weib und Kindern verächtlich macht, nicht eidlich durch das eigene Wort erhärten wollte? Nicht dass ein Meineid geschworen, sondern dass in einem solchen Fall ein Eid zugelassen wird, ist das Ungeheure, das unbegreiflich Unmenschliche. Es hat keine lebende Seele das mindeste zu bekümmern, ob Eulenburg diese oder jene sexuellen Gewohnheiten hat. Soll ein Vater verpflichtet werden sich durch das Bekenntnis seiner Verirrungen den eigenen Kindern zum Gegenstand des Abscheus zu machen? Er wird und muss es vorziehen ins Gefängnis zu gehen und seiner Familie wenigstens die tröstliche Täuschung lassen, dass er zu Unrecht verurteilt wurde. *Gleiches Recht für alle!* ruft man. Aber mich schaudert, wenn ich an die Opfer denke, die das gleiche Recht fordern wird. Was den Eulenburg



alle zehn Jahre einmal widerfährt, widerfährt zehn Arbeitern in jedem Monat. Und welchen Proletarier, der sich vor Gericht nicht entsinnen konnte, ob er vor drei Jahren einen grünen oder roten Schlips trug, will man noch vor dem Zuchthause retten, wenn ein Fürst und gewesener Botschafter des Reichs zum Verbrecher wurde, weil er Enthüllungen aus seinem intimsten Privatleben nicht zu eigener Entehrung bekräftigen wollte?<sup>1)</sup>

Seit Jahrzehnten kämpft die deutsche Sozialdemokratie gegen die Übertreibung des Meineidsbegriffs: wie konnten sozialdemokratische Schriftsteller in dieser Sache fehlgreifen? Ich werde nicht behaupten, Vorurteil gegen die Junker habe hier das Urteil getrübt. Jene einseitige Nichts-als-Junkerbefehdung ist der Irrtum einiger. Die Partei wird sich die Weite ihrer Anschauung nicht rauben, die Tragik des Klassenkampfes nicht zur boshaft persönlichen Anfeindung einer Gruppe und ihrer einzelnen Mitglieder verzerren lassen. Sondern hier wirkte der Wahn, dass man das gleiche Recht schützen, kein Privileg vor dem Gericht dulden dürfe. Welch hinreissenden Schwung hätte die sozialdemokratische Aktion gewonnen, wenn sie diesen ausserordentlichen, vom Interesse aller umgebenen Fall benutzt hätte, um dem formalistisch knechtenden Recht der bürokratischen Strafsucht die sozialdemokratisch menschliche Rechtsauffassung der verstehenden Milde entgegenzusetzen, wenn sie die Wahrheit lang und laut bekannter Grundsätze und die Innigkeit der Hingebung an sie in einer Tat des Edelmutts am Gegner bewährt hätte! Allein es ist nun wohl so, dass in Ländern des juristischen Formalismus auch seine Opfer vom Recht formalistisch denken, das Rechtsgefühl aus den Gesetzesparagraphen statt die Gesetzesparagraphen aus dem Rechtsgefühl schöpfen. Überschätzen doch in den selben Ländern, die Länder der Disziplin, der Wohlgesinntheit und der schroffen Klassenscheidung sind, auch die demokratischen Elemente den Wert der Geschlossenheit, treiben mit den Prinzipien Abgötterei und sondern sich ängstlich von Andersdenkenden ab, als könnte das Volk je auf andere Weise souverän werden als durch die fruchtbare Berührung und wechselseitige Beeinflussung der Meinungen und Strebungen, die es erfüllt. Und so ruhen die Fundamente, die die autoritäre Macht am sichersten tragen, in den Seelen ihrer Bekämpfer selbst.

Wieder ist ein Augenblick versäumt worden, und gewonnen wurde nichts als ein Agitationsthema. Sollte es daran fehlen? In dem Lande fehlen, wo die ausdauerndste Agitation stets ohne Aktion verläuft, der unaufhörlichen Erregung niemals eine Regung folgt, und eine in aller Welt bestaunte Kühnheit des Witzes und Spottes an dem Bewitzelten und Bespöttelten nicht das mindeste zu ändern vermag, so dass als Witz der Witze zuletzt übrig bleibt, dass die reaktionären und autoritären Gewalten in um so ungestörterer Ruhe schalten und walten dürfen, weil die widerwillig Beherrschten sich's am Amüsement genügen lassen über die Regierenden zu medisieren und zu lachen? Die blosse Negation ist und bleibt unfruchtbar. Umwälzend wirkt nur das Positive, das schaffend-umschaffend Neue der Idee; nur dieses könnte zum Exponenten der tiefen und allgemeinen Unzufriedenheit werden, die sich heute gegen die veralteten und überlebten Methoden des autoritären Regimes überall in den

<sup>1)</sup> In Osterreich, das sei hier nebenbei bemerkt, wäre die ganze Eulenburg-Affäre absolut unmöglich. Denn das österreichische Gesetz schützt die Tatsachen des Privat- und Familienlebens; mit Recht, weil sonst jedermann jedem preisgegeben ist, auch für Dinge, die die Öffentlichkeit schlechthin nichts angehen.

Tiefen und Weiten des Volkes erhebt. Nichts aber verleiht ihm unmittelbarer wirkende Kraft als wenn es in der überwältigenden Sprache der Menschlichkeit reden darf.

XX

## WOLFGANG HEINE · VOM NEUEN MITTELSTAND



URZ hinter einander haben im Laufe der letzten Wochen in den *Sophicssälen* zu Berlin zwei grosse Protestversammlungen getagt, die zu einem Vergleich herausfordern. Zuerst protestierten Techniker — zum grossen Teil Männer mit akademischer Bildung — und Handlungsgehilfen, unterstützt von Politikern verschiedenster Richtungen gegen den Geheimerlass des *Verbandes bayrischer Metallindustrieller*, der die Mitglieder von vier grossen Organisationen aus den Betrieben des Verbandes nach und nach ausschliessen will.<sup>1)</sup> Dieser Boykott ist noch nicht aufgehoben; die von den Unternehmern schlaue verbreitete Nachricht, der Erlass wäre zurückgenommen, hat sich als unwahr erwiesen. Die bayrischen Metallindustriellen wollen den Vereinen der Angestellten »Gelegenheit geben sich über ihre prinzipielle Stellungnahme dem Arbeitgeber gegenüber zu äussern und allenfallsige [Deutsch!] irrige Ansichten hierüber zu berichtigen«, das heisst also zu Kreuze zu kriechen und einander im Stich zu lassen. Die Maschinenfabrik Augsburg hat ein noch feineres Mittel ausgedacht, um das Koalitionsrecht ihrer Handelsangestellten aufzuheben: sie kauft es ihnen einfach ab. Wer aus seiner Organisation austritt, soll 500 Mark bekommen. Ein Beweis noch grösserer Würdelosigkeit derer, die diesen Preis zahlen, als derer, die ihn nehmen. Die durch die Proteste eingeleitete Gegenaktion wird also fortgesetzt werden müssen und vielleicht nicht bei Protesten bleiben können. Kurze Zeit darauf, am 10. Juli, protestierten Studenten und ältere Akademiker gegen die Massregelung und schliessliche Auflösung der *Freien Studentenschaft* der Universität Berlin durch die akademischen Behörden.

So verschieden der Verlauf dieser Versammlungen war, fest und entschieden die Stimmung in der Technikerversammlung, unklar und schwächlich die der Akademiker, so wurde der denkende Besucher doch gelockt eine Parallellität zwischen beiden zu suchen, die nicht etwa nur in der Identität des Lokals lag. Wüstes Scharfmachergehetz, unaufhörliche Treibereien der Denunziantenpresse sind der Massregelung der Techniker und Kaufleute wie der der *Freien Studentenschaft* vorausgegangen. Der Vorwurf *sozialdemokratischer Gesinnung*, mit dem man in Deutschland jede Dummheit und Niedertracht zu rechtfertigen liebt, hat in beiden Fällen seine Rolle gespielt. Der innere Grund ist beidemale in den ersten sozialpolitischen Bestrebungen der Verfolgten zu suchen und in der Angst eines anmassenden Herrrentums vor neuem, frischem, freiem Handeln, das seinen Vorrechten schaden könnte.

Den Geist, der die bayrischen Metallindustriellen beherrscht, erkennt man daran, dass sie dem *Deutschen Technikerverband* zum Vorwurf machen, er habe »sich auf die Erreichung sozialpolitischer Vorteile geworfen«, dass sie unter den gefährlichen Forderungen des *Bundes der technisch-industriellen Beamten* hervorheben die eines gesetzlichen Maximalarbeitstages, der Abschaffung der

<sup>1)</sup> Vergl. die Rubrik *Sozialpolitik* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 891 ff.

Konkurrenzklauseel, des Verbots der Abnahme des Ehrenworts im Dienstvertrag, des Rechts der Angestellten auf die von ihnen gemachten Erfindungen, der Beamtenausschüsse, Kündigungsausschüsse usw. Dreist und unsagbar lächerlich wirkt es, wenn das Geheimzirkular besagt, der *Bund der technisch-industriellen Beamten* habe sich »zur Gewerkschaft erniedrigt«. Das ist die kindisch ohnmächtige Bosheit, die sich am Gegner zu rächen sucht, indem sie ihn als Ehrlosen hinstellt. Das schreibt Herr Syndikus König, der sich aus dem freien Anwaltsberuf in den freilich mehr gesicherten Hafen einer festen Anstellung beim Scharfmacherverbände geborgen hat. Ist das vielleicht eine *Erhöhung*? Und nicht minder unverfroren und täppisch ist die mündliche Bemerkung eines der Augsburger Herrenmenschen: »Ja, wenn Sie es mit den Professoren halten, müssen Sie natürlich zu solchen sozialdemokratischen Ideen kommen.« Das ist Denunziation der Wissenschaft, sofern sie sich nicht zu Handlangerdiensten für den Kapitalismus hergeben will. Argwohn gegen soziale Reformbestrebungen war auch eine der treibenden Kräfte bei dem Vorgehen gegen die *Freie Studentenschaft*. Diese hatte dem geisttötenden Treiben in den studentischen Korporationen entgegenwirken, die Studentenschaft auf ihre sozialen Pflichten hinweisen wollen. Arbeiterunterrichtskurse waren begründet, Vorträge über soziale Fragen, zum Beispiel hygienischer Natur, waren abgehalten worden. Man hatte schrecklicherweise daran gedacht sich auch über die Theorien der Sozialdemokratie belehren zu lassen, nicht nur im Stile des *Reichsverbandes* über sie zu schimpfen. Das machte die *Freie Studentenschaft* verdächtig, und das Misstrauen wurde von seiten der Korporationsstudenten durch systematische Pressfeldzüge genährt. Den Hals brach es schliesslich der *Freien Studentenschaft*, dass ihr Blatt einen Brief eines Korpsstudenten abdruckte, zwar auf dessen ausdrückliches Verlangen, aber immerhin einen Brief, durch den das Korpswesen und die preussische Bureaucratie empfindlich blossgestellt wurden. Der jugendliche Verfasser plauderte nämlich ganz naiv aus, dass die Korpsstudenten sich für »die legitimen Herren des Staates« hielten. Also auch hier war das Verbrechen: soziale Reformarbeit, Frontstellung gegen anmassendes Herrengebaren.

Unwillkürlich lenkt sich der Blick auf die politischen Leistungen der Block-ära. Bei den Wahlen vom Januar 1907 wurde der *Mittelstand*, wurde die *Intelligenz* gegen die sogenannte *rote und schwarze Brüderschaft* aufgeboten. Eine neue Epoche sollte beginnen. In den ersten Wochen des neuen Reichstags welche Fülle sozialpolitischer Anträge und Interpellationen! Allen voran eine nationalliberale Interpellation zu gunsten der Privatbeamten, bei der der *neue Mittelstand* hoch gepriesen wurde. Er galt als der Macher der *nationalen* Wahl, antisemitische Privatangestellte rühmten sich die Arrangeure der Volksbegeisterungskomödie der Wahlnacht gewesen zu sein. Herr von Heyl selbst interpellierte für die Privatangestellten, wurde freilich etwas sehr nervös, als der Verfasser dieses Aufsatzes eine in seinem Betriebe angewandte Konkurrenzklauseel zur Sprache brachte. Alles, alles bekannte sich zum sozialpolitischen Kurs, der nun erst recht mit Volldampf gefahren werden sollte. Einsichtige waren nicht überrascht, als es gerade umgekehrt kam, als Graf Posadowsky, den die Scharfmacher hassten, weil er klug und kenntnisreich war und sich nicht in allem zu ihrem Werkzeug hergab, beseitigt wurde, als die preussische Regierung vor dem *Zentralverband deutscher Industrieller* kapitulierte.

lierte. Das war nur eine Konsequenz der Bülow'schen Blockpolitik. Und man kann sagen: Was uns heute beschäftigt, ist es nicht weniger. Ohne diese offizielle Abkehr von der Sozialreform hätten die bayrischen Scharfmacher nicht so selbstbewusst aufzutreten gewagt, hätte auch der Berliner Universitätsrektor die sozialpolitischen Bestrebungen der *Freien Studentenschaft* nicht so rücksichtslos unterbunden.

Aber der Block sollte ja nicht nur soziale, er sollte auch freiheitliche Politik treiben. Wir haben es freilich nie geglaubt; wir haben immer durchschaut, dass der Kampf der Regierung und ihrer Blockhelfstruppen den freiheitlichen Bestrebungen, die in der Sozialdemokratie verkörpert sind, galt, dass das Losschlagen auf das Zentrum nicht dessen reaktionären Geist sondern seine demokratischen Beimischungen treffen sollte. Und wir haben recht behalten. Ohne den Sieg der Blockparteien, den der *neue Mittelstand* zu erkämpfen geholfen hat, würden die bayrischen Metallindustriellen es nicht gewagt haben eben diesen *neuen Mittelstand* in Gestalt ihrer Angestellten mit Füßen zu treten. Ohne die angstmeierische Hetze der Blockpresse gegen die Sozialdemokratie hätten in Berlin Rektor und Senat nicht die blamablen Erinnerungen an die Ära der Demagogenriechelei wieder erweckt.

Indes, der Zusammenhang zwischen den Massregelungen in Bayern und in Berlin beschränkt sich nicht auf das Gebiet der Tagespolitik; er liegt tiefer und berührt den Kern der Mittelstandsfrage überhaupt. Worin liegt das Wesen eines Mittelstandes im eigentlichen Sinn? Nicht bloss darin, dass er gerade in der Mitte steht; eine schlecht organisierte, eine verfallende Gesellschaft kann eine sehr schlechte Mitte ergeben, auch der Kern kann grundfaul sein. Was an den Verhältnissen des Mittelstandes die Gesellschaft segensreich beeinflusst hat, sind *U n a b h ä n g i g k e i t* und *B i l d u n g*. Unabhängigkeit, das heisst Sicherheit aus drückender Not und ihren Entwürdigungen, erfordert aber nicht Reichtum. Das Protzenwesen entwürdigt den Menschen ebenfalls. Deshalb gehört zu ihr Bildung, Begabung zu geistiger Tätigkeit, zu erhöhtem geistigen Geniessen. Sie verleiht Überblick über weitere Gebiete und die Fähigkeit zur Leistung, die auf eigener Arbeit beruht. Solche Bildung hat aber Freiheit des Denkens zur Voraussetzung. Klassen, die sich in Lebensverhältnissen dieser Art befinden, haben den grössten Wert für die Entwicklung der Gesellschaft, den Ausbau der Staatsverfassung, das Reifen einer Kultur. Sie erzeugen ein reges, selbständiges Volksleben. Die Zeiten, in denen solche Lebensverhältnisse im deutschen Volk ausschlaggebende Bedeutung hatten, liegen noch nicht weit zurück. Die grossen Männer des deutschen Geisteslebens sind aus ihnen erwachsen. Noch heute macht ein grosser Teil unserer Gebildeten keinen Anspruch auf Reichtum und Luxus und begnügt sich mit der Befriedigung, die geistige Arbeit gewährt, und bescheidenem Einkommen. Weit entfernt einen solchen *Mittelstand*, wo er noch vorhanden ist, künstlich proletarisieren zu wollen geht die Sozialdemokratie gerade darauf aus eine Gesellschaftsform herbeizuführen, die der ganzen Nation eine gesunde, einfache Existenz und freie Bildungsmöglichkeit sichern soll.

Freilich lässt sich unter den Verhältnissen der heutigen Gesellschaft eine solche unabhängige Klasse nicht künstlich schaffen. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hat aber die Unabhängigkeit des früheren Mittelstandes nahezu vernichtet. Die selbständigen Kaufleute und Handwerker von gesicherter mitt-

lerer Existenz verschwinden mehr und mehr. Die wirtschaftliche Stellung der wissenschaftlichen Berufe wird immer unsicherer. Das Berufseinkommen hält nicht Schritt mit der Steigerung der Lebensansprüche und den Verschiebungen des Schicklichkeitsgefühls, in denen die Einflüsse des Protzentrums immer mehr dominieren. Typisch dafür ist der Luxus der studentischen Verbindungen, den nur die Söhne reicher Leute noch mitmachen können, der aber als ein Beweis *anständiger* Erziehung angesehen wird. Typisch ist die unter dem Einfluss der Reserveoffizierswahlen immer mehr einwurzelnde Missachtung der privaten Erwerbsarbeit. Korpsband und Offiziersdegen sind aber die Voraussetzung guten Vorwärtkommens für junge Leute aus gebildeten Kreisen. Es ist nicht zu beschreiben, wie sehr dem Mittelstand durch solche Umstände seine wirtschaftliche Existenz erschwert wird. Seine geistige Unabhängigkeit aber leidet fast noch ärger. Der fortschreitende Ausbau des bürokratischen Zentralstaats engt die Freiheit der geistig arbeitenden Kreise immer mehr ein. Wissen und Bildung werden Nebensache, die *rechte Gesinnung* gibt den Ausschlag, und das ist die Gesinnung, die die *legitimen Herren* des Staates, Bureaucratie und Offizierstum, fordern. Durch alle diese Umstände wird zudem auch noch der Zusammenhang des Volkes zerrissen, die Möglichkeit im Mittelstand Fuss zu fassen, in die geistig arbeitenden Berufe überzugehen versperrt, und diesen Ständen dadurch die unumgänglich notwendige Zufuhr frischen Blutes, frischen Geistes in einer noch zu den Zeiten unsrer Väter unerhörten Weise abgeschnitten. Künstlich lässt sich, wie gesagt, daran nichts ändern. Und doch sind neue Keime vorhanden, die in der wirtschaftlichen Entwicklung wurzeln. Die Industrie bewährt sich auch hierin als wahre Revolutionärin.

Man hat schon recht, wenn man von einem neuen Mittelstande spricht, denn was sich unter unseren Augen bildet, ist von dem alten gründlich verschieden. Die Angestellten der Industrie und des Handels, mit höherer, zum grossen Teil mit akademisch-wissenschaftlicher Bildung verschiedener Abstufungen sind die eigentlichen Leiter der wirtschaftlichen Arbeitsprozesse, namentlich in den grossen Industrien (Maschinenbau, chemischer Industrie und anderen). Neben ihnen aber stehen, für den Produktionsprozess vielfach ganz gleichwertig, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Techniker, die ihre Kenntnisse autodidaktisch oder auf Fachschulen erworben haben. Beide verschmelzen zu einem Stand. Das ist ein trefflicher Anfang die kastenartige Trennung von Kopf- und Handarbeit, die den Leistungen beider nachteilig werden musste, aufzuheben, Gegensätze im Volke, die keinerlei fördernden Wert haben, zu überbrücken, die Arbeit nicht nach äusserlichen Rangunterschieden sondern nach ihrer Tüchtigkeit zu bewerten und dadurch den Wettstreit der Arbeitenden anzuspornen endlich der höheren geistigen Arbeit den nötigen Nachwuchs zu sichern. Amerika ist darin weiter als wir und zieht daraus einen guten Teil seiner Kraft. Es war eine kluge Erkenntnis des Zeitbedürfnisses, dass der *Bund der technisch-industriellen Beamten* dieser Entwicklung Ausdruck gegeben hat, indem er die Techniker beider Art in einer Organisation verschmolzen hat. Das ist wahre moderne Mittelstandspolitik, während sich sonst heutzutage auf allen Gebieten eine rückschrittliche Neigung zur Kastenbildung, zur Betonung von äusserlichen Unterschieden des Rangs und Titels bemerkbar macht.



## RICHARD CALWER · DIE REICHSFINANZREFORM

**N**ICHT nur im Ausland sondern auch im Inland werden über den Stand der Reichsfinanzen die abfälligsten Urteile gefällt. Man ist sogar so weit gegangen den Kredit des Deutschen Reiches als gefährdet zu bezeichnen. Die Ausgaben und die Schulden nehmen fast von Jahr zu Jahr in starker Progression zu, aber die jeweilig neu erschlossenen Einnahmequellen reichen nicht lange vor; eine Finanzreform ist kaum durchgeführt, und schon ist wieder ein neues Defizit vorhanden. Angesichts dieses unerfreulichen Zustandes kann man wohl von einer Finanznot reden, aber es ist doch stark übertrieben so zu tun, als ob die finanzielle Leistungsfähigkeit eines wirtschaftlich so mächtig aufstrebenden Volkes wie des deutschen nicht mehr steigerungsfähig und zurzeit schon überspannt sei. Dass der moderne Staat, je fortgeschrittener seine sozialpolitischen Funktionen sind, ständig steigende Anforderungen an die Steuerkraft seiner Bevölkerung stellt, das ist eine Erfahrung, mit der man sich abfinden sollte. Man kann vielfach durch Jahrzehnte hindurch fortgesetzte Zahlenreihen gedruckt finden, die das rasche Ansteigen der Ausgaben und der Schulden des Reiches veranschaulichen sollen. Liest man ohne weitere Kritik die hohen Prozentziffern, die die Steigerung von Periode zu Periode darstellen, so kommt man freilich zu recht auffälligen Ergebnissen. Aber diese Rechnungen blenden doch nur auf den ersten Blick. Da wäre vor allem zu berücksichtigen, dass im Laufe der Jahrzehnte die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung sich sehr wesentlich gebessert haben, dass der Wert des Geldes ein ganz anderer geworden ist, dass der Aufgabenkreis des Staates sich ganz erheblich erweitert hat und anderes mehr. In einer solchen Beleuchtung verlieren die beängstigend ansteigenden Ziffern der Ausgaben und Schulden schon einen Teil ihrer das Philistergemüt erschreckenden Wirkung. Wenn gar das Ausland auf die deutschen Finanzen schmäht und sie nicht pessimistisch genug schildern kann, so ist darauf wirklich nicht alzu viel zu geben. Der Grund aller Missgunst ist ja in nichts anderm zu suchen als in dem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung des deutschen Volkes, der doch schliesslich wieder das beste Zeugnis gegen die übertriebenen Schwarzmalereien der deutschen Finanzen liefert. Das deutsche Volk hat schon andere Zeiten mitgemacht, in denen seine wirtschaftliche Lage wirklich trostlos war, und trotzdem war seine finanzielle Leistungsfähigkeit, wenn die Not an Mann ging, über alles Erwarten gross. Wie sollte da in einer Periode wie der gegenwärtigen diese Leistungsfähigkeit versagen? Man mag der Finanzpolitik des Deutschen Reiches so kritisch gegenüberstehen, wie man nur wolle, dafür dürfte man kaum den Beweis erbringen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes überspannt ist.

Eine andere Frage ist freilich, ob die Finanzpolitik des Reiches von der vorhandenen Leistungsfähigkeit den richtigen Gebrauch macht. Diese Frage darf eher verneint werden. Es dürfte nicht vorkommen, dass das Deutsche Reich alle paar Jahre wieder vor einem erheblichen Defizit steht, dass alle Finanzkünstler auf die Suche nach allen möglichen und unmöglichen Steuern gehen, und dass dann jedesmal mit Hängen und Würgen eine Finanzreform zu stande kommt, die das Übel zwar auf kurze Zeit zurücktreten lässt, aber auf die Dauer nicht zu beseitigen vermag. Die Grundlage des ganzen Finanzsystems kann keine befriedigenderen Ergebnisse liefern, weil man sich scheut

eine grundsätzliche Reform des gesamten Steuerwesens anzustreben. Solange man vor direkten Reichssteuern oder besser vor einer Reichseinkommensteuer zurückschreckt, so lange wird eine Gesundung der Reichsfinanzen nicht eintreten.

Die direkten Steuern sollen den Bundesstaaten, die indirekten dem Reiche verbleiben: dieser Satz bildet heute gewissermassen das Dogma der deutschen Finanzpolitiker. Aus diesem Dogma ergibt sich eine immer grössere Verwirrung der steuerlichen Verhältnisse, eine Mehrung von Gelegenheits- oder noch besser von Verlegenheitssteuern, eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Verteilung der Steuerlast. Ein Wall von eingewurzeltten Vorurteilen ist gegen die direkte Besteuerung aufgerichtet, und es wird nicht nur langer theoretischer Vorarbeit sondern auch umfassender politischer Agitation bedürfen, bevor wir in dem Steuerchaos zu der Anerkennung des Satzes gelangen, dass die einzig berechnete Besteuerung für den modernen Staat die direkte Einkommensteuer ist. Wir haben die Einkommensteuer in den Bundesstaaten und zum Teil auch in den Gemeinden. Niemand denkt daran sie hier wieder zu beseitigen. Nur verneint man die Möglichkeit diese Steuerform so auszubauen und zu verallgemeinern, dass sie die Grundlage für die Besteuerung in der Gemeinde, im Einzelstaat und im Reiche abgeben kann. Man versteift sich für die Finanzen des Reichs auf die indirekten Steuern, obwohl diese Besteuerung zwar einfach, aber ungemünzt roh ist. Die Arbeiterbevölkerung wehrt sich mit Recht gegen die indirekten Steuern; denn diese Belastung richtet sich nicht im geringsten nach der Leistungsfähigkeit der besteuerten Subjekte sondern nach der Höhe des jeweiligen Konsums von bestimmten, für den Massenverbrauch bestimmten Waren. Nicht nur leistet eine begüterte Familie an indirekten Steuern relativ viel weniger als zum Beispiel eine normale Arbeiterfamilie, es treten auch Ungerechtigkeiten insofern ein, als kleine Familien viel weniger belastet sind im Vergleich zu Familien mit mehreren Kindern. Dabei kann die Leistungsfähigkeit der letzteren viel schwächer sein als die der kleinen Familien. Bedenklich ist auch der Umstand, dass von dieser Besteuerung gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung am härtesten getroffen werden. Jede Differenzierung der Steuer nach der Leistungsfähigkeit der Steuersubjekte ist bei der indirekten Besteuerung ausgeschlossen. Was für die indirekte Steuer sprechen mag, ist ausschliesslich die relative Leichtigkeit der Erhebung. Aber diese kann und darf für die Art der Besteuerung nicht ausschlaggebend sein.

Warum man aber so besonders zäh an der indirekten Besteuerung festhält, das mag darin begründet sein, dass man glaubt aus direkten Steuern könne man so hohe Einnahmen nicht erschliessen wie aus indirekten. Das ist natürlich gleichfalls eine irriige Annahme. Eine direkte Einkommensteuer ist vielmehr weit ergiebiger als jede andere Art der Besteuerung, vorausgesetzt, dass auch die niedrigen Einkommen mit Ausnahme vielleicht eines Existenzminimums zur Steuer herangezogen werden. Das ist natürlich ausgeschlossen, dass die breiten Massen der Bevölkerung bei einer Verallgemeinerung der Einkommensteuer ausser betracht bleiben könnten. Aus den höheren Einkommen allein kann ein moderner Staat seinen Einnahmebedarf nicht mehr decken. Das Einkommen aller Schichten der Bevölkerung muss vielmehr die Einnahmequelle bilden; anders ist eine allgemeine Einkommensteuer als Hauptquelle für die



staatlichen und gemeindlichen Einnahmen ausgeschlossen. Ist aber diese Voraussetzung gegeben, so fallen die Bedenken gegen eine Reichseinkommensteuer weg. Das System der indirekten Besteuerung muss abgetragen werden, und an seine Stelle muss eine allgemeine Einkommensteuer treten, die die Basis für die Besteuerung durch die Gemeinden, die Kreise, die Bundesstaaten und das Reich zu bilden hat.

Man kann die meisten Einwände, die heute gegen direkte Reichssteuern geltend gemacht werden, nicht mehr aufrecht erhalten. Alle Steuern fließen heute schon in der Hauptsache zuletzt doch aus dem Einkommen, direkte wie indirekte. Auch die indirekte Steuer belastet schliesslich das Einkommen. Es handelt sich bei der Reform also nur um eine andere, gerechtere Verteilung der Gesamtsteuerlast nach dem Grundsatz, dass mit dem steigenden Einkommen auch die Steuerleistung zunimmt. Die Einkommensteuer ist derart der Differenzierung und Individualisierung fähig, dass sie nicht nur die verschiedenen Arten des Einkommens sondern auch die Verhältnisse der Steuersubjekte bei der Erhebung der Steuer berücksichtigen kann. Es lässt sich das Einkommen aus Arbeit ganz anders heranziehen als das Einkommen aus Vermögen. Das Einkommen aus Handelsgewinn kann steuerlich anders behandelt werden als das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb oder aus industrieller Tätigkeit. Der Familienvater mit einer grossen Kinderschar darf nicht dem Junggesellen gleichgesetzt werden. Gerade die Möglichkeit einer solchen weitgehenden und den steigenden sozialen Ansprüchen gerecht werdenden Differenzierung drängt mit Notwendigkeit nach einer Unifizierung unserer Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden. Die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten wird durch ein solches System nicht im geringsten erschüttert, es wäre denn, dass die gleiche formale Basis schon als eine Beschneidung dieser Autonomie ausgelegt würde.

Richtig ist, dass der Unterbau einer solchen direkten Besteuerung mit ziemlichen Kosten verknüpft sein, dass namentlich die Einziehung der Steuern erhebliche Schwierigkeiten bieten würde. Indes, einmal würde sich ein derartiger einheitlicher und gemeinsamer Unterbau für das gesamte Steuerwesen in Reich, Bundesstaat und Gemeinde immer noch billiger stellen als die verschiedenen selbständigen Organisationen für die verschiedenen Steuern, sodann aber liessen sich wohl Mittel und Wege finden die Einziehung der Steuerbeträge möglichst billig zu gestalten. Man mag heute das Verlangen einer einheitlichen Besteuerung nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit als utopisch bei Seite schieben, eine geschichtliche Betrachtung des Steuerwesens lässt doch nicht verkennen, dass der Gedanke der Einkommensteuer sich in allen modernen Ländern bricht und erst am Anfang seiner zukunftsreichen Entwicklung steht. Wenn man gegenwärtig wieder die Jagd nach allen möglichen Steuern verfolgt und sich vergegenwärtigt, dass alle Steuerquellen über kurz oder lang sich immer wieder als unzureichend erweisen, die heftigsten wirtschaftlichen Beunruhigungen und Kämpfe verursachen, so muss man nach Mitteln und Wegen Ausschau halten, die einen Staat wie das Deutsche Reich auf eine finanzielle Basis stellen, durch die ein für allemal die Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse sicher gestellt ist, und jeder Staatsangehörige weiss, dass er nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und nach gerechten Grundsätzen zur jeweiligen Steuer nach einem bestimmten Prozentsatz seines Einkommens

zur Deckung der staatlichen Ausgaben herangezogen wird. Das Bedürfnis nach einer solchen finanziellen Basis wird mit den steigenden Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat, mehr und mehr wachsen. Die Versuche auf andere Weise geordnete und auf die Dauer befriedigende Finanzverhältnisse zu schaffen werden wie die bisherigen scheitern, und man wird nach vielen Fehlschlägen doch zu der einfachsten Lösung zurückkommen. Bedauerlich bleibt bei den mancherlei Irrfahrten, die inzwischen auf finanzpolitischem Gebiete erfolgen, dass ungemein viel Schaden angerichtet wird, ehe sich die Ungangbarkeit aller anderen Wege bis zur Evidenz herausgestellt hat. Was gegenwärtig wieder an neuen Steuerprojekten bekannt wird, namentlich die geplante Beleuchtungssteuer, zeigt ganz deutlich, wie weit das Deutsche Reich noch immer vom richtigen Wege entfernt ist.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · DER FREISINN UND UNSERE PRESSE



IE kurze erste Tagung des neugewählten Landtags hat der kleinen, durch den glücklichen Ausfall der Stichwahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis auf 7 Vertreter angewachsenen sozialdemokratischen Gruppe Gelegenheit gegeben eine erste Probe ihres Eingreifens in die Verhandlungen des Dreiklassenparlaments abzulegen, und diese Probe ist zu allgemeiner Zufriedenheit ausgefallen. Soweit es am Willen der *sozialdemokratischen Sieben* liegt, sind die Tage der sanftlebigigen Opposition in der preussischen Kammer vorüber. Freilich wird ihr Wollen da nicht immer bestimmend sein. Herr von Kröcher hat zwar zu Anfang ein gewisses Entgegenkommen an den Tag gelegt, zugleich aber in seinem Benehmen durchblicken lassen, dass es sich dabei für ihn mehr um einen *Spass* als um Etablierung einer Regel handelte, und die hinter ihm stehende Mehrheit hat denn auch bald die wahre Situation dadurch illustriert, dass sie dem Genossen Hoffmann, als dieser bei der dritten Lesung des Pfarrerbesoldungsgesetzes das Wort nehmen wollte, dies durch einen Schlussantrag kurzerhand unmöglich machte. Man wird mit solchen Manövern auch fernerhin zu rechnen haben. Die einzige Unterstützung, die der sozialdemokratischen Gruppe in dieser kurzen Tagung zu teil wurde, kam von den Freisinnigen. Sie unterzeichneten den Antrag auf Beurlaubung des Abgeordneten Dr. Liebknecht, und sie nahmen mit den Sozialdemokraten gegen das Pfarrerbesoldungsgesetz Stellung. Natürlich zeigten Begründungsweise und Angriffsmethode dabei auch jedesmal den Unterschied zwischen Freisinn und Sozialdemokratie. Trotzdem ist der Umstand, dass in der ersten Frage des parlamentarischen Rechts und bei der ersten Gesetzgebungsfrage des neuen Abgeordnetenhauses Freisinn und Sozialdemokratie sich Seite an Seite fanden, nicht ohne demonstrative Bedeutung. Er bestätigt, was ich kürzlich in dieser Zeitschrift über die Position der sozialdemokratischen Gruppe im neuen Abgeordnetenhaus schrieb, nämlich dass, wenn sie im Abgeordnetenhaus etwas wird ausrichten oder verhindern wollen, sie sich in erster Linie auf eine Kooperation oder Verständigung mit den Freisinnigen angewiesen sehen werde.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Epilog zu den preussischen Landtagswahlen* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 784.

Der bezeichnete Artikel hat von seiten der Redaktion des *Vorwärts* die Antwort gefunden, an die man von jener Seite gewöhnt ist. Da er einige kritische Bemerkungen enthielt, rief er, obgleich die Kritik eine streng sachliche war, statt einer erspriesslichen Diskussion nur Schmähung und Verdächtigung hervor. Beides kann ich hier unerwidert lassen. Es wird genügen daran zu erinnern, dass mehr als zwei Monate vor der Landtagswahl von mir bei Untersuchung der Aufgaben und Aussichten des Wahlkampfes erklärt wurde, dass, wenn es der Sozialdemokratie beim jetzigen Wahlsystem gelingen werde aus eigener Kraft 6 bis 8 Landtagsmandate zu erringen, dies schon als »ein grosser Erfolg« zu betrachten sein werde, dass aber damit, und selbst wenn es noch eine grössere Zahl sein sollte, für die Demokratisierung des Landtagswahlrechts »doch nur erst wenig erreicht« sein werde, dass wir also darüber die Aufgabe nicht aus dem Auge verlieren dürften die Mehrheitsverhältnisse im Landtag nach Möglichkeit zu ändern.<sup>2)</sup> So habe ich von Anfang an, wie ja auch früher schon, die Frage gestellt, und so muss sie meines Erachtens gestellt werden, wenn wir nicht mit der einen Hand das wieder zunichte machen sollen, was wir mit der andern schaffen.

Im übrigen veranlasst mich die Aufnahme des Artikels mich noch etwas näher der Frage unserer Stellung zum Freisinn zuzuwenden, die, ob man es will oder nicht, unsere Partei doch immer wieder beschäftigen wird. Es handelt sich ja keineswegs, wie das manche zu glauben scheinen, nur um hinter uns liegende Dinge. Denn wenn wir nicht in ein paar Jahren schon den grossen Generalumsturz haben werden, woran, soweit ich sehe, niemand in der Partei glaubt, werden wir auch fortan mit der Partei zu rechnen haben, die man bisher unter den Sammelbegriff *Freisinn* zusammenfasste. Dieser Freisinn ist, mit Ausnahme einer noch kleinen demokratischen Sezession, in den Block eingetreten. Wie war das möglich? Weder ist die Frage mit dem Hinweis auf die moralische oder intellektuelle Minderwertigkeit einiger Führer hinlänglich beantwortet, noch gibt das Wort *Klassenkampf* eine ausreichende Erklärung. Keiner jener Führer ist eine so überragende Persönlichkeit, dass er durch das blosses Gewicht seines Worts seine Partei zu einer ihrem Wesen und ihren Interessen widersprechenden Politik veranlassen könnte, und der deutsche Freisinn ist eine viel zu gemischt zusammengesetzte Partei, um in ruhiger Zeit durch den blossen Klassenkampf zu einer seinem Programm widersprechenden Politik getrieben zu werden. Es müssen also andere Faktoren zu ihr getrieben oder sie ermöglicht haben.

Generell erklärt sich das Zustandekommen politischer Blocks aus den Ansprüchen des Parlamentarismus an die Parteien. Der Parlamentarismus braucht grosse Parteien oder dauernde Parteikombinationen. Ein Parlament mit einer Vielheit zersplitterter Parteien wird stets auf eine Parodie des Parlamentarismus hinauslaufen, auf einen Wechselbalg, bei dem Macht und Verantwortung im krassen Missverhältnis zu einander stehen. Das haben wir oft genug in Deutschland beobachten können. Zugleich aber auch haben wir gesehen, wie die Tendenz zur Bildung von Regierungs- oder Oppositionskoalitionen sich immer wieder von neuem fast mit Notwendigkeit durchbrach, wie ein gewisser, in den Dingen liegender Chemismus die Einzelteile des Parlamentskörpers

<sup>2)</sup> Vergl. meinen Artikel *Zur Einleitung des Wahlkampfes* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908. 1. Band, pag. 398.

nötigte Verbindungen einzugehen, gleichviel welches ihr Titel war, ob man sie, wie in den neunziger Jahren, *Kartelle*, oder, wie im neuen Jahrhundert, *Blocks* nennt. Ohne Agglomerationen irgend welcher Art kann kein Parlament sein. So hatte denn der Reichstag bis 1878 seine um den Nationalliberalismus gruppierte Mehrheit, dann, nachdem Bismarck die Nationalliberalen hatte an die Wand drücken lassen, nach kurzem Zwischenspiel 1884 die Mehrheit *Windthorst-Richter-Grillenberger*, die 1887 vom konservativ-nationalliberalen Kartell abgelöst wurde, worauf, als dieses 1890 zerschmettert wurde, das Zentrum ausschlaggebende Partei wurde und bald mit der Linken bald mit der Rechten Mehrheiten bildete, die eine in Fragen des politischen Rechts, die andere in Fragen der Wirtschaftspolitik und allmählich auch in Rüstungsfragen.

Diese ganze Zeit über war der Freisinn mit der kurzen Unterbrechung der Ära Caprivi bürgerlich-liberale Oppositionspartei gewesen. Aber während er in den achtziger Jahren und selbst von 1890 bis 1898 noch stets mehr als doppelt so viel Abgeordnete gezählt hatte wie die Sozialdemokratie, hatten im 1893 gewählten Reichstag die drei Gruppen der bürgerlichen Linken zusammen nur noch 4 Vertreter mehr, im 1898 gewählten Reichstag schon 6 Vertreter weniger als die Sozialdemokratie, bis im Jahre 1903 die Zahl der Freisinnabgeordneten auf weniger als die Hälfte der sozialdemokratischen Abgeordneten zusammenschmolz. Konnte im Jahre 1890 der Freisinn noch Anspruch darauf erheben das Gros der Linken des Reichstags zu vertreten, so war das 1893 und 1898 schon nicht mehr möglich, und 1903 war im Reichstag die zahlenmäßige Stärke der Sozialdemokratie im Verhältnis zum Freisinn auf 9 zu 4 angewachsen, ein stärkeres Übergewicht über diesen als er es 1890 über die Sozialdemokratie gehabt hatte. So sehr dies Wachstum der Sozialdemokratie der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung Deutschlands entsprach, so wenig stand es mit der Entwicklung seiner politischen Einrichtungen im Einklang, die so unverhältnismässig zurückgeblieben ist. Dem Stand der politischen Einrichtungen Deutschlands entspräche die Führung der Linken des deutschen Parlaments durch die bürgerliche Demokratie, mit der proletarischen Demokratie als treibende äusserste Linke. Unter dem Zusammenwirken einer verlangsamten politischen und raschen wirtschaftlichen Entwicklung ist der bürgerlichen Demokratie bei uns eine bescheidener und zugleich schwerere Rolle zugefallen. Sie ist keine Macht mehr aus sich selbst. Sie kann nicht mehr Anspruch auf Führung der ganzen Linken erheben, sie kann nicht, wie zum Beispiel die entsprechenden Parteien in Frankreich und England, den Arbeitern zurufen: Steht mir zur Seite, und ich verbürge euch die Durchführung dieser und jener Reformen! Sie muss selbst Anlehnung suchen, um irgend welche Macht ausüben zu können. Längere Zeit hat sie sich abwechselnd nach rechts und links angelehnt und dadurch sich ein, trist genug ausgefallenes Dasein erhalten. Es kommen aber im politischen Leben immer Momente, wo solches Schaukelspiel nicht vorhält, wo es bestimmtere Stellung nehmen heisst. Eine solche Situation war da, als Bülow im Dezember 1906 den Reichstag auflöste, um die Macht des Zentrums zu brechen, weil es ein Stück eines seiner parlamentarischen Verantwortung entsprechenden Einflusses verlangt hatte. Dass das Zentrum dies in Gestalt von Hintertreppenpolitik tat, mag berechtigten Anlass zu moralischen Betrachtungen darbieten, für die gestellte politische Frage war es gleichgültig. Das Regierungssystem schlummert noch in der Zukunft Schoss, bei dem

es ganz ohne Hintertreppen abgehen wird. Die Frage war, ob der Reichstag zu der Verantwortung, die er trägt, immer gerade nur so viel Macht haben soll wie die Regierung ihm einzuräumen für gut befindet, oder ob er Macht im Verhältnis seiner Verantwortung zu beanspruchen habe. Ihr gegenüber konnte es beim Schaukeln nicht bleiben, es hätte den Freisinn noch weiter heruntergebracht als er schon war, er musste sich für rechts oder links entscheiden. Und er fiel auf die rechte Seite.

Wie der Freisinn eine sehr gemischte Partei ist, so war es auch ein Gemisch von Gründen, die in seinem Rat für die Schwenkung nach rechts entschieden. Ich will sie hier nicht noch einmal im einzelnen aufführen, für unsere Betrachtung kommt nur ein Moment in Frage. Entschied der Freisinn sich für links, so hiess das, da für die meisten Wahlkreise des Freisinns das Zentrum nicht in betracht kommt, auf ein Bündnis mit der Sozialdemokratie lossteuern. War das möglich, und welche Perspektiven eröffnete es? Ich weiss nicht, ob die Frage in dieser bestimmten Formulierung im Lager der Freisinnigen erörtert worden ist. Aber wer die Freisinnsliteratur verfolgt, weiss, dass sie in der einen oder andern Form in den Diskussionen der Freisinnigen immer wiederkehrt und oft unausgesprochen in sie hineinspielt. Und sie ist nicht eine Frage von gestern. Für die politische Entwicklung Deutschlands ist sie die Frage von heute und morgen. Von ihrer Beantwortung hängt der Ausgang der Gärung ab, die zurzeit im Lager des Freisinns vor sich geht. Die Barthsche Sezession findet bedeutend mehr Zuspruch als die meisten von uns erwartet haben. Aber sie wird trotzdem nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben, wenn die weit verbreitete Ansicht nicht widerlegt wird, dass zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie in Deutschland ein den Tag überlebender *modus vivendi* nicht mehr möglich sei. Denn diese Auffassung, die von manchen in unserer Partei für radikal gehalten wird, ist es zugleich, die im Freisinnslager das wirksamste Argument für die Blockpolitik liefert. Der *Vorwärts* hat nicht verfehlt gegen die Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* im allgemeinen und meinen *Epilogartikel* im besonderen das alte Lied anzustimmen, dass den Feinden der Sozialdemokratie Material geliefert werde. Wie geistreich! Ich denke, der *Vorwärts* und seine näheren Gesinnungsfreunde sollten zu allerletzt von *Ausschlachtungen* reden. Sind es doch gerade der *Vorwärts* und noch mehr die ihn in konsequenter Verfechtung jener *radikalen* Auffassung überbietende *Leipziger Volkszeitung*, aus deren Auslassungen speziell die Blockpresse ihren Honig saugt. Die *Freisinnige Zeitung* beruft sich alle paar Tage bei ihren Angriffen wider Barth und Genossen auf die *Leipziger Volkszeitung* und Äusserungen von Genossen, die deren Auffassung vertreten. Und so viel muss man zugeben: wenn jene Auffassung zuträfe, dann hätte die *Freisinnige Zeitung* in der Tat recht. Dann hätte es aber auch keinen Sinn über *Verrätereien des Freisinns* zu zetern. Ist eine Verständigung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie eine innere Unmöglichkeit, dann war der Anschluss des Freisinns an den Block eine geschichtliche Notwendigkeit, die so wenig zu moralisierenden Bemerkungen Anlass bot wie etwa die Bildung von Schwefelwasserstoff, wenn Schwefelmetalle mit Säuren in Berührung kommen. Warum soll aber ein solcher *modus vivendi* unmöglich sein? Zwei Umstände nur würden ihn zu einer absoluten Unmöglichkeit machen. Eine bürgerliche Demokratie, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung für unabänderlich und

die Sozialdemokratie in ihrer Eigenschaft als Partei der Arbeiterklasse nicht als eine kulturelle Notwendigkeit anerkennt sondern noch ernsthaft an das Märchen von der Kulturfeindlichkeit der Sozialdemokratie glaubt, wäre heute in sich ein Widerspruch und damit auch für die Sozialdemokratie ein unmöglicher Bundesgenosse. Und eine Sozialdemokratie, die ihr Tun und Lassen von der Hoffnung und Rücksicht auf einen in naher Zeit eintretenden Generalumsturz bestimmen liesse, wäre wiederum für eine bürgerlich demokratische Partei ein unmöglicher Bundesgenosse. Sonst aber liegt kein innerer Grund vor, weshalb in Deutschland unmöglich sein soll, was anderwärts ganz gut und zum Vorteil der Entwicklung möglich gewesen ist.

Man sucht den Gedanken damit zu verdächtigen, dass man sagt, er laufe darauf hinaus, dass die Sozialdemokratie von ihren Grundsätzen etwas aufgeben und ihre Freiheit der Aktion opfere. Das ist aber keineswegs der Fall. Festigkeit in den Grundsätzen ist nie Hindernis von Verständigungen gewesen. Im Gegenteil, sie erleichtert sie. Eine vernünftige Verständigung heisst, dass man die Grenzen bestimmt, innerhalb deren man mit einander kämpfen kann und jenseits deren man Gegner bleibt. Auf ein bisschen *Radikalismus* mehr oder weniger kommt es dabei gar nicht an. Die Frage ist aber stets in hohem Grade eine solche des politischen Takts. Wie die wenigsten Menschen ausschliesslich vom ökonomischen Motiv bestimmt werden, so ist es auch mit den politischen Parteien. Der Freisinn zum Beispiel ist keine Klassenpartei in dem Sinne, dass er die spezifischen Interessen einer abgegrenzten Gesellschaftsklasse zu seinem Leitstern hätte. Seinem Wesen entspricht die Vertretung der bürgerlichen Interessen, wo sie sich nicht zu wirtschaftlichen Sonderinteressen bestimmter Gruppen von Gross- oder Kleinunternehmern verdichtet haben. Weshalb der Freisinn denn auch in den Debatten über Fragen der Wirtschaftspolitik am öftesten an der Seite der Sozialdemokratie gefunden wurde, am öftesten mit ihr gegen den grossindustriellen und kommerziellen Neufeudalismus, die Zünftlerei und das Agrariertum Stellung nahm. Er ist, könnte man sagen, die Partei des beweglichen Bürgertums, des Bürgertums in der alten liberalen Vorstellung, das beständig sich aus der Arbeiterklasse rekrutierte. Was auch die Führer des Freisinns sein mögen, bei der Masse seiner Anhänger spielt mit dieser Ideologie die Ideologie überhaupt noch eine grosse Rolle. Und die Masse sind nicht Fabrikanten und Börsenleute sondern Kleinbürger, Bauern, Lehrer und Angestellte aller Art.

Es ist deshalb sinnlos im Kampf mit dem Freisinn zu vergessen, dass das Gros seiner Anhänger uns in den grossen Kämpfen der Zeit schliesslich doch am ehesten zur Seite stehen muss. Sinnlos und auch zweckwidrig. Man täuscht sich selbst und schafft nutzlos Bitterkeit. Man arbeitet für die Scharfmacher im anderen Lager und raubt denen, die dort für ein nachbarliches Verhältnis zur Sozialdemokratie wirken — diese unerlässliche Vorbedingung einer demokratischen Politik — die Schaffensfreudigkeit und schliesslich auch die Schaffensmöglichkeit. Ein Freisinniger, dessen Tüchtigkeit und mutige Verfechtung demokratischer Grundsätze ihm die Achtung aller Sozialdemokraten ohne Unterschied der Abtönung eingetragen haben, hat es mir wiederholt dargelegt. Aber er brauchte das gar nicht. Man kann die reaktionäre Wirkung einer Kampfweise, die vorwiegend auf die Verdächtigung der Motive gerichtet ist, mit Händen greifen.

Und ist die Sozialdemokratie auf eine solche Kampfweise angewiesen, hängt die Werbekraft des sozialistischen Gedankens an ihr? Sicherlich nicht. Ich habe noch stets in meinen Versammlungen die Erfahrung gemacht, dass man auf all das verzichten, dass man ruhig den Gegnern gerecht werden, ruhig Fortschritte anerkennen und doch hohe Begeisterung und Kampfesentschlossenheit erwecken kann. Und es stünde schlimm um den Sozialismus, wenn es anders wäre.

Hier mag eine Erinnerung am Platze sein, die eine verwandte Frage betrifft. Vor etwa einem Dutzend Jahre, als es um die sozialistische Bewegung in England noch sehr mässig bestellt, der einzige unabhängige sozialistische Abgeordnete, J. Keir Hardie, nach kurzem Besitz seines Mandats wieder aus dem Parlament herausgewählt war und eine sehr gedrückte Stimmung um sich griff, warf ich einmal im Londoner *Kommunistischen Arbeiterbildungsverein* in einem Vortrag die Frage auf, ob nicht die sozialistische Bewegung Englands besser fahren würde, wenn man gegen die Führer der alten Gewerkschaften, die nun einmal in liberalen Ideen aufgewachsen seien, einen weniger feindseligen Ton anschläge, ihnen etwas mehr Toleranz entgegenbrächte. Nicht in der gleichen Sitzung, wohl aber in einer späteren Versammlung bin ich wegen dieser Parole *Etwas mehr Toleranz* von sich für radikal haltender Seite gehörig vermöbelt worden. Ich war in jener Versammlung nicht anwesend und habe später die Sache auf sich beruhen lassen. Heute kann ich mit Genugtuung feststellen, dass die Bildung und die Erfolge der englischen Arbeiterpartei meinen damaligen Ausführungen recht gegeben haben. Ohne dass man darauf verzichtete den Gewerkschaften ein Programm aufzuoktroyieren, für das sie noch nicht reif waren, wäre 1901 die Arbeitervertretungsliga entweder gar nicht zu stande gekommen oder gleich ihren Vorgängern ein leistungsunfähiges Ding geblieben. Dank jener Toleranz aber konnte sie als einflussreicher Körper ins Leben treten, und nun hat sie sich zur Arbeiterpartei entwickelt, die, gleichviel wie sie es mit Namen und Programm hält, schon durch die blosse Tatsache, dass sie die grosse Masse der organisierten Arbeiter aller Berufe umfasst, sozialistischen Charakter trägt, Partei der Arbeiterklasse ist. In ihrer Stellungnahme zu den politischen und Wirtschaftsfragen unterscheidet sie sich im britischen Parlament prinzipiell in nichts von den ausgesprochen sozialistischen Parteien des Festlands. Und obwohl ihre Abgeordneten noch nicht den zehnten Teil der Mitglieder des britischen Parlaments ausmachen, wird auf ihre Reden und Anträge dort ausserordentliches Gewicht gelegt, sind sie tatsächlich schon ein stark mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung ihres Landes geworden.

Es ist sehr interessant das Auftreten der Arbeiterabgeordneten im britischen Parlament näher zu betrachten. Auch diejenigen unter ihnen, die als erklärte Sozialisten und langjährige Mitglieder der sozialistischen *Unabhängigen Arbeiterpartei* gewählt sind, zeigen in schöner Weise, wie man gleichzeitig Mass halten und doch kraftvoll auftreten kann, wie man durch Anerkennung dessen, was wirklich fortschrittlich ist, die Wucht und Wirkung seiner Kritik nicht beeinträchtigt sondern nur noch verstärkt. Das Alterspensionsgesetz, wie es die liberale Regierung in dieser Session eingebracht hat, enthielt viele vom Arbeiterstandpunkt aus verwerfliche Einzelheiten. Die Vertreter der Arbeiter-





## AUGUST ERDMANN · SOZIALDEMOKRATIE UND ZENTRUM BEI DEN PREUSSISCHEN LANDTAGSWAHLEN



M rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben in 3 Landtagswahlkreisen, Bochum, Dortmund-Land und Mülheim an der Ruhr, die Sozialdemokraten das Zentrum in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen unterstützt. Dadurch hat das Zentrum 3 Mandate gewonnen, die ihm bei Stimmenthaltung unserer Genossen entgangen wären. In Bochum kam es mit einem Gerichtssekretär, in den beiden anderen Kreisen mit Arbeiterkandidaten durch. Darüber hat sich nun in der Parteipresse des Westens eine Auseinandersetzung entsponnen. Die Parteiblätter in Bochum und Dortmund verteidigten die Haltung unserer Genossen in den drei genannten Wahlkreisen, die Parteiblätter in Essen und Elberfeld verurteilten sie. Ich bin zwar an den Vorgängen in jenen Wahlkreisen nicht unmittelbar beteiligt, glaube aber das Zentrum aus langer Erfahrung und die für den gegenwärtigen Fall in betracht kommenden Verhältnisse aus der Parteipresse genügend zu kennen, um zu einer Meinung berufen zu sein.

Die Auseinandersetzung in den Parteiblättern des Westens wurde eingeleitet mit einer nach der Stichwahl erschienenen Notiz der *Arbeiterzeitung* in Essen, dass im Ruhrrevier der »vertrauensselige rote Michel« dem Zentrum ohne jede Gegenleistung in drei Wahlkreisen die »Kastanien aus dem Feuer geholt« habe. Nachdem das Blatt dann in einem längeren Artikel ausführlich vorgebracht hatte, weshalb es die Unterstützung des Zentrums für verfehlt halte, legten die Parteiblätter in Bochum und Dortmund die Gründe dar, die die Genossen zum Eintreten für das Zentrum bewogen hatten. Nach der *Arbeiterzeitung* in Dortmund war der Wahlkampf ein Wahlrechtskampf; auch die katholischen Arbeiter hatten Feuer gefangen, und die Wahlrechtsreform war auch ihnen zur Wahlparole geworden. Trotz anfänglichen Zögerns und Sträubens wurden dann auch die Zentrumsführer anderer Meinung, und für die Stichwahl gaben die ultramontanen Kandidaten in diesen drei Ruhrwahlkreisen die Erklärung ab: 1. für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen stimmen zu wollen, 2. bei den Verhandlungen und Abstimmungen entsprechender Anträge anwesend zu sein und 3. für eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise stimmen zu wollen. Dann heisst es in unserm Dortmunder Parteiblatt:

»Wir im Ruhrrevier haben Wahlrechtskämpfer zu werben, haben der Sozialdemokratie neue Anhänger und Streiter zuzuführen. Im Ruhrrevier sind Zehntausende katholische Arbeiter vorhanden, die innerlich mit uns fühlen, innerlich schon zu uns gehören, das haben die letzten Reichstagswahlen bewiesen. Diese katholischen Arbeiter müssen wir unbedingt der Armee der Wahlrechtskämpfer angliedern. Man kann diese Leute für die Sache gewinnen und begeistern, man kann sie auch abstossen, dass sie bei Seite stehen. . . . Die Genossen des Ruhrbezirks haben sich die Sache sehr reiflich überlegt. Sie sind sich keinen Augenblick im Zweifel gewesen, dass eine Unterstützung der nationalliberalen Scharfmacher und geschworenen Wahlrechtsfeinde unter keinen Umständen erfolgen konnte. Man war sich auch klar darüber, dass das Zentrum ein unsicherer Kantonist ist, auf dessen Versprechungen man keine Häuser bauen darf. Aber das Zentrum gab sein Versprechen und hoffte vielleicht im geheimen, dass die Sozialdemokraten trotzdem gegen das Zentrum stimmen würden. Daran hätte das Zentrum wahrscheinlich mehr Freude gehabt als an unserer Wahlhilfe. Denn hätten wir durch aktives oder auch nur durch passives Verhalten die Wahl eines nationalliberalen Wahlrechtsräubers begünstigt,

dann würden Tausende uns nahestehende katholische Arbeiter an uns irre geworden sein; sie würden mit Recht uns entgegengehalten haben: Euch ist es mit der Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ja gar nicht Ernst.«

Dem Einwurf, dass auf das Versprechen von Zentrumsleuten kein Verlass sei, hält die Dortmunder *Arbeiterzeitung* entgegen, es brauche die nächste Sorge unserer Genossen nicht zu sein, ob die Zentrumsabgeordneten Wort halten oder dem wahlrechtsfeindlichen Flügel ihrer Partei unterliegen:

»Wenn sie ihr Wort nicht halten, dann ist das um so schlimmer fürs Zentrum, wir haben keinen Schaden davon, sondern umgekehrt. Wir glauben nicht so ohne weiteres, dass das Zentrum so dumm sein wird uns eine Waffe in die Hand zu drücken, die dem Zentrum sehr gefährlich werden müsste. Das können wir also in aller Seelenruhe abwarten.«

Das *Volksblatt* in Bochum schreibt über die »besonderen Umstände, unter denen hier der Wahlkampf zu führen war und weiter zu führen ist«, folgendes:

»Auf der einen Seite die nationalliberale Werkerherrenpartei, die den Kern des Blockes bildet und für das Pluralsystem eintritt, das gleiche Wahlrecht entschieden ablehnt, auf der andern die Zentrumspartei, augenblicklich Oppositionspartei, durch uns gezwungen um seiner selbst willen für das demokratische gleiche Wahlrecht einzutreten — weil es nach eigenem Geständnis der Sozialdemokratie den Ruhm des Kampfes um die Demokratie nicht allein überlassen darf —: da konnte unsere Stellungnahme für die Stichwahl nicht zweifelhaft sein . . . Wir mussten uns entscheiden, ob wir, wie störrische Esel, die sich den Umständen nicht anpassen können, dem Zentrum eine gewaltige Agitationswaffe gegen uns in die Hand drücken, oder ob wir die Rolle des Treibers gegenüber dem Zentrum, die uns die Situation bot, annehmen wollten. Gegenleistungen haben wir gefordert, und wir hätten selbstverständlich, wenn deren angemessene Gewährung an dem Willen des Zentrums gescheitert wäre, dann auch gesagt: nun nicht! Denn dann konnten wir dem Zentrum in der Agitation mit gleichwertigen Waffen dienen. Dass es so nicht kommen konnte, liegt nicht an uns. Wir mussten also unsere endgültige Entscheidung ohne Rücksicht auf Gegenleistungen treffen. Und wir haben sie so getroffen, dass wir glauben sie mit gutem Gewissen vor dem Parteiinteresse verantworten zu können.«

Beide Blätter versichern, dass sie sich der rückschrittlichen Natur des Zentrums und der Notwendigkeit des rücksichtslosen Kampfes gegen diese Partei voll bewusst sind. Es geben also für die Genossen im Ruhrrevier, soweit sie für eine Unterstützung des Zentrums sind, nur praktische und taktische Erwägungen den Ausschlag. Aber es fragt sich, ob diese Erwägungen den erwarteten Erfolg haben. Zunächst sei einmal darauf hingewiesen, dass die Dortmunder sich von wesentlich anderen Gründen haben leiten lassen als die Bochumer. Die Dortmunder rechnen ziemlich stark mit der Möglichkeit, dass die Zentrumsabgeordneten ihre Versprechungen nicht halten; sie legen besonderen Wert auf den Eindruck, den ihr Verhalten bei den katholischen Arbeitern macht; diesen gegenüber glauben sie nicht die Verantwortung übernehmen zu können einen ausgesprochenen Scharfmacher und Wahlrechtsfeind durchkommen zu lassen. Die Bochumer dagegen glauben auf das Zentrum als Treiber wirken zu können und haben für die ultramontanen Kandidaten gestimmt, weil sie die gegenwärtige Stellung des Zentrums als Oppositionspartei, die es auf ein demokratisches Wahlrecht verpflichtet, ausnutzen wollen.

Ich vermag weder den Dortmundern noch den Bochumern recht zu geben. Was die gegenwärtige Oppositionsstellung des Zentrums anlangt, so wird sie gerade so lange dauern, bis Bülow oder ein anderer Reichskanzler es für gut befindet die Ultramontanen aus ihrem Schmollwinkel hervorzuziehen, und wieder in die Arme der Regierung zu führen. Das kann bald, das kann später

geschehen, keinesfalls wird es so lange dauern, bis das Zentrum sich zu einem aufrichtigen und ehrlichen Freund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preussen entwickelt hat. Nach meiner Meinung ist es in Sachen des Wahlrechts beim Zentrum nicht anders als bei den Konservativen, nur dass die Konservativen in dieser Beziehung ehrlich ihre Meinung bekennen, während sich die Ultramontanen volksfreundlich drapieren. Das Zentrum nimmt das Reichstagswahlrecht hin, weil es vorläufig noch gute Geschäfte damit macht, und weil es gefährlich ist daran zu rütteln, aber das Zentrum fürchtet dieses Wahlrecht für die Zukunft, weil es ganz genau weiss, dass seine Erfolge schliesslich einem andern zufallen. Und das Zentrum hat begreiflicherweise nicht die mindeste Neigung sich solchen Befürchtungen auch in Ereussen auszusetzen, indem es hier das Reichstagswahlrecht einführt, um so weniger als es ja auch mit dem Dreiklassenwahlrecht gute Geschäfte macht und sich nichts besseres wünschen kann als einen Landtag wie den gegenwärtigen, wo Klerikale und Konservative im holden Bunde eine sichere Mehrheit bilden. Das Zentrum hat nicht das Zeug zu einer Oppositionspartei, es gebärdet sich nur als solche; es opponiert, um recht bald seinen Platz an der Sonne der Regierung wieder zu gewinnen. Auf diese Scheinopposition des Zentrums die Hoffnung der Wahlrechtsreform zu bauen, dazu gehört ein starker Glaube, dessen ich beim besten Willen nicht fähig bin. Das Zentrum hat es ja durch seine führenden und geführten Organe sattsam verkünden lassen, dass es durchaus keine Eile mit der Wahlreform habe, dass bei dem Widerstand der Regierung an die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preussen nicht zu denken sei; Herr Trimborn hat bereits vor zwei Jahren das Pluralwahlrecht für »durchaus diskutabel« erklärt, und jüngst noch hat er sich wieder zu dieser Anschauung bekannt. Und das Zentrum hat weiter erklären lassen, dass die Wahlrechtsfrage für den Landtagswahlkampf keine Rolle spiele, und dass es deshalb ruhig die Konservativen unterstützen könne, was es dann auch eifrig besorgt hat. Was kann es da bedeuten, ob zwei oder drei seiner Abgeordneten sich auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preussen verpflichtet haben, selbst wenn diese so ehrlich sein sollten gegebenenfalls für ihre Versprechungen einzutreten?

Und nun die Rücksichtnahme der Dortmunder auf die katholischen Arbeiter im Zentrum, von denen, wie die *Arbeiterzeitung* meint, Tausende »an uns irre geworden« wären, wenn unsere Genossen sich in der Stichwahl der Stimme enthalten, und dadurch die Nationalliberalen gesiegt hätten. Ich meine, wenn die Zentrumsarbeiter der Wahlrechtsfrage eine so grosse Bedeutung beilegen, dann hätten sie allen Grund an der Partei irre zu werden, der sie selbst angehören: am Zentrum, das 35 Jahre lang keinen Finger gerührt hat, um der preussischen Dreiklassenschmach ein Ende zu machen, das ausgesprochene Wahlrechtsfeinde wie die Konservativen unterstützt, das anerkannte Gegner der Wahlreform in seinen parlamentarischen Vertretungen duldet; dann hätten vor allen Dingen die Zentrumsarbeiter allen Grund von sich aus eine Bewegung zu veranstalten, um die Parteiführerschaft zu einem ehrlichen und entschiedenen Vorgehen in Sachen der Wahlreform zu drängen. Solange aber die ultramontanen Arbeiter gegenüber solchen Zuständen und Vorgängen in der eigenen Partei untätig bleiben, dünkt mich die Befürchtung, dass sie an uns irre werden,

wenn wir das Zentrum seine Wahlkämpfe allein ausfechten lassen, recht grundlos, mindestens aber, sollte eine solche Stimmung unter den ultramontanen Arbeitern vorhanden sein, eine Rücksichtnahme darauf von unserer Seite überflüssig.

Es scheint allgemeine Gültigkeit haben zu sollen, dass wir das Zentrum, je anmassender es uns gegenüber auftritt, mit desto grösserer Liebeshwürdigkeit behandeln. Ich weiss, dass ein Teil der proletarischen Zentrumswähler in einigen Wahlkreisen des Westens — es sind zufälligerweise die selben, in denen unsere Genossen jetzt das Zentrum unterstützt haben — bei der letzten Reichstagswahl im zweiten Gang für unsere Kandidaten eingetreten sind; aber das geschah wider den Willen der ultramontanen Parteileitungen. Dagegen waren es die ultramontanen Arbeiterführer, die Gronowski und Konsorten, denen unsere Genossen jetzt zu Landtagsmandaten verholphen haben, die bei der letzten Reichstagswahl in Elberfeld-Barmen unsern Genossen Molkenbuhr zu Fall brachten und statt seiner einem christlichsozialen Dunkelmann durchhalfen, der dann auf den Bänken der freikonservativen Scharfmacher Platz nahm. Und wie in Elberfeld, so machten es die christlichen Arbeiterführer anderswo. Unsere Genossen in Bochum, Dortmund und Mülheim hätten den ultramontanen Arbeitern sagen können: Eure Gronowskis und Sauermänner haben im vorigen Jahr bei der Reichstagswahl unsere bewährten Arbeitervertreter zu Fall gebracht, ihr verlangt doch wohl nicht, dass wir zum Dank dafür eure Gronowskis und Sauermänner durchbringen; siegt in Gottes Namen, aber wir tun nichts dazu! Ich glaube nicht, dass die katholischen Arbeiter der Einfachheit dieser Begründung widerstanden hätten, und »Tausende« von ihnen an uns »irre geworden« wären.

Man hat vielleicht in einigen Kreisen des Westens von unserer Seite auf Gegenleistungen gerechnet. Diese Hoffnung hätte man erst gar nicht aufkommen lassen sollen. Das preussische Zentrum wird sich nie auf ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten einlassen, es wird sich niemals durch ein solches Wagnis den Weg zur Regierungsgunst verrammeln und die Freundschaft der Konservativen verscherzen. In Solingen, wo die örtliche Zentrumsleitung Neigung zu einem Wahlpakt mit der Sozialdemokratie verspürte, hat Trimborn von der Kölner Provinzialleitung schleunigst abgewinkt, und in zwei Wahlkreisen (Hörde und Hattingen-Witten) hat sich, unwiderlegten Nachrichten zufolge, das Zentrum deshalb der Teilnahme an der Wahl enthalten, um der fatalen Lage zu entgehen, dass es in der Stichwahl den Ausschlag zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen geben musste. Mit anderen Worten: Das Zentrum drückt sich, offen oder versteckt, vor der Pflicht die Partei der Wahlrechtsfreunde zu stärken, statt dessen wählt es lieber konservative Wahlrechtsgegner. Die Sozialdemokratie aber soll es als ihre Aufgabe betrachten dem Zentrum zu Mandaten zu verhelfen und den Einfluss einer Partei zu mehren, von der jeder Kundige weiss, dass sie überhaupt Gegner einer demokratischen Wahlreform ist.

Was gibt dem preussischen Dreiklassenhaus sein Gepräge? Der klerikal-feudale Geist, der darin herrscht, die ultramontan-konservative Mehrheit, die hier gebietet. Es ist das kein politisches Zufallsgebilde sondern eine politische Bruderschaft, deren Glieder sich durch den Namen und einige Äusserlichkeiten unterscheiden, die aber ihrer rückschrittlichen Grundanschauung und ihren



## EMILE VERHAEREN · DIE FREUDE



diese breiten Tage, deren Morgen flammen,  
die stolze, heisse Erde hat noch grössre Pracht,  
und ein so starker Duft entströmt dem Leben, das erwacht,  
dass die berauschten Menschen hin zur Freude hüpfen.

Ich dank euch, Augen,  
dass ihr unter alternder Stirne so klar geblieben,  
um aus den Fernen das Tanzen des Lichts zu saugen.  
Ich dank euch, Hände, dass ihr noch vermögt die Sonne zu sieben,  
und euch, meine Finger, die goldig glänzen  
von den Früchten, die neben den Rosen die Mauern bekränzen.

Und dir, o Leib, wie dank ich dir,  
dass du stark und behend noch erzitterst  
im Hauche der schnellen Winde,  
im Hauche der tiefen Brisen.

Und dir, mein aufrechter Rumpf, und euch, o breite Lungen,  
dass ihr auf Bergen hoch und an den Meeren hin  
die helle Luft erfasst, die wie mit schnellen Zungen  
die Welt umspielet und beleckt.

O diese Festesmorgen, voll von stiller Schönheit,  
wie Rosen, denen Tau das Antlitz schmückt,  
wie Vögel, deren Flug uns hoffnungsreich beglückt,  
wie Gärten, voll von Schatten oder Klarheit.

Zur Stunde, wo der weite Sommer alle Strassen wärmet  
lieb ich euch, Wege, deren Staub betrat  
die Frau, die heut mein Glück in Händen hat.  
Ich lieb euch, ferne Sümpfe, ernste Wälder  
und unter meinen Schritten, bis ins Mark, dich, Erde  
wo meine Toten ruhn.

Ich leb in allem, was mich einhüllt und durchsprüht,  
im dichten Rasen, auf verlornen Pfaden  
und in den Buchenständen;  
das helle Wasser, das kein Schatten trübt  
wird ganz ich selbst mit meinem Angedenken.

Mein Leben wird in euch unendlich länger,  
ich bilde, werde, was mir allzeit träumte.  
Und an den Horizonten, goldumsäumte Bäume,  
ihr seid mein Stolz und meiner Augen Freude.  
Mein Willen gleicht den Knoten eurer Rinde,  
wenn ich die arbeitsreichen Tage überwinde.

Und wenn der hellen Gärten Rosen meine Stirne streifen,  
 so wird mein Leib durchblitzt von Flammenküssen,  
 und alles wird mir Liebe, Schönheit, heiliger Wahn und Schauer.  
 Ich bin vom Weltensinn berauscht und schwelge  
 so stark in allem, was im Glanze liegt,  
 dass ich aus übergelbem Herzen jauchze.

O diese Freudensprünge, stark und zart und tief,  
 wie wenn ein ungeheurer Flügel deine Glieder trüge.  
 Wenn du mit ihnen in die Allwelt liefst,  
 so klage nicht an deinen schlimmsten Tagen.  
 Und wenn du auch des grössten Schmerzes Beute,  
 du darfst dir sagen, dass du stolz genossen,  
 an einem einzigartigen Tage, heissen Herzens,  
 die süsse, ungeheuerliche Freude.  
 Und deine Seele weihte dich zum Seher,  
 in allen Kräften bist du aufgegangen,  
 du hast an jenem Tage das begangen,  
 was dich so hehr macht wie die ewigen Götter.

XX

## FRANZ CLEMENT · DIE LYRIK DES EMILE VERHAEREN



**N** der Geschichte der modernen französischen Lyrik ist Verhaeren nach Verlaine der entscheidende Anreger geworden. In dreifacher Hinsicht wirkte er wie dieser als Wertschöpfer und Meister: er gab der lyrischen Kunst neue Ideenfermente, ward ein Schöpfer neuer, bisher fast ungeahnter Visionen und wurde in der Form ein kühner, starker, viel befehdeter und schliesslich anerkannter Neuerer. In die ganz auf Raffinement und feinkultiviertes Erleben und Formen ausgehende Verskunst der ersten Symbolisten kam dieses ganz andersgeartete lyrische Genie zur rechten Zeit. Verhaeren ist es gewesen, der dem aufstrebenden Symbolismus Weltgefühl verlieh und in unbeirrbarem Ernst einen aparten, fruchtbaren Weg ging: das Individualerleben zum Ausdruck des kosmischen Erlebens zu machen.

Verhaeren ist in der Umgegend von Antwerpen am 22. Mai 1855 geboren. Früh, schon als Student spielte er in den literarischen, ästhetischen und politischen Bewegungen seiner Heimat eine Rolle, und heute hat das flämische Belgien keinen rasselchteren Vertreter in der Literatur als diesen das Höchste anstrebenden Sprossen der flandrischen Ebene. Er ist in intinem Verkehr mit der Natur aufgewachsen und gelangte schon ziemlich früh zu einem Pantheismus, der immer lebendiger und genussfreudiger wurde, bis er in seinem letzten Buch *La multiple Splendeur* ein optimistisches Aufgehen in die widerspruchsvollsten und erhabensten Kräfte von Natur und Welt wird.

»Nous apportons ivres du monde et de nous mêmes,

Des coeurs d'hommes nouveaux dans le vieil univers«,

ruft er hier aus. Die Unendlichkeit der Welt ist für ihn zum Erleben geworden; nun fühlt er und dichtet er die Möglichkeit sie durch einen Überschwang

unseres Willens und ein fröhliches Ausleben und Austoben unserer Sinne zu überwinden. Kein moderner Dichter ist bodenständiger und erdenfester als dieser französisch dichtende Vlame, der alle metaphysischen Bedenken vermöge seiner tätigen Liebe zum Menschen und zur Erde ausgleicht und den stärksten Sang von der Kraft und der Schönheit der menschlichen Arbeit angestimmt, den wir in den letzten Jahrzehnten hören konnten. Erst nach und nach ging ihm diese Überlegenheit der Menschen auf, und Verhaerens dichterische Entwicklung ist ein energisch und sicher voranschreitender Gesundungsprozess. In den *Villages illusoires* und *Campagnes hallucinées*, zum Teil auch in den *Villes tentaculaires* ist die Natur in ihrer dumpfen Ruhe oder mörderischen Bewegtheit für ihn noch das Primäre; sie ist auch die unbarmherzige Rabenmutter, wie der Romantiker de Vigny sie vor ihm gesehen; erst nach und nach wird Verhaeren die Schöpferkraft des Menschen zum tieferen Erlebnis und in den *Forces tumultueuses* setzt eine neue Phase ein: Verhaeren wird zum Kulturdichter.

Auf seinem Wege und in seinen Anlagen zur Kulturdichtung grossen Stils erfuhr Verhaeren die stärksten Wirkungen und Rückwirkungen von seinem belgischen Vaterlande. Es gibt kaum ein Land, in dem auf so verhältnismässig geringem Raum und in so fruchtbarer Nachbarschaft sich die verschiedenartigsten menschlichen Lebensbetätigungen derart stark und vielseitig manifestieren. Das fruchtbare Acker- und Weideland geht ans Meer heran, und wie Riesenspinnen liegen die Städte, Land- und Hafenstädte, da, hinter denen wieder die Wälder ragen und die Schloten rauchen. Das ist die Gegenwart an und für sich: energisch und allseitig, die verschiedensten und heterogensten Aspekte zeigend, dabei auf eine einzige Dominante gestimmt: Steigerung des Lebens, ruhiger, sicherer Kampf mit den Naturkräften. In die belgische Gegenwart reicht die belgische Vergangenheit hinein: die Usinen und Häfen liegen fast im Schatten der in alter Würde aufragenden Belfriede und Kirchtürme. Und wenn heute Belgien dem Sozialismus so weit Tür und Tor geöffnet hat, so möge man dran denken, dass hier auf diesem Boden zuerst die mächtigen Städte wuchsen, die den Königen und dem Adel trotzten, dass von ihnen und ihren stolzen Bürgern eine beinahe ebenso starke ökonomische Revolutionierung eingeleitet wurde wie sie heute die Sozialdemokratie plant. Dass dabei überall das Kreuz hoch stand, Beginenhäuser und Klöster wirkliche Zivilisationsstätten waren, gibt diesem alten Kulturland, das sich heute auf den ersten Blick so materiell gibt, einen noch eigenartigeren Anstrich. Durch all dieses ging Verhaeren infolge seiner ausserordentlichen Sensibilität leidend und reagierend hindurch; wie Victor Hugo ist er ein *écho sonore* der ganzen Umwelt, und wie Victor Hugo — man kann nicht genug auf die dichterische Verwandtschaft dieser beiden Persönlichkeiten pochen — ist er die Synthese dessen, was die Zeit, in der er lebt, an Kräften und Strebungen bewegt.

In seinem ersten Versbuch *Les Flamandes* lebt das Vlamenland, wie Teniers und die Realisten der altflandrischen Schule es gemalt, und wie es noch heute zum Teil ist und sich in den Meisterromanen und -erzählungen der Camille Lemonnier, Eugène Demolder und Georges Eekhoud spiegelt: reiches materielles Leben und die heftigsten sozialen Konflikte, die stürmischen Forderungen und das dumpfe Murren der Sklaven der Arbeit sind abwechselnd in seinen Büchern



und Gedichten: er besingt Handel und Verkehr, und trotz mancher Prosaismen steckt in eben diesen Gedichten eine Schwungkraft und eine Perspektive, die sie zu wirklichem Neuland machen und zur grossen imponierenden Lyrik unserer Zeit.

Die Entwicklungsgeschichte des Individuums Verhaeren zeigt nicht von vornherein diese starke Linie. Verhaeren hat ethische Krisen überstanden, die seine ganze herrliche Persönlichkeit zu zersetzen drohten. Der Niederschlag dieser Krisen liegt in den Büchern *Les Soirs*, *Les Débâcles* und *Les Flambeaux noirs*. Vor allem war es physische Krankheit, die ihn in einen düsteren Pessimismus und eine übermässig starke Innerlichkeit hineintrrieb. Die Phantasie ist in Mitleidenschaft gezogen, und der Dichter steht unter der Herrschaft von neurasthenischen Depressionszuständen aller Art, die sich in Alpträumen und bösen Träumen entladen. Die Welt ist auf ihn so stark eingedrungen, dass sie ihn willenlos gemacht hat, und dass er auf einmal über ihre fürchterliche Leere zu jammern beginnt. Aber unter dem Druck des Schmerzes vollzieht sich die Befreiung, die Überwindung. Er entlädt alles Pathologische in seltsam starken Versen und wird nach und nach der alte Weise, als den wir ihn heute verehren.

Verhaerens rein menschliche Kraft und Bedeutung, die Dynamik seiner Persönlichkeit ist an und für sich von stärkstem Interesse. Vom rein ästhetischen Standpunkt aus ist die dichterische Manifestation seiner Persönlichkeit eine der interessantesten Erscheinungen der Literaturgeschichte der letzten Jahrzehnte. Er hat einer rein impressionistischen Lyrik in der ganzen unbändigen Kraft seines epischen Genius eine lyrisch-epische Verkunst entgegengesetzt, die vielleicht heute noch nicht den Einfluss gewonnen hat, den sie gewinnen kann — sie ist dafür zu singular —, die aber eine literarische Revolution bedeutete und eine neue Phase der französischen Lyrik einleitete. Er hat die Natur in ihren stärksten Augenblicken gefasst und sowohl in ihr wie dem Leben der Jetztzeit diejenigen Situationen zur Gestaltung aufgesucht, die für deren beiderseitige Intensität am fruchtbarsten zeugen. Seine Seele vibriert dabei so stark, dass es uns bange wird, und dass wir eine Zeitlang befürchten mussten, dieser Dichter ende möglicherweise in der Disharmonie. Aber er gewann immer wieder die starke Gebärde, und seine seltsamen Schöpfungen entrollen sich in monumentaler Epik, ohne dass dadurch die Klarheit der einzelnen Geschehnisse getrübt wird. Dieser starke Kopf umging deshalb erfolgreich die Gefahr in seiner Dichtung von des Gedankens Blässe angekränkt zu werden; trotz der Originalität seiner Gedanken hat er Temperament und Augenkultur, überhaupt rein artistische Qualitäten genug, um seine Gedankengänge ebensowohl wie sein Gefühlsleben in imponierende Symbole und suggestive Bilder zu kleiden. Wenn ich den Kern von Verhaerens dichterischer Persönlichkeit mit einem einzigen Worte charakterisieren wollte, so würde ich das Wort *Kraft* wählen; es ist die stille, sichere Kraft des Menschen, der über das Leben Herr geworden ist. Albert Mockel sagt von ihm: »Verhaeren ist der Dichter des Paroxysmus.« Das ist tatsächlich der Fall, wenn man das Wort *Paroxysmus* in seinem besten Sinn nimmt. Er kennt keine Maximalempfindungen, vor denen der reine Artist zurückschreckt; er wirkt dementsprechend oft hart und fast unästhetisch. Er schmeichelt unseren Sinnen nicht; er unterjocht uns durch die Selbstherrlichkeit seiner

Natur und die ungestüme, beinahe karikaturale Kraft seiner epischen Begabung. So dunkel seine Poesie manchmal auch ist, sie hinterlässt immer einen klaren Eindruck.

Es versteht sich beinahe von selbst, dass Verhaeren mit den Traditionen brechen musste, die die französische Verskunst heute noch beherrschen und zum Teil beengen. Im Prinzip soll man sich hüten sich ganz auf die Seite des *vers libre* zu stellen; der klassische französische Vers kann heute noch die schönsten lyrischen Offenbarungen erfassen — wie das bei Charles Guérin und Jean Moréas der Fall ist —; zudem sind die französische Mentalität und das lateinische Sprachgefühl so beschaffen, dass eine zu grosse Freiheit zur Unordnung führt. Emile Verhaeren setzte sich über alle metrischen Konventionen hinweg, weil er für seine eigenartige Dichtung grösseren Spielraum brauchte, und weil er sich stark genug fühlte eine Form auszubauen, die seinem Gedanken ein Kleid und nicht eine Fessel sein sollte. Verhaerens freier Vers ruht ganz auf dem Rhythmus; seine Reime sind dabei so voll und stark, dass man von einer wirklichen Umgestaltung reden kann.

So erscheint uns denn das Bild dieses Dichters als eines der imponierendsten und bewundernswertesten unserer Zeit. Dieser universale Mensch ist an keiner Hauptseite des Lebens vorbeigegangen, ohne von ihr berührt zu werden; er wurde für die Aussprache der sozialen Ängste das stärkste Organ. Man denkt unter Literaten im allgemeinen nicht gut über die politische Lyrik, und man hat darin kaum unrecht, denn die Hereinbeziehung der Parteileidenschaften in die dem Dichter eigentümliche Vision der Dinge hat mehr verdorben als genützt. Erst, wo sich eine dichterische Persönlichkeit anstatt zu fluchen und zu donnern und billige Phrasen und Hallohrufe in Versform zu bringen ganz und ernst mit den sozialen Problemen auseinandersetzt, kann ein Werk gedeihen, das nicht nur von rein dichterischer Bedeutung ist, das auch eine klarere und wirkungsvollere Darstellung der sozialen Nöte einschliesst. So wiegen Dehmels Gedichte *Der Arbeitsmann* und *Erntelied* allein für sich ganze Bände sogenannter *sozialer Lyrik* auf. Bei Dehmel aber und bei vielen anderen steht die Auseinandersetzung mit dem Problem des Klassengegensatzes nicht im Vordergrund des Interesses, sie nimmt in der Manifestation ihrer dichterischen Persönlichkeit eine ziemlich untergeordnete Stelle ein. Ganz anders liegt der Fall bei Verhaeren.

Es begreift sich leicht, dass in einem Lande wie Belgien dieser Dichter reifen konnte, ein Dichter, der wie kein anderer unter den modernen Franzosen der Pulsschlag der Gegenwart geworden. In Belgien ist es für einen Künstler kaum möglich an den beängstigenden sozialen Problemen vorbeizukommen; dieses kleine Land, in dem die Industrie eine so grossartige Rolle spielt, ist der Tummelplatz von energischen Kämpfen geworden, in denen das emanzipierte Proletariat seine Interessen gegen Klerikalismus und Plutokratie verteidigt. Belgien zählt deshalb wenige solcher Intellektuellen, die sich für soziale Fragen nicht interessieren und nicht Stellung nehmen, und es muss zum Lobe der meisten modernen belgischen Künstler und Dichter gesagt werden, dass sie diese Stellung auf der Seite des Proletariats genommen oder jedenfalls Gefühlswerte ausdrücken, die dessen gerechte Bestrebungen symbolisieren.

Verhaeren ist nicht nur ein Dichter; er ist auch eine Apostelseele. Sein

Kampf geht nicht nur gegen die Hässlichkeit; er geht auch gegen die Egoisten und das Laster, und keiner seiner Zeitgenossen gibt in seinen Dichtungen mehr erhabene ethische Werte. Das Zentralgefühl dieses Mannes ist die Liebe, die schaffende Liebe, nach Nietzsches Begriff. Für die Realisierung einer besseren Welt und seiner grossmütigen Sehnsüchte nach einer schöneren Zukunft setzt er seine ganze Persönlichkeit ein. Und dafür sollen wir nicht nur dem Dichter Verhaeren für alle Schönheit, wir sollen dem Menschen Verhaeren auch für alle Güte Dank sagen.

XX

## ROMAN STRELTZOW · DIE AUSSICHTEN DER RUSSISCHEN REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG



M Ende des Jahres 1906 schrieb ich in dieser Zeitschrift:

„Solange der Absolutismus zu seiner Verfügung die Million geschulter Soldaten hat, wird er immer über die 3 Millionen zerstreuter, unorganisierter und unbewaffneter Arbeiter siegen können. Aber wie lange kann er sich auf seine Soldaten stützen? Solange das Bauerntum dem Selbstherrscher treu bleibt. Denn das Gros der russischen Armee ist nichts anderes als das russische Bauerntum in Uniform. Die Aussichten der Revolution hängen somit auf das engste mit den Aussichten der Bauernbewegung zusammen.“<sup>1)</sup> Die Abflauung der Bewegung auf dem Lande hat nun vorläufig das Schicksal der Revolution besiegelt. Diesen Zusammenhang zwischen Agrarfrage und Revolution sehen nicht nur die revolutionären und oppositionellen Parteien, sondern sieht auch die Regierung ein. Herr Stolypin zum Beispiel verstand ihn ausgezeichnet und setzte darum alle Hebel der Staatsmaschine in Bewegung, um die Bauern zu *beruhigen* und zu — spalten. Zur Lösung der ersten Aufgabe dienten zunächst die Kosaken, dann aber die Kronländereien, die den Bauern für *billiges Geld* abgetreten werden sollen. Für das zweite sollte die Auflösung der Landgemeinde sorgen. Auf grund eines Notgesetzes erhielten die Bauern die Möglichkeit aus der kollektivistischen *Obschtschina* (Landgemeinde) auszutreten und ihren jeweiligen temporären Landbesitz in ihr privates Eigentum zu überführen. Da die Verteilung des Grund und Bodens immer ungleichmässig war und ist, so bedeutete diese Erlaubnis eine Liebesgabe für die kapitalkräftigeren oder vermögenderen Bauern und somit eine Verschärfung des ohnehin vorhandenen Gegensatzes zwischen Wohlhabenden und Armen.<sup>2)</sup> Durch den Kampf innerhalb der Landgemeinde sollte ja die Aufmerksamkeit des Bauerntums von anderen Dingen abgelenkt werden, was auch in gewissem Umfange gelungen ist.

Durch Repressalien und Liebesgaben, durch *Beruhigungsexpeditionen* und Ausnutzung der bäuerlichen Zwiespälte gelang es allmählich eine äusserere Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Dass diese Ruhe vorläufig nur äusserer Natur, und dass eine wirkliche Befriedigung der Bauern vorerst ein Ding der Unmöglichkeit ist, das wissen alle, die je mit den Volksmassen engere Berührung hatten. Unter der Oberfläche der äusseren Stille glühen noch die lange aufgespeicherten Leidenschaften und suchen fieberhaft den Weg zur Betätigung.

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Über die ökonomischen, sozialen und geistigen Ursachen der russischen Revolution* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 2. Band, pag. 865.

<sup>2)</sup> Näheres darüber findet der Leser in meinem Artikel *Die russische Dorfgemeinde* in den *Dokumenten des Fortschritts*, 1908, pag. 740 ff.

In den Berichten aus dem Lande wird häufig die revolutionäre Stimmung des Bauerntums hervorgehoben. So lesen wir zum Beispiel in der letzten Nummer der *sozialrevolutionären* Zeitschrift *Suamja Truda* eine Korrespondenz aus dem südrussischen Gouvernement Taurien, nach der dort die Bauern »oppositionell« sind:

»Der Zauber der höchsten Gewalt . . . ist bei den Massen völlig verschwunden: kein Redner darf jetzt auftreten, wenn er nicht scharf genug gegen die Person des Zaren spricht. Die stärksten Fluchausdrücke ertönen jedesmal, wenn sein [des Zaren] Name erwähnt wird.«

Und dann wird noch geschildert, wie sich die Bauern »leidenschaftlich« mit Waffen versehen, denn an die *Duma* glauben sie nicht, sie sind vielmehr fest davon überzeugt, dass sie nur durch eigene Kraft im stande sein werden sich Grund und Boden zu verschaffen. Ich denke natürlich nicht im entferntesten daran diesen Beobachtungen den Wert unbestreitbarer und allgemeingültiger Zuverlässigkeit beizulegen. Doch es gibt keinen Rauch ohne Feuer, sagt ein russisches Sprichwort, und ein gewisses *Quantum Feuer* wird wohl auch dem *Rauch* der *sozialrevolutionären* Korrespondenz zu grunde liegen. Dass dem so ist, bekräftigen auch die Wahrnehmungen der liberalen Beobachter des jetzigen Dorflebens. So schreibt ein Mitarbeiter der Struveschen *Russkaja Mysl*:

»Nach übereinstimmenden Bezeugungen hat sich die ländliche Bevölkerung in den letzten 2 bis 3 Jahren vollkommen verändert. Verschwunden ist die frühere Trägheit, das patriarchalische Leben, die frühere Folgsamkeit gegenüber dem behördlichen Willen, oft begegnet man dem offenen Widerstand gegen die Behörde, der Missachtung der Uniform, man unterwirft sich nur der militärischen Macht. Andererseits bemerkt man das klare Verständnis sowie die energische Wahrnehmung eigener Interessen und die Forderung zur Achtung der eigenen Persönlichkeit . . .«

Man sieht, die Jahre der Revolution gingen an den Bauern nicht spurlos vorüber. Die grosse Masse ist erwacht und fordert ihren Anteil an den Gütern dieser Welt. Aus einem Objekt der Steuer- und Polizeibehörde wird allmählich ein Subjekt des Volkswillens, ein bewusster Träger der Volksmacht. Mit dem Erwachen des Bauerntums beginnt die *tatsächliche*, nicht nur gedachte Transformation des alten Regimes. Mit der Umwandlung der Bauernmasse geht auch Hand in Hand die Umwandlung des militärischen Geistes, und mit der Armee ändern sich die Machtverhältnisse im Staate. Die Intensität dieses Prozesses bedingt eine entsprechende Schnelligkeit der Auflösung des Selbstherrschertums. Von ihr hängt auch die praktische Politik der Revolution ab. Denn geht es schnell, so sind die Hoffnungen der *radikalen* sozialistischen Gruppen wie beispielsweise der *Bolschewiki* und der *Sozialrevolutionäre* nicht vollkommen unbegründet und utopisch. Ist aber umgekehrt eine langsame Entwicklung zu erwarten, dann sind all diese Hoffnungen grundlose Träumereien. Wer also nicht im Dunkeln herumtappen will, muss alle Erscheinungen des Bauerntums einer genauen Analyse unterwerfen und aus den gegebenen Tatsachen einen möglichst unbefangenen Schluss zu ziehen suchen. Tut man das, so kann man sich der grossen Tragweite folgender Momente nicht entziehen.

Während der revolutionären Periode erwartete der Bauer seine Rettung so gut wie ausschliesslich von der Vergrösserung seines Bodenanteils. Nicht, weil er absolut wenig Boden besitzt. Wie ich in dem oben erwähnten Artikel über die Ursachen der Revolution gezeigt habe, ist der russische Bauer verhältnis-

mässig reicher an Grund und Boden als sein deutscher oder französischer Klassengenosse. Doch die Unwissenheit des Bauern und die Armut an Kapital liessen keinen Gedanken an die Möglichkeit der agrikulturnellen Hebung der bäuerlichen Landwirtschaft aufkommen. Die Agrarfrage konnte danach nicht auf dem Wege der Intensivierung des Bauernbetriebs sondern nur durch extensive Mittel gelöst werden. Von den extremen *Sozialrevolutionären* bis zu den gemässigten *Kadetten* herab waren damals alle Parteien einig, dass ohne Vermehrung des bäuerlichen Bodenbesitzes eine gesunde Entwicklung auf dem Lande unmöglich sei.

Im grossen und ganzen kann man auch jetzt mit voller Entschiedenheit darauf bestehen, dass eine rationelle Entwicklung nur durch die Bodenerweiterung denkbar ist. Aber der rationellere Weg ist nicht immer auch der mögliche. Dies ist wenigstens für die russische Agrarfrage der Fall. Die russischen Agrarier und ihre politische Vertretung, die Regierung, haben sich viel widerstandsfähiger erwiesen als man es früher gewöhnlich annehmen zu müssen glaubte. Auf alle Angriffe und Attacken der revolutionären und oppositionellen Parteien wegen der Bodenerweiterung antwortete die Regierung mit einem glatten *Nein*, und mit Hilfe ihrer Kosaken und Soldaten gab sie dieser Antwort die nötige Unterstützung.

Wie reagierte nun das Bauerntum auf diese Antwort? Die erwarteten Aufstände blieben aus. Das Bauerntum vermochte nicht mit der gebührenden Kraft seine Forderungen zu erkämpfen. Es schwieg, und das Schweigen in einem entscheidenden Moment des Kampfes symbolisiert immer die Machtlosigkeit, die Niederlage. Für eine Lösung der Agrarfrage auf dem Wege der zwangsweisen Erweiterung des bäuerlichen Bodenbesitzes hat sich das Bauerntum wenigstens vorläufig machtlos erwiesen, und die Niederlage konnte nicht ohne entsprechende Wirkung auf die Psychologie des Bauerntums bleiben. Eine Änderung der nächsten Ziele der Bewegung war unvermeidlich. Natürlich kann von dem Aufgeben der Idee der zwangsweisen Erweiterung des Bodenbesitzes gar keine Rede sein. Die Not ist eben immer noch gross, die Armut und die Unwissenheit ebenfalls. Unter solchen Verhältnissen wird es immer das Nächstliegende sein eine Linderung der vorhandenen Missstände mittels Vermehrung der bäuerlichen Bodenfläche zu suchen. Das ist auch der Fall. Die Bauernabgeordneten der dritten *Duma*, obgleich politisch auf der rechten Seite des Hauses sitzend, haben einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der ungefähr demjenigen entspricht, den die *Kadetten* der beiden ersten Parlamente eingebracht hatten. Sollte im Bauerntum alles beim alten bleiben, so wird die Bodenerweiterung noch lange die führende und revolutionierende Idee der Bauernmasse sein. Das jetzige Verhalten der Regierung zu dieser Idee wird die Bauern ziemlich rasch zu einer neuen Erhebung führen müssen, die natürlich alles übertreffen wird, was wir bis jetzt erlebt haben.

Aber kann denn alles beim alten bleiben? Kann denn die Masse ein und zwei und mehrere Jahre nur in Erwartung der Bodenerweiterung leben? Gewiss nicht. Und wer Augen hat zu sehen, der wird auch schon bemerkt haben, dass das Bauerntum fieberhaft neue Wege zur Verbesserung seiner Lage sucht. In diesem Suchen äussert sich sozusagen die ideologische Krise, die das Bauerntum in den revolutionären, oder genauer: reaktionären, Jahren durchgemacht hat. Der Glaube an die Möglichkeit oder an die greifbare Nähe der

Bodenerweiterung ist ins Schwanken geraten. Falls die Erschütterung dieses Glaubens weitere Kreise umfasst, so ist auch jede Aussicht auf eine revolutionäre Bauernbewegung vorderhand ausgeschlossen. Damit wäre auch fürs erste jede städtische revolutionäre Erhebung unmöglich. Dass das Bauerntum leidenschaftlich andere Wege sucht, zeigt sich zuerst in dem kolossalen Wachstum der Übersiedelungsbewegung nach Sibirien. Wie gross diese Bewegung ist, zeigen folgende Ziffern. Vor dem Kriege, in den Jahren 1901 bis 1903, siedelten alljährlich etwa 70- bis 90 000 Bauern über. Während des Krieges, der die sibirische Bahn in Anspruch nahm, hörte die Bewegung fast ganz auf. Im Jahre der Revolution, 1905, zählte man nur noch 33 000 Auswanderer. Aber schon im nächsten Jahr schnellte die Auswandererziffer bis zu 200 749 empor, und im Jahre 1907 erreichte sie sogar 530 146. In der vierzigjährigen Geschichte der sibirischen Auswanderung wurde noch niemals eine so grosse Zahl Auswanderer verzeichnet. Aber nicht nur die Auswanderungsbewegung sondern noch eine Anzahl anderer Momente weisen darauf hin, dass das Bauerntum seine Erwartungen modifiziert hat. So deutet die energische Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die jetzt überall beobachtet wird, darauf hin. Genossenschaft ist Selbsthilfe zur besseren Ausnutzung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Hätte der Bauer ebenso fest an der Bodenerweiterung gehalten wie es während der Revolution der Fall war, so hätte er niemals mit solcher Energie sich den Genossenschaften zugewandt. Aber der Glaube an die Verwirklichung der Bodenerweiterung ist eben allmählich ins Schwanken geraten, und der Bauer sieht sich gezwungen seiner Not auf andere Weise abzuwenden. Darauf deutet auch weiter das wachsende Interesse für die agrikulturelle Literatur hin. Im Jahre 1906 wurden 40 000 Abonnenten der speziellen landwirtschaftlichen Zeitschriften gezählt. Am Schlusse des Jahres 1907 waren es schon 60 000, also anderthalbmal so viel. Von dem Wachstum des Interesses an der Agrikultur berichten auch häufiger die Zeitungen und die Berichte der *Semstwok*korrespondenten. Aus diesen Berichten ist klar zu sehen, dass der agrikulturelle Fortschritt ziemlich intensiv vor sich geht, und zwar auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Technik. Die Zahl der modernen landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften wächst, die künstliche Düngung verbreitet sich immer mehr, das Fruchtwechselfsystem ist schon keine Seltenheit. All diese und eine Reihe anderer Tatsachen zeigen, wie ich oben angedeutet habe, dass in den Anschauungen und Hoffnungen des Bauerntums eine tiefgehende Krise eingetreten ist. Der Bauer trachtet jetzt nicht so sehr danach seine Lage durch Vermehrung des Bodenbesitzes zu verbessern, da er bestrebt ist sie durch intensivere Bewirtschaftung zu heben. Seine Augen sind jetzt weniger auf den Landbesitz seines nichtbäuerlichen Nachbarn und mehr auf die eigene Parzelle gerichtet. Diese neue Augenrichtung ändert die ganze revolutionäre Situation. Ich will damit nicht sagen, dass die Reaktion vollkommen gesiegt, und dass die Revolution keinen Boden im Bauerntum mehr hat. Die Bestrebungen zur Bodenerweiterung sind nicht so leicht zu überwinden. Es wird noch lange dauern, bis sich das Bauerntum von diesen Bestrebungen absagen wird. Aber immerhin wirken sie jetzt nicht so revolutionär wie es vor drei Jahren der Fall war. Für eine forcierte Politik ist das Bauerntum somit vorläufig nicht zu haben. Dies bedeutet aber, dass für die taktischen und strategischen Pläne solcher Politiker wie der *Bolschewiki* und *Sozialrevolutionäre* der wichtigste Faktor fehlt; der *Bolsche-*

wismus erscheint von diesem Gesichtspunkt aus als eine grundlose Phantasterei, die mit den Realitäten des russischen Lebens nichts gemein hat.

Wir kommen also leider zu dem Schluss, dass die Aussichten der russischen Revolution vorläufig nicht besonders günstig sind. Der Prozess der Veränderung der Kräfteverhältnisse hat begonnen, seine Entwicklung scheint aber nicht besonders rasch vor sich gehen zu wollen. Wer eine schnellere Entwicklung wünscht, der muss seine Handlungsweise nicht einer angeblich demnächst zu erwartenden Erhebung des Bauernstandes anpassen, vielmehr all seine Kraft der wirtschaftlichen und politischen Organisation des Volkes widmen. Nicht Ausnutzung der vorhandenen sondern die intensive Aufspeicherung neuer Kräfte, das ist die *Forderung des Tages* der russischen Revolution. Für ihre Ausführung bedarf es aber vor allem Geduld und Ausdauer und einer unablässigen Kleinarbeit.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

#### Preussische Politik

Die Zuhörer auf der Tribüne und draussen im Volk, die jahraus jahrein nur das ewige Einerlei trostloser Routine gewohnt waren, müsste es wie die Stimmung eines historischen Moments überkommen, als der erste Sozialdemokrat sich im preussischen Landtag zum Wort meldete. Anderthalb Jahrzehnte unermüdlicher Arbeit, immer intensiveren Strebens sollen nun ihre Belohnung finden. Endlich, endlich hat der schmachvolle Zustand sein Ende erreicht, dass aus dem preussischen Parlament die grösste Bevölkerungsklasse und die numerisch stärkste Partei ausgeschlossen ist. Mancher hätte vielleicht stärkere dramatische Akzente beim ersten Auftreten gewünscht. Doch wirkt am Ende gerade die sachliche Nüchternheit, das beinahe unauffällige Sicheinfügen in den einmal gegebenen Rahmen, merkwürdig ergreifend. Nicht die Person des Abgeordneten, die Sache selber trat auf den Schauplatz, und das für das Staatsganze wenig wichtige Pfarrerbesoldungsgesetz diente zur Einläutung einer neuen Epoche der preussischen Volksvertretung. Der Hoffende fügt hinzu: auch der deutschen Geschichte.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist durch die Stichwahl in Berlin XII auf 7 Köpfe angewachsen. Gerade der zuletzt gewählte Genosse Hoffmann bedeutet eine entschiedene Verstärkung,

und nicht nur der Zahl nach. Durch seine Begabung und namentlich durch seine Schlagfertigkeit und Treffsicherheit wird er wohl in erster Linie die sonst so wenig reizvollen Verhandlungen dieses Hauses beleben, und er wird die Regierung und die bürgerlichen Parteien aus ihrer Besitzruhe herauslocken. Die Meinung ist jetzt wohl überhaupt allgemein, dass man mit dem blossen Markieren von Parlamentsdebatten in der bisherigen Art und dem freiwillig kontingentierten Oppositionsspirit nicht mehr auskommen wird. Freiherr von Zedlitz hat bereits vor mehreren Jahren das Hineinlassen einiger sozialdemokratischen Hechte in das Karpfenparlament für wünschenswert erklärt. Es wird sich herausstellen, ob er und seine Freunde ihnen jetzt auch den nötigen Raum geben werden, oder ob die Wortabschneidung, die bereits in der kurzen Sommertagung einmal geübt wurde, für die künftige Handhabung der Geschäfte typisch sein soll. Die demonstrative Unhöflichkeit, mit der die Regierung dem ersten sozialdemokratischen Redner begegnete, die nicht minder demonstrative Feindseligkeit der Mehrheit des Hauses und namentlich des Zentrums — das in bis jetzt nie erhörter Weise einen Grundsatz der Immunität preisgab, nur weil er auf einen Sozialdemokraten angewandt werden sollte — lassen fast darauf schliessen. Nur die Freisinnigen brachten so etwas wie Kollegialität auf: sie lichen unserer Fraktion die nötigen Unterschriften zu ihren Anträgen, um so deren Einbringung

zu ermöglichen. Man braucht diese Art von Kooperation durchaus nicht zu überschätzen: es handelt sich hier einfach um ein Gebot des politischen Anstands für eine liberale, sogar für eine konstitutionelle Partei überhaupt. Aber man braucht auch die, die sich dieser Pflicht nicht entziehen, nicht noch besonders anzugreifen. Es wäre für die Landtagsarbeit selber vielleicht nicht unzweckmässig, wenn die bis zum Überdruß fortgeführte Polemik der mehr oder weniger linken Gruppen unter einander auf ein etwas kleineres Mass reduziert würde und dafür eine gemeinsame Frontstellung gegen die Bureaucratie und deren Helfershelfer zu stande käme. Welchen Fortgang nun auch die Dinge im preussischen Parlament nehmen werden, über das eine kann man beruhigt sein: Der alte Zustand lässt sich nicht wieder herstellen, es wird auf jeden Fall etwas ungemütlicher im hohen Hause werden, nun, da die Regierenden die Augen und die Ohren ihrer Kritiker in ihrer nächsten Nähe wissen.

Auch auf das innere Leben unserer Partei wird diese endlich herbeigeführte Wendung in ihrer preussischen Politik nicht ohne Einfluss bleiben. Man wird nicht mehr wie bisher munter auf die Revisionisten schimpfen und alle Neuerungen mit dem Hinweis auf *die bewährte alte Taktik* ablehnen können, nachdem die Neuerer durch unablässige Pionierarbeit der Partei ein neues Feld erobert haben, sehr gegen den Willen derer, die es jetzt zuerst betreten. Mag der *Vorwärts* einstweilen mit schnödem Undank noch in bekannter parteigenössischer Weise über den Mann herfallen, dessen Anregung vor 15 Jahren er es doch in letzter Linie zu danken hat, dass sein Hauptredakteur der erste preussische Parlamentsredner werden konnte. Solche Liebenswürdigkeiten finden heute nur noch vereinzelt Beifall, und nur noch bei den allerengsten Gesinnungsgenossen. Auch über die Wutanfälle des Berliner und des Leipziger Zentralorgans gegen die *Sozialistischen Monatshefte* selber braucht man sich nicht besonders aufzuregen. Die Würdigung, die sie durch die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse auf dem Hamburger Kongress gefunden haben (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, pag. 958 ff.) lässt uns das an sich gewiss nicht erfreuliche Faktum, dass solche lieben, alten Parteigewohnheiten noch nicht ausgerottet sind, leichter nehmen. Jedenfalls werden die

Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* sich dadurch die Freude an ihrer Tätigkeit nicht rauben lassen, und sie werden nach wie vor bestrebt sein auch neue Wege zu finden, mögen diese auch erst viel, viel später von der Partei beschritten werden.

Nachdem wir nun eine sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag haben, wird es natürlich notwendig sein die preussischen Dinge in der ganzen sozialdemokratischen Öffentlichkeit in ganz anderer Weise zu behandeln als bisher, wo sie trotz mancher Wandlung in der letzten Zeit doch immer noch viel zu sehr eine Nebenrolle spielten. Es trifft sich sehr glücklich, dass gerade der politische Redakteur des *Vorwärts* jetzt aus nächster Nähe den Gang der preussischen Politik wird studieren können. Das Zentralorgan und die ganze Partei werden sicherlich Vorteil davon haben. Das allein genügt natürlich nicht, es muss der ganzen Parteipresse und auch den Parteiinstanzen die Bedeutung der preussischen Politik mehr zum Bewusstsein kommen. Die *Preussenkorrespondenz*, die in den letzten Monaten mit grossem Geschick dieses umfangreiche Gebiet zu beackern begonnen hatte, hat jetzt mit Beginn der toten Sommersaison ihr Erscheinen vorläufig eingestellt. Hoffentlich nur für ganz kurze Zeit. Es wäre sehr zu wünschen, dass sie spätestens mit der Landtagseröffnung wieder ihre Tätigkeit aufnimmt. Ihre bisherigen Erfolge müssen durchaus dazu ermutigen. Sie hat bis jetzt in zusammen 38 Nummern etwa 100 Artikel und längere Notizen gebracht, und sie ist in der Parteipresse etwa 1800mal abgedruckt worden; einzelne Artikel brachten es auf 25 bis 35 Abdrücke. Man wird zugeben, dass diese Zahlen das Bedürfnis nach preussischem Material erweisen. Wenn ein relativ doch kleines und ganz privates Unternehmen ohne die Autorität, die in unserer Partei nun einmal der Offizialität anhaftet, einen solchen Anspruch haben konnte, so ist das allein der Sache zuzuschreiben und bezeugt, welche eine Pflicht hier für die Gesamtpartei vorliegt sich mit voller Wucht auf die Erforschung des ihr in seinen wichtigen Parteen immer noch wenig bekannten Landes Preussen zu werfen. Die blosse dauernde Beschäftigung der Partei mit diesen Dingen wird dann ihre Rückwirkung auch auf die gesamte Bevölkerung haben und sie endlich vielleicht auch aus ihrer Lethargie dem



ganzen System gegenüber bringen. Dadurch allein kann eine wirkliche Wahlrechtsbewegung zu stände kommen, die dann hoffentlich nicht mehr im Sande verläuft sondern immer weiter an-schwillt, bis sie ihr Ziel erreicht hat.

× **Parteitag für Bayern** ×  
 Was die Sozialdemokratie in engeren Grenzen wirken kann, wenn sie auf die Tageserfordernisse eingearbeitet ist, zeigen die Berichte, die dem am 28. und 29. Juni in München abgehaltenen bayrischen Landesparteitag vorgelegt wurden. Ein Bild fruchtbarer Tätigkeit unter geschickter Leitung, der keine Materie zu klein ist. Die bayrische Landtagsfraktion hat, wie der Referent Adolf Müller ausführte, auf allen Gebieten der Landespolitik eifrig mitgeschaffen: jeder Gesetzentwurf, jeder Etat, mit Ausnahme der rein kirchlichen Dinge im Kultusetat, trägt die Spuren ernster Arbeit der Sozialdemokratie.

Eine andere Frage ist, ob diese, durch die Natur der Sache sich selbst beschränkende Betätigung nicht auch zur Freude am Partikularismus verführt. Unsere süddeutschen Parteigenossen zeigen öfter Anwandlungen nach dieser Richtung. Zu verdenken ist ihnen das am Ende nicht, denn die preussischen innerpolitischen Zustände lassen die süddeutschen als eine Erholung empfinden. Doch darf dieser Partikularismus nicht auf deutsche Angelegenheiten schlechthin übertragen werden, und er darf vor allen Dingen nicht die Illusion hervorrufen, als ob von Süddeutschland aus Deutschland zu kurieren sei. Der Beginn der parlamentarischen Tätigkeit in Preussen wird in diesem Punkt vielleicht auch erzieherisch wirken und die Einsicht stärken, dass nicht durch eine Ignorierung Preussens und eine Hätschelung Süddeutschlands der deutschen Sozialdemokratie neue Wege erschlossen werden, sondern dass ihre eigene Politik auch nur in Berlin gemacht werden kann. Auf dem bayrischen Parteitag wurde die Anregung laut ein süddeutsches Parteisekretariat zu schaffen, das alle süddeutschen Sozialdemokratien vereinigt, mit einer deutlichen Spitze gegen das preussische Übergewicht. Diese Tendenz ist begreiflich, der Geist des Schematismus, der im letzten Jahrzehnt Berlin überwuchert hat, erfordert eine kräftige Abwehr. Allein der Nutzen dieses sehr vernünftigen Strebens wird in sein Gegenteil

verkehrt, wenn wirklich in den süddeutschen Parteisektionen, wie jener Antragsteller wünschte, eine »Politik gegen Preussen« getrieben werden soll. Nicht gegen Preussen sondern in Preussen muss Politik getrieben werden: zehnmal überwundene Kleinstaaterei führt nie zur Überwindung des preussischen Geistes. Die bayrische Gruppe, die in ihren eigenen Angelegenheiten genau Bescheid weiss, scheint von der Animosität gegen Preussen sich in der Tat zuweilen den Blick trüben zu lassen; die Behandlung, die rein deutsche Angelegenheiten, namentlich auch in Fragen der auswärtigen Politik, in süddeutschen Parteikreisen und auch in der bayrischen Abgeordnetenversammlung zuweilen finden, zeichnet sich durchaus nicht immer durch geschichtliche Vertiefung und Erfassung des für Gesamtdeutschland Wesentlichen aus: es scheint so etwas wie eine innerbayrische Auffassung der Weltpolitik zu geben, die manchmal bedenklich mit Schlagworten einer vergangenen Epoche operiert und manches Verständnis für die Aufgaben, die einer grossen Nation erwachsen, vermissen lässt. Das Lobpreisen süddeutscher Politik ist auch vielfach zur Modepflicht geworden, der die Zugewanderten aus Preussen weit mehr huldigen als die Einheimischen. Doch fällt das schliesslich alles nicht so ins Gewicht gegenüber der Tatsache, dass speziell die bayrische Landtagsfraktion, die eine Reihe hervorragender Kräfte umfasst, eine überaus nutzbringende Arbeit leistet und auch in ihrer Taktik den Fraktionen grosser Parlamente als Vorbild dienen könnte. Das ging aus den Referaten der Genossen Adolf Müller und Segitz für jeden hervor, den das Dogma von der rein zersetzenden Kritik der Sozialdemokratie nicht verhindert zu sehen, was ist. Man kann natürlich im einzelnen über manchos streiten, man kann zum Beispiel die Eisenbahnfrage auch von einer anderen Seite ansehen als es die bayrische Fraktion tut; aber im wesentlichen und namentlich in der Sozialpolitik, also in der direkten Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, wird man sich über die bayrische Sozialdemokratie freuen können.

Von wichtigen Gegenständen, die auf dem Landesparteitag zur Verhandlung kamen, seien noch genannt: die Änderungen, die das neue Reichsvereinsgesetz für Bayern mit sich bringt (Referent

Timm) und die kommenden Gemeindevahlen (Referent Schmid). Der absichtlich in mässigen Grenzen gehaltene Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion betreffend Änderung des Gemeindevahlrechts und Einführung des Proporz ist bereits hier in der Rubrik *Kommunalpolitik* (in diesem Band, pag. 892 ff.) behandelt worden. Der Bericht des Landesvorstandes, der von E. Auer erstattet wurde, ergibt, dass die Zahl der organisierten Genossen in 23 Monaten von 31 316 auf 47 749 gestiegen ist. Eine günstige Entwicklung hat auch die Presse genommen; die *Münchener Post* hat sich ein eigenes Heim gebaut, das gleiche tut die *Fränkische Tagespost*. Eine sehr gute Einrichtung hat der Landesvorstand im Verein mit der Fraktion und der *Münchener Post* geschaffen: nämlich eine Stelle, die das politische Tagesmaterial zu sammeln und zu sichten hat. Das gleiche und in grösserem Massstab sollte man in Preussen auch tun.

× **Italien: Streik in Parma** Die Partei- und Gewerkschaftsbewegung Italiens

wurde in den letzten Monaten von dem grossen Landarbeiterstreik in der Provinz Parma beherrscht, dessen Ent-  
 teilung, Verlauf und Ausgang einen nachhaltigen Einfluss auf die Denkweise und auf die Methode der Arbeiterklasse ausüben dürften, wenngleich in dieser leicht erregbaren Masse alle noch so ernststen Lehren schnell vergessen zu werden pflegen.

Die landwirtschaftlichen Besitzer, die voriges Jahr noch mit den Arbeiterorganisationen verhandelt hatten, wurden durch eine zunehmende syndikalistische Propaganda erschreckt. Die Syndikalisten hatten auf ihrem Kongress beschlossen in Parma im Frühling einen Generalstreik zu inszenieren, um dadurch für die Befreiung der *politischen Opfer*, das heisst derjenigen Arbeiter, die wegen antimilitaristischer Agitation oder wegen Gewalttätigkeiten gegen Streikbrecher usw. verurteilt worden waren, zu demonstrieren. Die Nichteinhaltung des im vorigen Jahr abgeschlossenen Vertrags seitens einiger Arbeitgeber gab den unmittelbaren Anlass zum Ausbruch des Kampfes ab. Über 20 000 Landarbeiter traten unter der Führung der syndikalistischen Arbeiterkammer von Parma in einen Streik, der von Anfang an einen revolutionären Charakter annahm, wozu die überaus schroffe Haltung der orga-

nisierten Arbeitgeber, die es offenbar auf eine Vernichtung der Arbeiterkoalition überhaupt abgesehen hatten, nicht wenig beitrug. Beunruhigt durch deren gewaltsames Vorgehen erklärten auch die Arbeiterorganisationen der Nachbarprovinzen, ob sie nun syndikalistisch waren wie die von Piacenza oder reformistisch wie die von Reggio-Emilia, ihre Solidarität mit den Streikenden. Das ist eben das Bedenkliche in diesem Land, dass auch die ernststen Gewerkschaften immer wieder zur Unterstützung *wilder Streiks* hingerissen werden, und dass so eine gesunde wirtschaftliche Arbeiterbewegung niemals Zeit zur Entfaltung bekommt. Auch die Parteileitung trägt einen Teil der Schuld an diesem Zustand: die Integralisten fürchten stets nicht revolutionär genug zu erscheinen und lassen sich daher, immer gegen ihren Willen, zu Zugeständnissen an den Syndikalismus verleiten. So wagte der Parteivorstand es nicht in seiner Sitzung, die er nach dem Ausbruch des Streiks abhielt, einer von dem Genossen Bisso-lati eingebrachten Resolution zuzustimmen, die sich für die Eindämmung des Streiks auf den rein ökonomischen Boden aussprach. Immerhin nahm er den zweiten Teil dieser Resolution an, der den Arbeitern und Arbeitgebern vorschlug die Revision des umstrittenen Tarifs einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das einen neuen Tarif mit mehrjähriger Gültigkeit ausarbeiten sollte. Die Arbeiterkammer von Parma lehnte es aber ab diesen Weg zu gehen, sie griff vielmehr zum Mittel des Generalstreiks. Parma hat eine revolutionäre Tradition. In der Zeit des Afrikakrieges hatten sich die Kleinbürger und Handwerker der Stadt zur Verhinderung der Mobilmachung in dem berühmten *Forto Makallè* verschanzt und Barrikaden errichtet, die vom Militär nicht genommen wurden; seither umschwebt dieses Stadtviertel die Aureole der revolutionären Unüberwindlichkeit. Auch jetzt drohte man wieder mit dem *Forto Makallè*. Diese Drohung beantwortete die Behörde mit der Auflösung der Arbeiterkammer. Da die Polizei hierbei tätlichen Widerstand fand, schritt das Militär ein. Die Arbeiterkammer wurde gesperrt, die Führer der Bewegung wurden verhaftet. Der Hauptführer, der Syndikalist und ehemalige Student de Ambris, rettete sich durch eine Flucht in die Schweiz. Nun griffen die Parteileitung und die *Confederazione del Lavoro* ein. Es wur-

den einige Abgeordnete, darunter Bissolati, nach Parma entsandt; sie unterhandelten mit den Behörden und setzten die Wiedereröffnung der Arbeiterkammer durch. Noch während dieser Verhandlungen proklamierten die Syndikalisten den Generalstreik für ganz Italien. Partei- und Gewerkschaftsleitung sprachen sich dagegen aus, so dass es nur an wenigen Orten, so in Bologna und in Livorno, zum Streik kam. In Mailand versuchten die Syndikalisten und Anarchisten die Führer der Arbeiterkammer durch Gewalt zur Anerkennung des Generalstreiks zu zwingen; aber diese blieben fest und folgten der Weisung der *Confederazione*. Nach der Wiedereröffnung der Arbeiterkammer in Parma verlor die ganze Bewegung an Heftigkeit. Der riesige Streik, der Monate gedauert, über 80 000 l. verschlungen und vielen Arbeitern schwere Kerkerstrafen wegen Störung der *Arbeitsfreiheit* eingebracht hat, neigt sich ohne greifbares Ergebnis dem Ende zu. Eine wirkliche Beurteilung der ökonomischen Bedeutung dieses Kampfes ist zurzeit noch nicht möglich. So viel aber scheint jetzt schon festzustehen, dass die enorme Kraftvergeudung der Arbeiterklasse in keinem Verhältnis zur Ursache und zum Ergebnis des Streiks selber stand.

Zweifellos hat die ganze Bewegung dazu beigetragen die organisierten Arbeiter über das Wesen des Syndikalismus weiter aufzuklären. Die syndikalistischen Führer fielen in gewohnter Heftigkeit über die Partei und die Gewerkschaften her, die sie des Verrats und der Auslieferung der Arbeiterschaft an die Unternehmer beschuldigten. Das syndikalistische Streikkomitee war besonders darüber aufgebracht, dass die Partei- und die Gewerkschaftsleitung die Streikgelder selber unter die Streikenden verteilen liessen, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass die Syndikalisten die durch Sammlungen in ganz Italien aufgebrachten Summen zur Unterhaltung ihres Blattes und zur antisozialistischen Agitation verwandten. Die jedes Mass überschreitenden Angriffe und Beschimpfungen der Syndikalisten riefen in Parteikreisen eine grosse Entrüstung hervor. Am 10. Juli fand in Parma eine Konferenz der Vertreter des Parteivorstandes, der *Confederazione del Lavoro*, der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion und des Landarbeiterverbandes statt, die folgende, von Bissolati eingebrachte Resolution einstimmig annahm:

»Nachdem die Konferenz von dem Bericht der Vertreter der Landarbeiter Parmas Kenntnis genommen hat, erklärt sie es für geboten eine Untersuchungskommission zu folgenden Zwecken einzusetzen: 1. um der italienischen Arbeiterklasse ein genaues Bild der wirklichen Lage des Streiks vorlegen zu können; 2. um den Streikenden der Provinz Parma eine genaue Einsicht in die wirkliche Sachlage zu ermöglichen und sie in stand zu setzen über ihre Interessen und ihre Haltung zu entscheiden. Die Konferenz erkennt die tiefe Kluft zwischen der Methode, die von den Führern der Arbeiterkammer angewandt wurde, und der, die von der grossen Mehrheit der politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter Italiens befürwortet wird; sie gibt dem Unterstützungskomitee den Auftrag die direkte Verteilung der Streikgelder unter die Streikenden weiter zu bewirken, mit besonderer Rücksicht auf die Konsumgenossenschaften, die den Streikenden grosse Opfer gebracht haben, und sie erklärt, dass die Pflicht der Solidarität mit den Streikenden keine weitere Solidarität mit der Kampfmethodik einschliessen soll, für die die Konferenz die Verantwortung ablehnt, und die sie aufs tiefste beklagt.« Diese Resolution drückt die entschiedene und öffentliche Verwerfung jeglichen Syndikalismus durch die Partei aus und bereitet die Diskussion dieser Frage auf dem nächsten Parteitag vor. Sie bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Reformismus, der die Revolutionsromantik endgültig verabschiedet und einer mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Schritt haltenden Arbeiterbewegung den Boden bereitet.

× Vereinigte Staaten von Amerika: Parteitag ×

Es ist für uns Deutsche sicherlich recht schwer eine richtige Auffassung von dem Wesen und der Bedeutung des amerikanischen Sozialismus zu gewinnen. Die paar amerikanischen Parteiblätter spiegeln ihn in sonderbaren Dimensionen wieder, und man kann in ihnen, die mit einem vielfach anders gearteten und jedenfalls anders gewöhnten Publikum rechnen, keinen sichern Massstab zur Beurteilung der Grössenverhältnisse finden. Genosse Adolf Hepner, der kürzlich von drüben in die alte Heimat zurückgekehrt ist, hat einige interessante Artikel und Berichte über die amerikanische Partei veröffentlicht, die weitere Beachtung verdienen, weil dem

Schreiber ja die Möglichkeit der Vergleichung gegeben war, seine Angaben daher als zuverlässig gelten können.

Die *S. P.* hielt vom 11. bis zum 16. Mai in Chicago ihren Kongress ab, auf dem sie, wie die beiden grossen Parteien, die Republikaner und die Demokraten, auf den ihrigen, ihre Präsidentschaftskandidaten nominierte. Der Kongress wurde von 218 Delegierten beschickt, worunter sich 18 Frauen befanden. Der Parteisekretär Barnes erstattete den Jahresbericht, der ein Wachstum der Partei seit dem vorigen Kongress /1904/ zeigt. Die Partei verfügt heute über mehr als 40 000 eingeschriebene Mitglieder (1904 zirka 20 000); dabei werden diejenigen, die infolge von Arbeitslosigkeit von den Monatsbeiträgen befreit sind, überhaupt nicht mitgerechnet. Unter den Ausgaben, die die Partei hatte, interessiert namentlich die Summe von 10 800 Doll. für den Feldzug zu gunsten der Bergarbeiterführer Moyer, Haywood und Pettibone, die bekanntlich der Ermordung des Gouverneurs von Idaho bezichtigt, aber — obgleich man in unerhört willkürlicher Weise gegen sie vorging, und von den brutalen Werksherren, die die Arbeiterorganisation zertrümmern wollten, Recht und Gesetz in einer auch für den wilden Westen unerhörten Weise vergewaltigt wurde — glänzend freigesprochen wurden. In dem Bericht des Parteisekretärs wird dieser für die Geschichte der amerikanischen Arbeiterklasse denkwürdige Prozess auch ausführlich gewürdigt, und die *S. P.* kann mit Recht sagen, dass ihre Propaganda zum Sieg des Rechts beigetragen habe: sie ist hier zum erstenmal, wie der Bericht konstatiert, »der politische Ausdruck der ganzen amerikanischen Arbeiterklasse« gewesen. In der Tat hat Eugene V. Debs in dem sozialistischen Wochenblatt *Appeal to Reason* zuerst auf die gewaltige Gefahr aufmerksam gemacht, die von den vereinigten Grubenbesitzern Colorados und Idahos der *Western Federation of Miners* und damit der Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse überhaupt drohte. Die *New Yorker Volkszeitung* folgte und alarmierte die gesamte New Yorker Arbeiterschaft, in deren Kreisen sie sonst durchaus nicht besonders grossen Einfluss hatte.

Die *S. P.* ist bekanntlich ursprünglich eine von Deutschen gegründete Partei, die auch lange einen ausschliesslich deutschen Charakter behalten hat. In den letzten Jahren ist das anders geworden.

Die Partei hat es verstanden auch in den Kreisen der englischsprechenden Amerikaner Eingang zu finden. Heute hat sie bereits zwei englische Tageszeitungen, in New York und in Chicago. Ihre Verhandlungssprache ist auch, abgesehen von einigen rein deutschen Vereinen, die englische. Die *S. P.* hat überhaupt im Gegensatz zu der anderen sozialistischen Partei, oder besser: Sonderorganisation, der De Leonschen *S. L. P.* es verstanden sich mehr und mehr den tatsächlich in den Vereinigten Staaten bestehenden Verhältnissen und auch der Denkweise der Arbeiterschaft anzupassen, ohne doch ihr sozialistisches Ziel preiszugeben. Der unterschiedslose *Radikalismus* der ersten, sektenhaften Periode scheint überwunden, man beschäftigt sich jetzt mit den Problemen in der Gestalt, wie sie in Amerika gelagert sind. Dies zeigt sich namentlich in der Behandlung der Einwanderungsfrage. Auf dem Kongress der Partei wurde hier weitab von jedem internationalen Schema der Standpunkt des Interesses der amerikanischen Arbeiterschaft eingenommen. Die Kommission zur Vorberatung dieser Materie schlug eine Resolution vor, in der es heisst, »dass sich die Arbeiterklasse gegen alle Gefahren, die ihr wirtschaftliches Interesse bedrohen, schützen muss. Die Masseneinführung von Arbeitern, die durchschnittlich auf einem niedrigeren Lebenshaltungsniveau stehen als die des eigenen Landes kann ebenso gut eine grosse Gefahr für die Arbeiter bedeuten wie ein grosser Krieg für die Nation.« Ein besonderes Amendement verlangte noch die unbedingte Ausschliessung der Chinesen. Es wurde aber abgelehnt, nachdem der Referent der Kommission, Spargo, in einer etwas gewundenen Erklärung ausgeführt hatte, dass diese Frage noch nicht genügend geklärt sei; er setzte übrigens hinzu, dass, wenn er zur Überzeugung kommen sollte, dass die Chinesen auf grund ihrer Rasse-eigentümlichkeiten dauernd die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterschaft herabdrücken müssen, auch er für deren absolute Fernhaltung eintreten würde; nur solle man die Sache einstweilen noch in der Schwebe lassen. Damit war ein anderer Delegierter, Hayes aus Ohio, sehr wenig einverstanden, er verlangte vielmehr einen sofortigen Beschluss gegen die Zulassung chinesischer und japanischer Kulis. Dem Wunsch der Kommission entsprechend wurde aber die ganze Angelegenheit bis zum nächsten

Kongress vertagt. Es ist sehr bezeichnend, dass die *New Yorker Volkszeitung*, sonst die Vertreterin der radikalen Tonart, mit dieser Verschiebung ausserordentlich unzufrieden ist. »Zum Glück«, schreibt sie, »wird nunmehr nach der erfolgten Konstitutionsänderung die nächste Nationalkonvention schon in 2 Jahren stattfinden und damit die Gelegenheit geboten sein den Fehler, der jetzt gemacht wurde, schon dann zu verbessern. Ob sich seine unheilvollen Folgen nicht schon bei der Präsidentenwahl zeigen werden, bleibt freilich abzuwarten.« Das Blatt weist mit Nachdruck auf die Ausführungen des kanadischen Genossen Mance hin, der als Gast auf dem Kongress anwesend war: »Entgegen allen theoretischen Erörterungen darüber, was etwa schon geschehen könnte, falls das Chinesenausschlussgesetz aufgehoben werden würde, ob die dann zu Millionen in unser Land strömenden Asiaten organisationsfähig sein würden usw., bringt Genosse Mance Tatsachen, die sich soeben vor seinen Augen vollzogen haben. Es handelte sich da zunächst in der Hauptsache um Japanesen, welchen hierzulande im allgemeinen eine grössere Anpassungsfähigkeit an fremde Verhältnisse zugeschrieben wird als den Chinesen. Aber jene Japanesenflut wirkte so verderblich auf die Lebenshaltung der kanadischen Arbeiter, dass, wenn man nicht Abhilfe dagegen getroffen hätte, es ganz sicherlich zum Blutvergiessen gekommen wäre. Recht vielversprechend lautete auch die Ankündigung, dass die kanadischen Bergwerksgesellschaften bereits beschlossen hätten alle Minen mit Chinesen zu füllen. Hier haben wir also Tatsachen, was immer wieder von neuem betont werden muss, gegenüber theoretischen Annahmen und gedankenlosen Phrasen.« Es ist nun die Frage, wie der nächste internationale sozialistische Kongress sich zu dieser Verweigerung der Heeresfolge in der Einwanderungsfrage durch die Partei, die sie am meisten angeht, stellen wird.

In der Plattform des Kongresses ist besonders bemerkenswert die Betonung der Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung, in deren innere Angelegenheiten die Partei sich nicht einmischen dürfe. Bei der Frage der Einigung mit der *S. L. P.* kam man zu einem ablehnenden Beschluss, dagegen wurden deren Mitglieder aufgefordert sich der *S. P.* anzuschliessen. Zum Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten

wurde, wie in dieser Zeitschrift bereits mitgeteilt, Debs gewählt, der ja schon zweimal kandidiert hat — ursprünglich war der freigesprochene Haywood in Aussicht genommen, er hatte aber abgelehnt —, für die Vizepräsidentschaft Ben Hanford. Die Aufstellung eigener sozialistischer Präsidentschaftskandidaturen hat natürlich vorderhand nur demonstrative Bedeutung. Wie sich die Dinge gestalten werden, wenn die Tendenz innerhalb der Gewerkschaften, die auf Schaffung einer eigenen Arbeiterpartei abzielt, die Oberhand gewinnt, werden vielleicht schon die nächsten Jahre zeigen.

× Kurze Chronik Bei den elsass-lothringischen Gemeindegewahlen, die am 28. Juni stattfanden, unterlag unsere Partei den vereinigten Bürgerlichen. In Strassburg wurde kein Sozialdemokrat gewählt, ebenso in Mülhausen, in deren Gemeinderat die Sozialdemokratie bisher die Mehrheit hatte. × Das Pressebureau, dessen Gründung der Essener Parteitag beschlossen hatte, ist jetzt eröffnet worden; seine Leitung liegt in den Händen des Genossen Eichhorn. Die *Sozialdemokratische Parteikorrespondenz* wird fortan von diesem Bureau herausgegeben, an dem ihre Redakteure mitarbeiten. × Die sozialistischen Verbände Südafrikas hielten zusammen mit den Gewerkschaften Anfang Juni in Johannesburg eine Konferenz ab, die eine Reihe sozialpolitischer Forderungen an die Regierungen richtete; sie verlangte unter anderem auch eine Änderung des Einwanderungsgesetzes dahin, dass alle Kontraktarbeiter ausgeschlossen bleiben. Der sozialistische Charakter der Konferenz wurde durch die Annahme einer Resolution dokumentiert, die sich für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausspricht. × Das *Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen* plädiert in einer Erklärung im *Vorwärts* vom 16. Juli entgegen dem Beschluss des Hamburger Gewerkschaftskongresses für besondere Jugendorganisationen auch in Deutschland.

**Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt**

**Gewerkschafts-** Der 6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, **kongress in** der vom 22. bis zum 27. **Hamburg** Juni in Hamburg tagte, hat eine gute Presse gehabt. Mit wenigen Ausnahmen haben alle Partei- und Gewerkschaftsblätter dieser Tagung ihre Anerkennung

gezollt. Mit Recht, denn in Hamburg ist eine fleissige, nutzbringende Arbeit geleistet worden, und auch rein äusserlich betrachtet bewegten sich die Verhandlungen durchaus im Rahmen des Sachlichen, was sicher nur zum Erfolg des Kongresses beigetragen hat. Da dies Heft einen besonderen Artikel Paul Umbreits über den Gewerkschaftskongress (pag. 905 ff.) enthält, beschränke ich mich auf folgende summarische Darstellung. Die Berichte der *Generalkommission* wurden ohne erhebliche Einwendungen entgegengenommen. Die Debatte hierüber wurde lediglich mit einer von den Textilarbeitern provozierten Auseinandersetzung über ein angebliches Projekt der *Generalkommission*, die Gründung eines Frauengewerkschaftsblattes betreffend, ausgefüllt. Ferner kam es wieder zu einer Kontroverse über die seit dem Berliner Kongress /1896/ schon von einigen Gewerkschaftsführern propagierte Gründung eines Zentralstreikfonds. Ein Ergebnis hatte diese Debatte nicht; es bleibt beim alten. Durch Annahme einer Resolution wurde der vom Düsseldorfer Genossenschaftstag angefachte Streit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften schieflich friedlich beendet.

Der Kongress nahm eine Reihe von Referaten sozialpolitischer und gewerkschaftsorganisatorischer Art entgegen, die man als tüchtige und zum Teil hervorragende Leistungen ansprechen kann. An sozialpolitischen Referaten sind zu nennen Robert Schmidts Bericht des Zentralarbeitersekretariats, Fr. Lesches Referat über die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeitersekretäre vor den Gerichten, Paul Langes über die staatliche Versicherung der Privatangestellten und H. Molkenbuhrs über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Gewerkschaftsorganisatorische Fragen behandelten die Referate H. Poetzsch' über die gewerkschaftsmässige Stellenvermittlung, O. Allmanns über den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel, vor allem aber Helene Grünbergs über die Agitation unter den Dienstboten und das Robert Schmidts über die Organisation zur Erziehung der Jugend, zwei Fragen, die den Kongress zum erstenmal beschäftigten, und die von den Referenten in recht glücklicher Weise behandelt wurden. Einige Parteiblätter hatten ja den Versuch gemacht gerade die Behandlung der Frage der Jugendorganisation zum Anlass eines

niedlichen Angriffs auf die Gewerkschafts- und Parteiführer zu machen. Der Kongress zeigte für diese Angriffe kein Verständnis, er bereitete jenen Parteiblättern eine höfliche, aber um so entschiedener Abfuhr.

Zu lebhafteren Auseinandersetzungen kam es bei Beratung der Grenzstreitigkeiten und bei dem Punkt *Maifeier*, doch stachen diese Verhandlungen durch ihre Sachlichkeit sehr vorteilhaft von der Kölner Maifeierdebatte /1905/ ab. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* getroffene Vereinbarung über die Unterstützung der Maifeiergemassregelten. Diese Vereinbarung wurde schliesslich mit allen gegen nur 22 Stimmen gutgeheissen. Der *Generalkommission* wurde nur der Wunsch mit auf den Weg gegeben eine andere Regelung der Unterstützungsfrage mit dem Parteivorstand zu versuchen. Das eine konnte der aufmerksame Kongressteilnehmer aus den Verhandlungen herausfühlen, dass diejenigen Genossen- und Gewerkschaftskreise, die im Interesse einer würdigeren und wirksameren Maifeier auf die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai hinwirken, seit Köln sehr erheblich an Anhang gewonnen haben, und dass selbst die früher enragiertesten Anhänger der Arbeitsruhe jetzt schon zu Zweiflern an ihrer Sache geworden sind. Die Maifeierkämpfe der letzten Jahre sind nicht ohne Einfluss auf das Denken und Fühlen der Gewerkschaftskreise geblieben.

Besonders registriert sei noch, dass auf dem Gewerkschaftskongress auch die Angriffe, die von parteigenössischer Seite gegen die *Sozialistischen Monatshefte* gerichtet worden sind, zur Sprache kamen. Bei der Behandlung der Frage des Boykotts ging Leipart auf die sinnlosen Beschimpfungen ein, mit denen das Zentralorgan der Partei neulich die *Sozialistischen Monatshefte* bedacht hat. Die grosse und erneute Heiterkeit, die die Zitierung der einzelnen Redewendungen des *Vorwärts* im Kongress hervorrief, drückte dessen Meinung über solche Anfälle aus. Namentlich musste die psychologische Wahrnehmung des *Vorwärts*, dass die Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* »am bürgerlichen Heimweh krankens, auf dem Kongress der Gewerkschaften, deren namhafteste Führer sich unter eben diesen Mitarbeitern befinden, eine heitere Stimmung auslösen, die sich in entsprechen-

den Zwischenrufen — die auch vom Bericht des *Vorwärts* vermerkt werden — kundgab. Auch Robert Schmidt kam am folgenden Verhandlungstag bei der Beratung der Jugendorganisationsfrage auf diese Methode des *Vorwärts* und der *Leipziger Volkszeitung* zurück, über die er, ihrer Bedeutung entsprechend, in humoristischer Weise sich äusserte. Die allseitige Zustimmung, die Leipart und Schmidt fanden, und die Tatsache, dass auf dem Hamburger Arbeiterparlament auch nicht eine einzige Stimme laut wurde, die jene Angriffe rechtfertigte, stellt den *Sozialistischen Monatsheften* das Zeugnis aus, dass sie sich auf dem richtigen Wege befinden, und dass sie sich durch Schmähungen Missvergnügter von der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht abhalten zu lassen brauchen.

× **Gewerkschaftskartelle** ×

Wie in früheren Jahren, so hat auch in diesem Jahre die *Generalkommission* eine Übersicht über die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1907 veröffentlicht. Diese Übersicht ist teilweise lückenhaft, da von 587 Ende des Jahres 1907 der *Generalkommission* bekannten Kartellen nur 558 berichtet haben; doch handelt es sich bei den an der Statistik nicht beteiligten Kartellen in der Hauptsache nur um kleinere örtliche Gewerkschaftszentralen, so dass diese Statistik im ganzen doch ein zutreffendes Bild der örtlichen Zusammenfassung der deutschen Gewerkschaften gibt. In den 558 berichtenden Kartellen waren 7777 gewerkschaftliche Organisationen mit 1 596 409 Mitgliedern vereinigt. Gegen das Vorjahr ist eine Zunahme der Mitgliederzahl um 95 527 zu verzeichnen, die hauptsächlich den Kartellen in den mittleren Städten zu gute kam, während in einigen Grossstädten teilweise erhebliche Rückgänge der Mitgliederziffern eintraten. Von den Zweigvereinen der Zentralorganisationen, die alle den Kartellen angeschlossen sein sollten, stehen in 219 Orten 396 den Kartellen fern.

Eine ganze Reihe von Kartellen hat sehr bemerkenswerte Einrichtungen getroffen, die nicht nur den angeschlossenen Gewerkschaften sondern grossenteils auch der Allgemeinheit zu gute kommen. So unterhalten 33 Kartelle Gewerkschaftshäuser, 94 Versammlungslokale, 48 Zentralherbergen, 285 Herbergen standen ausserdem unter Kontrolle von Kartellen. 374 Kartelle unterhielten Bibliotheken, 56 besondere Lesezimmer. Zen-

tralarbeitsnachweise wurden von 8 Kartellen unterhalten, mit der Referentenvermittlung beschäftigten sich 47 Kartelle; 141 unterhielten eine Beschwerdekommision für Gewerbeinspektionsachen, 218 eine Bauarbeiterschuttkommission, 78 eine Kommission für die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Es wurden im Jahre 1907 insgesamt von den Gewerkschaftskartellen 2168 allgemeine und 1684 berufliche Versammlungen abgehalten. Finanziell sind die Kartelle an 84 Sekretariaten beteiligt, 38 werden ausschliesslich von ihnen unterhalten; von 132 Kartellen werden Auskunftsstellen unterhalten. Welch grosse Summe von Kulturarbeit wird nicht auch von den örtlichen Gewerkschaftszentralen geleistet!

Von 129 Kartellen wurden statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit am Orte usw. veranstaltet. In 81 Gewerkschaftskartellen werden zur Erledigung der Geschäfte insgesamt 132 besoldete Beamte beschäftigt.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle beliefen sich im Berichtsjahre auf 887 087 M., die Einnahmen aus laufenden Beiträgen auf 550 206 M., Sammlungen für Streiks usw. ergaben insgesamt 102 440 M., die ausserordentlichen Einnahmen 234 441 M. Die gesamten Ausgaben betragen 798 310 M., und zwar wurden verausgabt für Agitation 65 081 M., Arbeitervertreterwahlen 29 082 M., Statistiken 5441 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 12 615 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 72 652 M., Arbeiterssekretariate und Auskunftsstellen, Bibliotheken und Lesehallen 213 069 M., Streikunterstützung 115 229 M., Verwaltung usw. 134 428 M., sonstige Ausgaben 150 713 M.

In 161 Orten mit Kartellen der freien Gewerkschaften bestanden Hirsch-Dunckersche Ortskartelle, die christlichen Gewerkschaften verfügten Ende des Jahres 1907 über 184 Kartelle.

× **Österreich** ×

Die österreichische *Gewerkschaftskommission* veröffentlichte in der *Gewerkschaft* eine Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1907, aus der hier einiges wiedergegeben zu werden verdient. Auch in Österreich machte sich im letzten Jahre schon die Wirtschaftskrise bemerkbar, was nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der Gewerk-

schaften blieb. Immerhin erhöhte sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften um 52 824 (im Jahre 1906 125 171), so dass die Gesamtmitgliederzahl Ende des Jahres 1907 501 094 (448 270) betrug. Nach wie vor bestehen 49 Zentralvereine, doch ist die Zahl der Landes- oder Lokalvereine von 89 auf 77 gesunken, während die Ortsgruppen von 4062 auf 5030 stiegen. Zugenommen haben die Steinarbeiter um 72,38 %, die Handlungsgehilfen um 66,07 %, die Handschuhmacher um 46,14 %, die Zimmerer um 43,68 %, die Glasarbeiter um 33,90 %, die Kürschner um 33,48 %, die Dachdecker um 33,02 %, die Zuckerbäcker um 29,22 %, die Goldarbeiter um 27,92 %, die Drechsler um 27,91 %, die Tonarbeiter um 25,16 %, die Schirmarbeiter um 25,02 %, die Tabakarbeiter um 21,19 %; eine Reihe weiterer Gewerkschaften hat Mitgliederzunahmen von unter 20 % zu verzeichnen, dagegen haben 13 Organisationen einen Mitgliederabgang von insgesamt 3650 zu erleiden gehabt. Nicht weniger als 35,52 % der Gewerkschaftsmitglieder entfallen auf Böhmen, 25,07 % auf Wien, dagegen sind die Gesamtzahl der Arbeiterschaft berücksichtigt, die stärksten Positionen der Gewerkschaften in Wien mit 39,04 %, Salzburg mit 32,69 %, Niederösterreich mit 26,85 %, Steiermark mit 24,17 %, Schlesien mit 23,60 %, Istrien mit 21,94 % und Böhmen mit 20,43 % gewerkschaftlich Organisierter. Im Durchschnitt von ganz Österreich kommen auf 100 Beschäftigte 22 organisierte Arbeiter. Am besten sind auch hier die Lithographen und Buchdrucker organisiert, und zwar mit 96 respektive 93,50 % der Beschäftigten; in weitem Abstand folgen die Buchbinder mit 60, die Porzellanarbeiter mit 54,72, die Eisenbahner mit 49,69, die Papierarbeiter mit 35,76, die Maler mit 33,77, die Brauer mit 33,02, die Lederarbeiter mit 32,53, die Bauarbeiter mit 31,83 % usw. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften beliefen sich auf 8 120 763 (6 982 374) K., ausserdem wurden in dem Streikfonds der Gewerkschaften 3 283 716 K. eingenommen. Aus diesem Fonds wurden verausgabt 1 825 587 (1 918 900) K., während die ordentlichen Ausgaben der Gewerkschaften sich auf 7 147 730 (5 609 810) K. belaufen, hiervon 1 628 808 K. für Reiseunterstützung, 1 147 534 K. für Arbeitslosen-, 779 434 K. für Kranken-, 192 304 K. für Invaliden-, 151 033 K. für Sterbefall-, 408 225 K.

für Notfallunterstützung, 143 129 K. für Rechtsschutz, 1 016 227 K. für die Fachorgane, 256 551 K. für Bildungszwecke, 766 843 K. für Agitation, 616 395 für sachliche, 586 697 K. für persönliche Verwaltungskosten, 920 545 K. für sonstige Ausgaben. Der Vermögensstand hat sich im Jahre 1907 von 7 318 906 K. auf 8 806 038 K. erhöht. So haben auch die österreichischen Gewerkschaften das Jahr 1907 innerlich gefestigt beschlossen.

×  
Ungarn

× Auch die ungarländischen Gewerkschaften haben sich im letzten Jahr recht günstig entwickelt, trotz der auch in diesem Jahre in alter Stärke gegen sie ausgeübten behördlichen Unterdrückung. Allerdings hat sich die Mitgliederzahl nur wenig vermehrt, und zwar von 129 332 auf 130 120; die Gewerkschaftsleitung führt das auf die behördlichen Verfolgungen zurück, durch die viele Arbeiter ausser Landes getrieben und ein Mangel an Arbeitern überhaupt wie an gewerkschaftsorganisationsfähigen Arbeiterschichten künstlich erzeugt worden sei. Bedeutsam ist aber, dass die ungarländischen Gewerkschaften — diese Verhältnisse und die enorme Zunahme an Mitgliedern in den letzten Jahren berücksichtigt — ihre Mitgliederzahl erhalten und sogar noch vermehren konnten. Günstiger noch gestaltete sich die Finanzgebarung der Gewerkschaften. Sie erzielten eine Gesamteinnahme von 1 944 233 (1 680 059) K., und eine Gesamtausgabe von 1 819 480 (1 330 208) K., hiervon 259 635 für Arbeitslosen-, 56 070 für Reise-, 29 610 für ausserordentliche, 103 465 für Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung, 29 283 für Rechtsschutz, 310 143 für Unterricht und Fachblätter, 332 418 für Administration und andere Ausgaben. Bemerkenswert ist die steigende Ausgabe für Unterstützungen sowie die Steigerung der Kassenbestände von 1 246 643 auf 1 794 658 K., was ebenfalls von der inneren Erstarbung der ungarländischen Gewerkschaften Zeugnis ablegt.

Es wurden 488 (652) Streiks und 133 (70) Aussperrungen durchgeführt respektive abgewehrt, an denen 44 276 (60 780) Personen beteiligt waren. Ferner wurden in 176 Fällen friedliche Lohnbewegungen durchgeführt, an denen 36 801 Arbeiter beteiligt waren. 75 282 Arbeiter erreichten eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 75,45 K. pro Jahr, 19 287



Arbeiter eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 43 Minuten pro Tag. Über die Ausgaben für Streiks werden nirgends Angaben gemacht, was wohl auf die den Gewerkschaften ungünstigen Rechtsverhältnisse in Ungarn zurückzuführen ist.

× **Kurze Chronik** Zur Durchführung der im Frühjahr im Baugewerbe abgeschlossenen

Tarife hatte sich nochmals eine Konferenz notwendig gemacht, die vom 30. Juni bis zum 2. Juli in Berlin stattfand und wieder unter Vorsitz der 3 Unparteiischen Magistratsrat von Schulz, Dr. Wiedfeldt und Dr. Prenner tagte. In nicht weniger denn 40 Lohngebieten, die sich auf über 100 Orte erstreckten, waren wegen Durchführung der Tarife Differenzen entstanden. Fast sämtliche Streitigkeiten wurden durch Schiedssprüche der Unparteiischen entschieden, deren nicht weniger als 46 gefällt wurden. × Auch für das Malergewerbe machte sich eine gleiche Konferenz zwischen den beteiligten Arbeiter- und Unternehmerorganisationen notwendig, die am 2. Juli ebenfalls unter Vorsitz der oben genannten 3 Unparteiischen in Berlin stattfand. Auch hier wurden die Zweifelsfragen durch Schiedssprüche erledigt. × Der Bildhauerverband hat im Jahre 1907 6 Verträge neu abgeschlossen und 2 revidiert. Er war am Jahreschluss an 30 Verträgen beteiligt, an denen 1539 Organisationsangehörige interessiert waren. × Der Maurerverband nimmt in der Zeit vom 27. Juli bis zum 1. August auf den Arbeitsplätzen des ganzen Organisationsgebiets eine Statistik über die Löhne und die Arbeitszeit auf.

## WISSENSCHAFT

### Psychologie / Otto Lipmann

**Pädagogik** Die Pädagogik verfolgt 2 Ziele: das Kind zu einem sittlichen Menschen zu machen und ihm eine gewisse Menge an Wissensstoff auf seinen Lebensweg mitzugeben. Welche sittlichen Ideale dem Kinde einzupflanzen sind, darüber hat die Ethik zu entscheiden; über die Menge und die Art des zu lehrenden Wissensmaterials streiten sich die Geistes- und Naturwissenschaften, zurzeit über die Frage der höheren Schulbildung, insbesondere die klassische Philologie einer-, Mathematik und Natur-

wissenschaften andererseits. Das Wie aber sowohl der sittlichen Erziehung als auch des eigentlichen Unterrichts gehört im wesentlichen in das Gebiet der Psychologie.

Insofern nun auch Ethik und Psychologie wiederum allgemein philosophisch begründet werden können, ist auch die gesamte Philosophie oder Weltanschauungslehre als Grundlage der Pädagogik zu betrachten. So etwa ist, wie Ernst Lind e im Vorwort angibt, sein Werk *Natur und Geist als Grundschema der Welterklärung* /Leipzig, Brandstetter/ entstanden zu denken. Ohne mit den Ausführungen dieses Buches im einzelnen rechten zu wollen, ohne insbesondere auch jenes Grundschema hier anzugreifen, muss ich doch betonen, dass mir bei der Lektüre dieses Buches der Nutzen einer »pädagogischen Philosophie«, soweit sie mehr als Ethik und Psychologie sein will, nicht eingeleuchtet hat. An allzuvielen Stellen fragt man sich vergeblich, weshalb denn dies oder jenes noch zum »Unterbau einer Pädagogik« gehören soll. Die Beziehung der Pädagogik zur Philosophie bleibt eine indirekte: direkt hat sie es mit Ethik und Psychologie zu tun, von denen freilich speziell die erstere irgendwie philosophisch begründet sein soll.

Es ist nicht meine Aufgabe auf die Beziehung der Ethik zur Pädagogik hier näher einzugehen, nur kurz will ich auf ein Buch hinweisen, das über Ziele und Technik der sittlichen Erziehung Treffliches enthält, Fr. W. Foersters *Jugendlehre* /Berlin, Reimer/.

Etwas ausführlicher sei noch auf die Beziehungen der Psychologie zur Pädagogik hingewiesen. Die Kindespsychologie lehrt den Pädagogen zunächst das Material kennen, mit dem er zu arbeiten, auf das er einzuwirken hat. Sie zeigt ihm, was für Interessen das Kind in einem bestimmten Lebensalter hat, welche Klassen von Begriffen es zu konzipieren im stande ist usw. Eine zweite Aufgabe, insbesondere der experimentellen Psychologie, ist es sodann zu zeigen, welche Anforderungen der Pädagoge an das Kind hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit stellen kann, unter welchen Bedingungen das Gedächtnis am besten funktioniert und dergleichen. Endlich untersucht die (im wesentlichen experimentalpsychologisch fundierte) Didaktik die einzelnen Unterrichtsmethoden der verschiedenen Fächer auf ihren Wert und ihre Brauchbarkeit. All diese Be-

ziehungen der Psychologie zur Pädagogik sucht ein im vorigen Jahre erschienenen Buch E. Meumanns *Vorlesungen zur Einführung in die experimentelle Pädagogik und ihre psychologischen Grundlagen* /Leipzig, Engelmann/ zusammenzufassen, und, wie ich hier gleich betonen möchte, in einer zurzeit unerreichten Güte, allerdings unter einer oft nicht genügend kritischen Benutzung der vorliegenden Literatur. Das Buch umfasst, wie schon der Titel sagt, nicht die gesamte Pädagogik, sondern es soll nur eine Einführung in die empirisch-pädagogische Forschung sein, und diese lehnt sich naturgemäss durchaus an die experimentallpsychologische Methodik an. Die experimentelle Pädagogik setzt sich das Ziel den einzelnen Erzieher zu befähigen sich jederzeit über die Begründung seiner pädagogischen Massnahmen klar zu sein. Es sind 3 Gebiete, die erst wissenschaftlich erforscht werden müssen, bevor man an die Ableitung von Erziehungsnormen denken kann: das Kind, die Tätigkeit des Lehrers und ihre Wirkungen auf das Schulkind, die Angemessenheit der Unterrichtsmittel, der Schulorganisation usw. Aber auch die Probleme der beiden letzten Kategorien sucht die experimentelle Pädagogik vom Kinde aus zu entscheiden. Es sind also nach Meumann die folgenden 7 Problemgruppen, die die experimentelle Pädagogik behandelt: 1. die Erforschung der geistigen und körperlichen Entwicklung des Kindes während der Schulzeit, 2. die Erforschung der Entwicklung besonderer geistiger Fähigkeiten der Kinder, 3. das Studium der kindlichen Individualitäten, 4. die Untersuchung der individuellen Begabungsunterschiede der Kinder, 5. die Untersuchung des Verhaltens des Kindes bei seiner Schularbeit, 6. die Untersuchung der Arbeit des Kindes in den einzelnen Schulfächern, 7. die Untersuchung der Tätigkeit des Lehrers. Von dem ausserordentlich reichhaltigen Inhalt des Meumannschen Buches kann hier natürlich nur einiges Wenige kurz wiedergegeben werden; ich greife einige Punkte heraus, die mir besonders interessant und wichtig erscheinen: Durch anthropometrische Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass die soziale Stellung der Eltern, das heisst ihre Wohlhabenheit, ihr Stand, ihre Möglichkeit die Kinder zu ernähren und zu pflegen, von grösstem Einfluss auf die körperliche und damit auch auf die intellektuelle

Entwicklung des Kindes sei. Die gegebenen Lernstoffe müssen im Schulunterricht mehr als bisher zu formaler Übung des Gedächtnisses ausgenützt werden. Es ist höchst unzweckmässig, dass der Volksschulunterricht vor Vollendung des für die geistige Entwicklung ganz besonders wichtigen 15. Lebensjahres abbricht. Die Möglichkeit und auch der Wert eines ethischen oder Moralunterrichts werden in Deutschland — im Gegensatz zu Amerika, England und Frankreich — noch zu wenig beachtet. Der Religionsunterricht ist viel zu sehr mit reinem Gedächtnisstoff überlastet, als dass er diese Aufgabe erfüllen könnte. Die Idealgestalten des Kindes sind ausserordentlich viel öfter der Geschichte entnommen als biblischen Erzählungen. Meumann verspricht sich grossen Erfolg von formaler Übung des Gedächtnisses und der Aufmerksamkeit. Dabei wären die einzelnen Schüler insofern individuell zu behandeln als man danach trachten müsste *typische* Mängel, das heisst solche, die durch den Gedächtnis- und Aufmerksamkeitsstypus, dem der betreffende Schüler angehört, bedingt sind, durch besondere Übungsmassnahmen zu beseitigen. Die experimentelle Pädagogik ist auf dem Wege es zu ermöglichen, dass kein Kind, das überhaupt noch zu den normal Begabten und nicht zu den Geistesschwachen gehört, hinter den Schulzielen zurückbleibt und durch die Schularbeit auch nur vorübergehend überanstrengt oder geschädigt wird. Das Ziel ist also nicht durch *Drill* sondern durch Eingehen auf die jeweilige individuelle Eigenart und Begabung, deren Kenntnis eben die experimentelle Pädagogik erstrebt, zu erreichen.

Die letzten 6 Vorlesungen sind der *experimentellen Didaktik* gewidmet. Ihre Probleme sind die Methodik des Unterrichtens und der Lehrpläne. Es werden also, im Anschluss an eine historische Darstellung der seither über das betreffende Unterrichtsfach geäusserten Meinungen und der versuchten Methoden, Experimente und deren Resultate dargestellt bezüglich des Anschauungsunterrichts, des Lesens, Schreibens, Rechnens, Zeichnens. Die letzte Vorlesung gewährt Ausblicke auf die Möglichkeit einer experimentellen Begründung des Unterrichts in Sprachen und Realien.

X

X

**Kurze Chronik** An der *Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften* in Frankfurt a. M.

habilitierte sich Dr. med. et phil. Otto Schultze, Assistent am Seminar für Pädagogik und Philosophie und am psychologischen Institut. × Vom 25. bis zum 29. September wird in London der 1. internationale Kongress für Moralpädagogik tagen. Dem Programm zufolge sollen folgende Themata behandelt werden: 1. Biologische Faktoren in der sittlichen Erziehung. 2. Erziehungsmethoden. 3. Mittelbarer und unmittelbarer Moralunterricht. 4. Einfluss der Schulorganisation auf die Charakterbildung. 5. Grenzfragen. 6. Allgemeine Übersicht. 7. Berichte über den Stand der sittlichen Erziehung in verschiedenen Ländern. 8. Musterlektionen in moralischer Unterweisung in verschiedenen Sprachen.

×

**Literatur** Das weitaus beste Werk über Kindersprache, wohl überhaupt eines der gründlichsten und wertvollsten der ganzen kindespsychologischen Literatur ist *Die Kindersprache* von Clara und William Stern /Leipzig, Barth/. Es werden da in erster Linie die eigenen Beobachtungen der Verfasser an ihren Kindern, dann aber auch die ganze vorliegende Literatur aufs eingehendste berücksichtigt. × Eine sehr hübsche, systematisch geordnete Zusammenstellung von kindespsychologischen Beobachtungen und Bemerkungen aus der Literatur, insbesondere der belletristischen, aus Autobiographien usw. geben S. Bäumer und L. Droeßcher *Von der Kindesseele, Beiträge zur Kindespsychologie aus Dichtung und Biographie* /Leipzig, Voigtländer/. × Von neueren Schriften zur Kindespsychologie erwähne ich ferner die deutsche Übersetzung von Fr. Queyrats *Denken beim Kinde und seine Pflege* /Leipzig, Wunderlich/.

### **Rechtswissenschaft / Otto Lang**

**Zivilprozessreform** Im Mittelpunkt der fachwissenschaftlichen Diskussion steht zurzeit neben der Strafrechtsreform die Revision des Zivilprozesses. Eine kritische Würdigung des der Öffentlichkeit unterbreiteten Entwurfs ist im Rahmen dieser Rundschau nicht möglich; deshalb kann es sich hier nur um die Hervorhebung

der wichtigeren Abänderungsvorschläge handeln. Die Hauptneuerung ist die Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit der Amtsgerichte, die sich jetzt nur mit Streitobjekten bis zu 300 M. befassen, auf Streitwerte bis zu 800 M. Während also nach geltendem Recht Prozesse mit einem 300 M. übersteigenden Streitwert vor das aus einem Kollegium von 3 Richtern bestehende Landgericht gehören, hätte künftig der Amtsrichter als Einzelrichter über Ansprüche bis zu 800 M. zu entscheiden. Die Berufung soll bei Streitwerten von weniger als 50 M. ausgeschlossen werden. Auf eine Beschleunigung und Verbilligung will der Entwurf dadurch hinwirken, dass er den Anwaltszwang vor den Amtsgerichten beseitigt, so dass jede Partei ihre Sache selbst vor Gericht führen kann. Dafür wird dem Richter die Pflicht auferlegt das Sach- und Streitverhältnis mit den Parteien zu erörtern: ferner wird ihm das Recht eingeräumt schon vor der mündlichen Verhandlung die zur Aufklärung des Sachverhalts nötigen Anordnungen zu treffen, so dass schon in der ersten Verhandlung die Beweisaufnahme vor sich gehen und der Prozess in einem Termin erledigt werden kann. Im Zusammenhang mit der Beseitigung des Anwaltszwanges steht der Ersatz des sogenannten *Parteienbetriebes* durch den *Amtsbetrieb*: die Zustellung der Vorladungen soll nicht mehr durch die Parteien oder deren Anwälte sondern durch das Gericht erfolgen.

Die Tragweite dieser Vorschläge ist nicht gering. Sie lässt sich an folgenden Zahlen ersehen: Im Jahre 1905 haben die Amtsgerichte — abgesehen von den sogenannten *Mahnsachen* — 2117612 Prozesse erledigt, die Landgerichte deren 313787. Wird die sachliche Kompetenz der ersteren auf Streitwerte bis 800 M. ausgedehnt, so wird etwa die Hälfte der jetzt vor den Landgerichten erledigten Prozesse den Amtsgerichten zugeteilt. Die geplanten Neuerungen haben Bedeutung nicht nur für die Prozessparteien sondern auch für die Rechtsanwälte, die sich namentlich durch die Beseitigung des Anwaltszwanges in ihrer beruflichen Stellung bedroht fühlen, zumal die Überfüllung in diesem Berufszweig ohnehin immer fühlbarer wird. Diese Interessenkollision hat jetzt schon gezeigt, dass sie die unbefangene Würdigung des Entwurfs, der eine Reihe von Fortschritten anbahnt, gefährdet.

×

×

**Vereinsgesetz** Das Reichsvereinsgesetz ist am 15. Mai in Kraft getreten. Dadurch ist im wesentlichen folgender Zustand geschaffen worden: Das Recht Vereine zu bilden und sich zu versammeln steht allen Reichsangehörigen zu, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, also Männern wie Frauen. Politische Vereine sind gehalten das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder sowie ihre Statuten der zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind Vereinigungen, die sich nur zum Zweck der Vorbereitung von öffentlichen Wahlen bilden, und zwar vom Tage der Festsetzung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahl. Öffentliche politische Versammlungen müssen 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde angezeigt werden. Von der Anzeigepflicht sind ausgenommen: Versammlungen, die öffentlich bekannt gemacht werden, Wählerversammlungen, Versammlungen von Unternehmern oder von gewerblichen Arbeitern, in denen über Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die Mittel auf diese einzuwirken (Streik und Sperrre usw.) verhandelt wird. Öffentliche Versammlungen bedürfen der polizeilichen Genehmigung, die nur verweigert werden soll, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Für alle öffentlichen Versammlungen, auch die unpolitischen, ist die deutsche Sprache vorgeschrieben. Ausgenommen davon sind internationale Kongresse und, für die Dauer der Wahlzeit, die Wählerversammlungen. Ausserdem ist in den Landesteilen, in denen mehr als 60% der alteingesessenen Bevölkerung (zugewanderte Arbeiter also nicht mitgerechnet), eine nicht deutsche Sprache spricht, der »Mitgebrauch« dieser fremden Sprache zulässig. Diese Vergünstigung erstreckt sich aber nur auf die nächsten 20 Jahre. Eine kritische Besprechung hat das Vereinsgesetz hier bereits gefunden (vergl. Wolfgang Heine *Die Bedeutung des Reichsvereinsgesetzes in den Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 533 ff.). Das Urteil kann natürlich verschieden lauten, je nach dem Massstab, den man anlegt. Im Vergleich mit den durch das Reichsgesetz ausser Kraft gesetzten Partikularrechten bringt es in der einen und anderen Richtung einen kleinen Fortschritt. Tritt man aber ohne andere Voraussetzungen als diejenigen, die sich aus einer vernünftigen Beurteilung des Verhältnisses zwischen Staat, Bürger

und politischer Partei ergeben, an das Gesetz heran, so macht es mit seiner Bevormundung, seiner überheblichen Reglementiererei, mit seinem engherzigen Misstrauen einen kleinlichen und peinlichen Eindruck.

× **Handlungsgehilfenrecht** In Österreich gilt bis zur Stunde noch das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch vom Jahre 1862, das in Deutschland am 1. Januar 1900 durch das in sozialpolitischer Hinsicht eine Reihe von Verbesserungen enthaltende neue H. G. B. ersetzt wurde. Die österreichische Regierung hat nun einen Gesetzesentwurf vorgelegt, durch den der Dienstvertrag der Handlungsgehilfen eine zeitgemässere Regelung erhalten soll. In einigen Punkten geht der Entwurf über das in Deutschland geltende Recht hinaus. Dahin gehören namentlich folgende Bestimmungen: Im Fall unberechtigter Entlassung räumt der Entwurf dem Gehilfen nicht nur einen Schadenersatzanspruch ein sondern den Anspruch auf Fortbezug des Gehaltes bis zum Zeitpunkt, in dem bei Beobachtung der Kündigungsfrist das Anstellungsverhältnis sein Ende gefunden hätte. Wenn der Handlungsgehilfe durch Militärdienst während höchstens 8 Wochen an der Leistung seiner Dienste abgehalten wird, soll er das Gehalt für 4 Wochen beanspruchen dürfen. In sehr verständlichem Sinn ist die Frage der Konkurrenzklausele gelöst: Der österreichische Entwurf will ihr nur Gültigkeit für 1 Jahr einräumen (gegenüber 3 Jahren im deutschen Recht) und sie zudem nur schützen, wenn das Gehalt des Dienstpflichtigen wenigstens 3000 K. betrug. Guten Willen verrät auch die Bestimmung, dass nach 6 monatlicher Vertragsdauer dem Handlungsgehilfen ein jährlicher Urlaub von 10 Tagen eingeräumt werden soll, natürlich unter Fortbezug seines Gehaltes.

× **Jugendliche** In den Jahren 1889 bis 1892 hat die Kriminalität der Jugendlichen, das heisst der Personen im Alter von 12 bis 18 Jahren, eine auffallende und beängstigende Zunahme erfahren. Während im vorausgegangenen Jahrfünft auf je 100 000 Jugendliche durchschnittlich 566 Bestrafungen entfallen waren, stieg diese Verhältniszahl im Jahre 1889 auf 614, im Jahre 1890 auf 663, im Jahre 1891 auf 671 und im Jahre 1892 sogar auf 720.

Seither ist diese Zahl noch einigemal überschritten worden; im ganzen aber ist seit 1892 doch eher ein Rückgang der Kriminalität der Jugendlichen zu konstatieren. Im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1905 (dem letzten Volkszählungsjahr) kamen auf je 100 000 Jugendliche noch 722 Verurteilungen. Die Volkszählung ergab nämlich für das Jahr 1905 7 030 267 jugendliche Personen, von denen 51 498 wegen Verbrechen oder Vergehen bestraft worden sind: absolut genommen eine sehr grosse Zahl, die für sich allein schon die Notwendigkeit begründet Strafrecht und Strafvollzug im Hinblick auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Jugendlichen zu reformieren.

× **Schwurgerichtsreform** ×  
Neben der Frage, ob das Schwurgericht beibehalten oder abgeschafft — etwa durch das Schöffengericht ersetzt — werden soll, ist die andere Frage diskutiert worden: ob die dem Schwurgericht anhängenden Mängel nicht durch eine Reform gehoben werden könnten. Den mannigfachen Vorschlägen und Versuchen reiht sich eine originelle Anregung des französischen Justizministers Briand an. Er will nicht, wie schon verlangt worden ist, den Vorsitzenden des Schwurgerichts oder den Gerichtshof an den Beratungen der Jury teilnehmen lassen — was mit dem Grundgedanken des Schwurgerichtes unverträglich ist und dessen Verfälschung bedeutet — sondern umgekehrt die Geschworenen zur Beratung des Gerichtshofes über die Strafe zuziehen. Bei einem solchen Verfahren kämen, wohl in vielen Fällen zum Vorteil des Angeklagten, die Erwägungen, von denen die Geschworenen bei Beantwortung der Schuldfrage sich haben leiten lassen, auch bei der Strafabmessung zur Geltung, während es jetzt möglich ist und gewiss nicht selten vorkommt, dass der Gerichtshof bei Festsetzung der Strafe von einer Beurteilung ausgeht, der die Geschworenen entschieden widersprechen würden.

× **Tarifvertrag** ×  
Zurzeit sind in Deutschland etwa 5000 Tarifverträge in Kraft. Die Zahl der daran beteiligten Arbeiter soll sich auf mehr als eine Million belaufen. Es ist bezeichnend, dass der Tarifvertrag trotz seines weiten Geltungsgebietes und seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von der Gesetzgebung

bisher ignoriert worden ist. Bezeichnend, aber gewiss nicht bedauerlich. Der kollektive Arbeitsvertrag ist durch die Bedürfnisse des praktischen Lebens geschaffen worden, die sich freilich in verschiedener Weise durchsetzen, je nach den Machtverhältnissen der beteiligten Parteien. Die Gefahren, mit denen die gesetzliche Regelung derartiger Verhältnisse verbunden ist, erscheinen dann weniger gross, wenn der Gesetzgeber schon eine Praxis vorfindet, und die Erfahrung ihm die Wege weist. Hat so der Staat bis jetzt abseits gestanden, so hat dagegen die Wissenschaft sich um so eingehender mit dem Tarifvertrag beschäftigt und seiner gesetzlichen Regelung vorgearbeitet. Den verschiedenen wissenschaftlichen Bearbeitungen, die in Dr. Fanny Imles *Gewerblichen Friedensdokumenten* ein gutes Illustrationsmaterial erhielten, reiht sich ein neues Werk des Marburger Privatdozenten Dr. H. Köppe an, der den *Arbeitstarifvertrag als Problem der Gesetzgebung* /Jena, Gustav Fischer/ untersucht. Köppe bringt im 1. Teil seines Werkes Charakter, Geltungsbereich, Rechtswirkungen und die Geschichte des Arbeitstarifvertrags zur Darstellung, um im 2. *Die Lösung des Problems* überschriebenen Teil die Grundgedanken eines künftigen Gesetzes zu entwickeln. In dem Kapitel über das Anwendungsgebiet des Tarifvertrages beschäftigt ihn namentlich der Nachweis, dass auch die Arbeitsverhältnisse der Grossindustrie sich sehr wohl durch kollektive Arbeitsverträge regeln lassen, und dass der Widerstand, den der *Zentralverband deutscher Industrieller* bisher geleistet hat, der sachlichen Begründung entbehrt. Die beiden letzten Kapitel handeln von den Grundzügen und den Einzelheiten der gesetzlichen Regelung.

Der Verfasser schätzt die sozialpolitische Bedeutung des Tarifvertrags sehr hoch ein. Wenn es gelinge sein Anwendungsgebiet durch die privatrechtliche Ausgestaltung zu erweitern, so sei der Prozess *Sozialreform kontra Sozialismus* zu gunsten der ersteren entschieden, und der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit so sehr abgeschwächt, dass er für das gesellschaftliche Leben keine grössere Bedeutung mehr besitze als zahlreiche andere Gegensätze, die dem Kapitalismus ungefährlich sind. Der befremdliche Mangel an Judizium, der sich in einer solchen Äusserung verrät, ist geeignet gegen den Verfasser und sein Werk star-

kes Misstrauen zu erwecken. Es sei deshalb bemerkt, dass die juristischen Partien des Werkes einen ernsteren Massstab ertragen.

× **Kurze Chronik** Der starke Zudrang zum juristischen Studium hält immer noch an.

In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der Rechtsanwälte im Deutschen Reich von 6166 auf 8608 angewachsen. Im Jahre 1897 entfielen auf einen Rechtsanwalt 8479 Einwohner, im Jahre 1907 nur noch 6548. In Preussen stieg die Zahl der Referendare von 4547 im Jahre 1900 auf 7160 im Jahre 1907, also in 7 Jahren eine Vermehrung um 57 %. × Am 1. Januar hat in Frankfurt a. M. das erste deutsche Jugendgericht seine Tätigkeit begonnen. Seither ist Berlin mit einem solchen nachgefolgt. × Vor dem österreichischen Abgeordnetenhaus liegt ein Entwurf über die strafrechtliche Behandlung und den strafrechtlichen Schutz Jugendlicher. Die deutsche Regierung scheint mit der gesetzlichen Behandlung dieser bedeutsamen Frage bis zur Revision des Strafprozesses warten zu wollen. × Dem sächsischen Landtage ist der Entwurf eines Fürsorgeerziehungsgesetzes vorgelegt worden. Es schliesst sich im wesentlichen dem preussischen Vorbilde an. × Das schweizerische Zivilgesetzbuch ist am 10. Dezember 1907 von den eidgenössischen Räten angenommen worden; es wird am 1. Januar 1912 in Kraft treten. Der Bundesrat hat es in 800 000 Exemplaren drucken und jedem Stimmberechtigten ein solches zustellen lassen. × Über die Rechtsprechung der Gewerbegerichte im Jahre 1905 teilt das *Statistische Jahrbuch* einige Zahlen mit. Danach amtierten im genannten Jahre 406 Gewerbegerichte. Die Zahl der eingegangenen Klagen belief sich auf 110 604. In 102 624 Fällen traten Arbeiter als Kläger auf, in 7980 Fällen Arbeitgeber. 48 066 Klagen wurden durch Vergleich, 2775 durch Rücknahme, 1818 durch Anerkennung und 29 000 durch Urteil erledigt.

× **Literatur** Eine gut orientierende Studie über *Kartelle und Trusts, ihre Stellung im Wirtschafts- und Rechtssystem der wichtigsten Kulturstaaten* haben E. Baumgarten und A. Meszlény veröffentlicht /Berlin, Liebmann/. In der Hauptsache beschreibend und referierend nehmen die Verfasser den Standpunkt ein,

dass der Staat dem Trust- und Kartellvertrag die privatrechtliche Anerkennung nicht versagen darf. Dagegen soll er Massregeln treffen zum Schutz der Konsumenten vor Ausbeutung, beispielsweise durch starke, progressive Besteuerung der durch die Kartellierung erzielten Gewinne unter gleichzeitiger Entlastung der kleinen Einkommen. Um die Abwälzung der Steuer auf den Konsumenten zu verhüten, müsse der Staat sich an der Produktion mit eigenen Unternehmungen beteiligen und durch seine Konkurrenz auf die Preise drücken. Wo das nicht angeht, wird empfohlen die nicht kartellierte Industrie bei Vergebung von Bestimmungen, durch Zollherabsetzungen usw. zu fördern und konkurrenzfähig zu erhalten. × Dr. Julius Friedrich erörtert in einer kleinen Schrift *Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich* /Giessen, Töpelmann/ und schildert den dadurch herbeigeführten Zustand. Dass das Bild, das der Leser erhält, nicht gerade plastisch wirkt, hängt wohl nicht nur mit der Art der Darstellung sondern auch mit den nicht eben einfachen Verhältnissen zusammen, die der Verfasser beschreibt. × Professor Dr. Josef Kohler, der durch seine Rührigkeit immer von neuem verblüfft, gibt gemeinsam mit Dr. Berolzheimer eine neue Zeitschrift heraus: *Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie*, das unter den Rubriken *Rechtsphilosophie, Wirtschaftsphilosophie, Sozialphilosophie, Gesetzgebungsfragen, Zur Psychologie des Rechts der Kultur- und Naturvölker* seinen weit-schichtigen Stoff behandelt. × Ein fast unentbehrliches und jedenfalls sehr nütliches Nachschlagewerk ist Stoepels *Preussisch-deutscher Gesetzeskodex* /Frankfurt a. O., Tro-witzsch/, von dem jetzt in 4. Auflage 6 stattliche Bände vorliegen, und der ein Gesamtbild des gegenwärtigen deutschen Rechts gibt. Die beiden letzterschiedenen Bände umfassen die Jahre 1898 bis 1905, ein ausführliches Gesamtregister über die Jahre 1806 bis 1907 wird später folgen. Die Anordnung ist chronologisch, die Methode macht sie übersichtlich.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

#### Lyrik

Als Gottfried August Bürger im Jahre 1779 seine lyrischen Gedichte sammelte, da schrieb er ihnen eine Vorrede

von weittragender Bedeutung. Er warnte in diesem Prolog alle kleinen und schwachen Poeten, dass sie sich in seine Art verguckten, dass sie seine Art nachahmten, in seiner Tonart, nach seinem *Hurre, Hurre*, nach seiner Weichheit weitersängen. Er wusste, wie leicht die winzigen Poetenherzen verführt werden, aber er hasste die Epigonen und die ewigen Nachfolger, die sich so gern und bequem an einen verführerischen Meister schmiegen und halten, aber von dessen Ursprünglichkeit nur recht matte Fünklein besitzen. Indes, solche nachdenkliche Kritik konnte nicht hindern, dass der Bürgerschen Epigonen die Hunderte erstanden. Heute ist dies ebenso. Wo ein Temperament von Selbständigkeit erscheint, da bilden sich die winzigen Begabungen an ihm. Im Drama und im Roman lässt sich derartige Abhängigkeit noch manchmal verbergen. Aber dort, wo der Poet von seinem Reinsten und Echtesten zeugen soll, im Lyrischen, wird bald offenbar, ob eine wahre Empfindung und die ihr zugehörige Form des Künstlers Werk waren oder nur ein Nebensächliches, ein Angelerntes, eine Nichtigkeit.

Ich will hier von Lyrikern reden, deren Singsang niemals das Stürmen der Seele wecken wird, die aber doch aus ihrem bescheidenen Gemüte Töne holten, denen die liebenswürdige Zustimmung nicht fehlen darf. Seine neuen Verse hat der Prager Emil Faktor *Jahresringe* /Stuttgart, Juncker/ genannt. Das, was heute so beliebt unter den lyrischen Reimern ist, das Klügeln um den seltsamsten Klang, das exotische Wort, die Tropenpracht ausschweifender Bilder, das artistische Behagen an schwelgender Weichheit oder auch ein brausendes Gigantentum, ist nicht Faktors Sehnsucht. Seine Verse sind nicht balladestimmig, insofern als er Seelenstimmungen objektivieren möchte. Er ist vielmehr ganz persönlich, er bedenkt seine Lebenstage und sagt, was ihm da begegnete. Keine grossen, keine heissen Schicksale sind das sondern vielmehr die Erlebnisse eines Mannes, dessen Natur zur Sanftheit neigt. Ein grader Mensch, der die Pose verabscheut, dessen Poesie darum auch sehr ungekünstelt wirkt. Will man seine Urahnen des Geistes feststellen, dann muss man an den sentimentalischen Lyriker Storm denken, an jenen Uhland auch, der sich schlicht das Herz befreien wollte. Faktor will nicht mit dem lauten Gepränge der Worte auf-

ziehen sondern nur die Harmonie geben, die jedem bescheidenen Ohre recht ist. Seine Traurigkeit wird keine Tragik sondern eine leise Melancholie, die in gefasste Beschaulichkeit gedämpft wird. Der Schmerz richtet ihn nicht zu grunde, sondern er läutert. Solche Töne sind gut, sind vor allem echt. Man denkt sich, dass dieser Lyriker erst dann ein paar wohlklingende Zeilen niederschrieb, wenn er, einem Beter vergleichbar, seines Herzens Inbrunst sprechen lassen wollte. Er ist nie kühl, und dass der junge Mann grossen Beispielen folgt, ist nicht zu tadeln. Er findet wohl noch den Weg, auf dem er einstmals ganz allein gehen soll.

Ein naher Landsmann Faktors Karl Friedrich Nowak ist auch der Art Faktors nahestehend. Nun hat er noch nicht dessen oft sehr angenehme Abgeklärtheit erreicht. Er dichtet nicht wie einer, der betet, er dichtet mehr wie einer, der flucht. Er stellt sich nicht in das Leben, sondern er strebt über das Leben, und darum taufte er sein Verbündlein *Romantische Fahrt* /Berlin, Concordia/. Aber der Titel ist zum Glück nicht ganz ausschlaggebend. Nowak hat sehr viel Realität in sich. Augen, die wohl in der Jugend geweint haben, Ohren, die sich nicht selten im Jammer verschliessen wollten. Und so hört er aus den armen Dingen dieser Erde oft ein wehes Lied, ein Lied, das rührt, das er schön geformt hat. Dann wieder, in Zeiten des kühleren, weniger gefährdeten Daseins, verliebt er sich in die Grazie oder in die Seltsamkeit einer erloschenen Kultur, und er möchte in zierlichen Versen das Rokoko erstehen lassen. Da erscheint er mir weniger auf rechter Fährte. Da ist er wieder abhängig von den Prunklyrikern, die sich zu Stefan George gesellen wollen. Aber er ist ihnen unterlegen. Da er sich in der Lyrik des Bekennens oft schon gefunden hat, sich darin aber noch weit mehr vervollkommen kann, so müsste er wohl von der Lyrik des artistischen Spielens lassen.

Zu loben ist Max Dauthendey, ein selbständiger Poet, ein Lyriker aus Natur. Er dichtete *In sich versunkene Lieder im Laub* /Stuttgart, Juncker/. Zum Glück sind seine Verse viel besser als der falsche Titel. Dieser Mann, der einst wohl ein Original auf Kosten des Ernstes sein wollte, ist heute im Reifen begriffen. Er hat erkannt, dass die Natur von Wald, Wiesen, Bäumen und Blu-

men eine schlichte Anbetung fordert, eine Verehrung mit Hingabe und Einfachheit. Und so ist er wirklich ohne jede erlogene Regung dieser Natur untertan. Oft zeichnet er sie wie ein ergriffener Landschaftler, der um keinen Preis der Welt die Natur stilisieren möchte, der sie nur in aller ihrer Wirklichkeit wiederfinden möchte. um zu sagen, wie herrlich sie ist. Das tut Dauthendey mit viel Musik der Sprache, mit viel Wortkraft, die mehr als Sucht zum Protzen ist. Und wir wollen ihm ohne Zaudern zustimmen.

Die Norddeutsche Frida Sarsen (*Mädchenlieder* /Hamburg, Campe/), ein Mädchen, das noch ganz in der Mystik seiner Jugend schauert und bangt, möchte ja auch diesen Born der Natur entdecken, den sie gern zum Herzen der Menschen leiten will. Aber sie hat sich noch nicht ganz in dieses Walten und Weben einreihen können, sie ist noch zu stark von der Bewunderung voll, sie ist noch zu zag im Geniessen dieses Wunders. Tastend kommt sie zu der Schönheit, mädchenhaft und scheu, aber sie verspricht doch etwas, sie kann nicht den Poseuren zugerechnet werden. Sie gehört zur Schar der Lyriker, bei denen die Aufmerksamkeit haften bleibt und nicht der Unwille des Kritikers.

Nicht auf gleicher Höhe stehen Winfried Lüdecke mit seinen *Blumen der Nacht* und Arvid Enckell-Bronikowsky mit *Künstlersehnen — Dichterschmerzen* /beides Stuttgart, Juncker/. Lüdecke ist zu abhängig von tausend Einflüssen, die freien Rhythmen Bronikowskys versagen als Dilettantismus. Über Walther Heymann (*Springbrunnen* /München, Piper/) lässt sich noch nichts Rechtes sagen; seine Nachdichtungen chinesischer Lyrik halten den Vergleich mit denen Dehmels jedenfalls nicht aus.

× ×  
**Neuauflagen** Was Charles Baudelaire, der hochverehrte Meister der paradiesischen

Exotik und der höllischen Verfemtheit konnte, das ist nicht zu wiederholen, leider auch nicht in fremde Zungen in seiner unverletzten Pracht zu übersetzen. Ernst Oesterheld hat *Die Blumen des Bösen* /Berlin, Oesterheld/ in deutschen Übertragungen dargeboten. Wir konnten zum Teil die Übersetzungen schon, die er von den besten zusammengetragen hat. Sein Bändchen, hübsch und sanft eingeleitet, sollte die Arbeit aller dar-

bieten, die ihre Geschicklichkeit an Baudelaire versucht haben. Schaukals und Stefan Zweigs zu stark ausgleichende Virtuosität arbeiteten, die grössere Sprödigkeit des Otto Hauser und Paul Wiegler, Oesterhelds und des sehr braven H. Horvát neu wirkender Enthusiasmus. So entstand eine Anthologie voll Zier und Kunst, die vielleicht manchen Jungen wiederum verleiten wird nach Baudelairescher Raserei literarisch zu trachten, ohne dessen grosses und grimmes Erlebnis durchzumachen.

× ×  
**Kurze Chronik** Am 4. Juli ist der grosse Erzähler Jonas Lie gestorben. × In diesem Jahr soll wieder der *Nobelpreis* ausgegeben werden. Man weiss noch nicht, wer ihn erhalten wird. Warum denken die Herren des Preises, die Schweden, nie an Strindberg? Ist ihr grösster Dichter, einer der grössten Europas, noch immer bei den eigenen Landsleuten in Missachtung? × Der gute Roman des Victor Margueritte *Die Prostitution*, der ausserordentlich starke Bilder des Pariser Lasters entwirft, ist in einer nicht guten Übersetzung /Budapest, Grimm/ erschienen.

× ×  
**Literatur** In Goethes Zeit führt Lily Brauns Buch *Im Schatten der Titanen* /Braunschweig, Westermann/. Die Verfasserin ist, wie sie mitteilt, eine Urenkelin des westfälischen Königs Jérôme, und sie kann mit der Beredtsamkeit einer ergriffenen Nachkommin von ihrer Ahne, der Jenny von Gustedt, reden. Diese Frau, das Kind Jérômes und einer westfälischen Edeldame, war von jener grossen Elastizität des Geistes und Herzens, die heute fast verschwunden ist. Sie hat nicht nur das offene Verständnis für des unglücklichen, frühgealterten Königs Schicksal gehabt, sie hat auch in der Heimat ihrer frischesten Jugend, in Weimar, die Dinge und Menschen des Musenhofes mit einziger Ursprünglichkeit und Liebe betrachtet. Sie hat die Zärtlichkeit und das Zutrauen Goethes besessen, sie kam aber auch in all die Häuser, die dem Goetheschen nahestanden, und was ihre Tagebücher und Briefe da erzählen, was sie mit eigenem Munde der Enkelin berichtet hat, das wiederholt Frau Braun in diesem Buch, und die Enkelin freut sich mit Recht, dass sie in der Hut und in der Leitung dieser seltenen Frau ihre frühen Jahre verbringen durfte.